

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Abonnenten: Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Vertragsbücher. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter oder deren Raum 60 Pf., für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtsblätter 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckt Wort 20 Pf., gedruckt 2 Zeilen (10 Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Gesetzentwürfe und Gesetzentwürfen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 10. Dezember 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1981.

Ein schwarzer Tag.

„Und der Hans schleicht umher, trübe Augen, blasse Wangen —“

So war es vom vergangenen Mittwoch bis zum gestrigen Dienstag. Eine ganze Woche ist Bethmann Hollweg hin und her geschlichen, von Berlin bis Donaueschingen, von Donaueschingen wieder nach Berlin, von Partei zu Partei, von Parlamentarier zu Parlamentarier, um die schmollende bürgerliche Reichstagsmehrheit wieder zu versöhnen.

In der gestrigen Reichstagsitzung sind die beiden schon bis zur nächsten Strophe des alten Volksliedes gelangt: „Und er zupft sie am Köpfchen, und sie dreht schon das Köpfchen.“ Aber nicht lange mehr wird es dauern: „so küßt sie ihren Hans, und es ist alles wieder gut“!

Ein dies ater, ein schwarzer Tag für den deutschen Parlamentarismus, bedeutete der Beginn der Etatsberatungen am Dienstag. Als am vergangenen Mittwoch der Reichskanzler und der Kriegsminister ihre herausfordernden Reden dem überraschten Reichstag an den Kopf pfeiferten, entrang sich dem Zentrumsredner in der schönen Unüberlegtheit des zornigen Augenblicks das Wort vom dies ater. Der Tag war allerdings schwarz genug, soweit es sich um die zerfahrene Regierung des Deutschen Reiches und um ihren verfahrenen Karren handelte. Um so heller hob sich von diesem dunklen Hintergrund der Deutsche Reichstag ab, der sich ausnahmsweise und wider den Willen seiner bürgerlichen Mehrheit zu einer parlamentarischen Tat hingelassen sah.

Benigstens schien es eine Tat! In Wirklichkeit war es nur der Schatten, der von einem großen Ereignis vorausgeworfen wurde, das große Ereignis selbst aber ist ausgeblieben. Bevor es dazu kommen konnte, ist es der bürgerlichen Mehrheit ergangen wie dem Leutnant v. Forstner im Manöver. Und in kläglicher Haltung stand sie am Dienstag vor der Regierung.

Das deutsche Volk wartete auf eine Erklärung des Reichskanzlers nach den Vorgängen der jüngsten Tage. Was soll werden, nachdem eine Fünfstimmigkeit des deutschen Reichstags dem einzigen verantwortlichen Manne der deutschen Regierungspolitik in einer der wichtigsten Rechts- und Verfassungsfragen klar und unzweideutig erklärt hat, daß sie seine Politik mißbilligt?

Nichts wird! Alles bleibt wie es ist! Deutschland, der großen politischen Kinderstube, kann der lange Reichschulmeister bieten, was er will. Es läßt sich alles gefallen!

Als ob kein Zabern gewesen wäre, als ob keine leidenschaftlichen Reichstagsdebatten stattgefunden hätten, als ob das Mißtrauensvotum des Reichstags ein harmloses Gesellschaftsspiel bedeutete, als ob der Reichstag und das deutsche Volk mit den Zwischenträgern des Herrn Bahnschaffe und den Stillübungen der „Norddeutschen Allgemeinen“ zufrieden sein müßte — so trat der Reichskanzler Bethmann Hollweg am Dienstag vor den Reichstag und sprach über — ja worüber? Ueber den Balkankrieg, über Mesopotamien, über Sir Edward Grey, über den türkischen Sultan und über andere interessante und nichtinteressante Zeitgenossen. Nur über den Krieg in Elsaß-Lothringen zwischen Zivilverwaltung und Kommandogewalt, über die von einer selbstherrlichen Soldateska gefährdeten Rechte des deutschen Bürgers, über Donaueschingen und über seine eigene sonderbare Rolle in Donaueschingen und in Berlin sprach der Reichskanzler kein Wort.

Was aber sagte der Reichstag? Er hörte dem baltischen geschichtlichen Vortrage des Reichskanzlers geduldig zu und unterbrach ihn mit keinem Worte. Und als Herr Bethmann Hollweg sich nach seiner nichtsagenden Plauderei über ausländisches dies und das setzte, war es nur die sozialdemokratische Fraktion, die in erregten und entrüsteten Surufen eine Antwort auf Zabern verlangte. In formell zurückhaltender, sachlich aber scharfer und schneidender Weise legte Genosse Scheidemann das Elend des deutschen Verfassungslebens an der Hand der jüngsten Vorgänge und der

Haltung des Reichskanzlers bloß. Vor allen Dingen machte er die bürgerliche Mehrheit auf die große Gefahr aufmerksam, in die sie den Reichstag und das deutsche Volk bringt, wenn sie mitten im Anlaufe zu energischer Tat stehen bleibt und damit ihre eigene Handlung von vergangener Woche desabouiert und dem allgemeinen Hohnlachen preisgibt. Und mit einer schmetternden Kampfanzeige gegen die Bethmannpolitik und das rückständige halbabsolutistische Regierungssystem des Deutschen Reiches schloß Scheidemann.

Jetzt endlich fühlte sich Herr Bethmann Hollweg bemühtigt, auf Zabern und auf das Mißtrauensvotum des Reichstags einzugehen. Und wiederum gab er dem Deutschen Reichstage zu verstehen, daß ihm dieses Votum gleichgültig ist, so gleichgültig wie etwa dem Leutnant v. Forstner die französische Fahne. Er fühlt sich als getreuer Fiedolin seines Herrn. Das ist ihm größere Ehre und Würde als die Uebereinstimmung mit der überwältigen Mehrheit des deutschen Volkes.

Auf diese erneute Provokation des Deutschen Reichstags hätte jetzt die Antwort von bürgerlicher Seite kommen müssen, eine Antwort mit Hörnern und Klauen, eine Antwort, die dem mißhandelten deutschen Parlamentarismus seine Ehre wiedergegeben hätte.

Eine Antwort kam. Aber nicht die, auf die das deutsche Volk wartet! Eine Antwort so nichtsagend, so harmlos, daß durch sie die Dienstsitzung des Reichstags zu einem viel schwarzeren Tage für den Reichstag und den deutschen Parlamentarismus geworden ist, als sie der vorige Mittwoch für die deutsche Regierung und den Reichskanzler war!

So am Mittwoch voriger Woche der erzürnte Zentrumsredner Lehrenbach seine kräftigen Worte gegen Reichskanzler und Kriegsminister schmetterte, wo der tiefbetäubte Nationalliberale v. Calker den Schmerz seiner Seele beinahe untröstlich vor dem deutschen Volke anscheulte, da murmelte am gestrigen Dienstag Herr Peter Spahn und da schillerte in allen Regenbogenfarben Herr Wassermann. Sie sprachen von allen möglichen Dingen, worüber man in ruhigen Zeiten bei solchen Etatsreden schließlich reden mag. Nur über das Wichtigste sprachen sie nicht oder doch nur im Vorbeigehen und mit der deutlichen Absicht, aus den Vorgängen in Zabern und aus ihrer eigenen unerwarteten Courage von voriger Woche nur ja nicht die einzig richtigen und eines selbstbewußten Parlaments und eines reifen Volkes würdigen Konsequenzen zu ziehen! Ueber den Imperialismus sprach Herr Wassermann mit innigem Behagen, und um der imperialistischen Pläne des deutschen Kapitalismus wegen muß man schnell über die innere Krise hinweg. Auch über die weltbewegenden Ereignisse in Braunschweig sprach Herr Wassermann. Und zweifellos ist es wichtiger, sich um etwelcher modrigen Vongottesgnadenbestimmungen in die göttliche Mannesbrust zu werfen als um bedrohte oder zu erkämpfende Grundrechte des deutschen Volkes!

Es sind beinahe 100 Jahre her — 1818 war es —, da suchte der große englische Sozialist Robert Owen deutsche Staatsmänner für seine sozialreformerischen Pläne zu begeistern. Ein Frankfurter Bankier machte ihn mit maßgebenden Männern des Bundestags und seiner Politik bekannt. Dieser Bankier hieß Bethmann. Der Nachkomme jenes Frankfurter Bankiers, der jetzt auf dem deutschen Reichskanzlersessel sitzt, läßt sich selbst solche indirekten Begünstigungen des Sozialismus nicht zuschulden kommen. Er hält es statt dessen mit Friedrich von Gentz, dem bekannten reaktionären Schriftsteller, der Owen die spöttische Antwort gab: „Das wissen wir alles sehr wohl! Aber wir wollen nicht, daß die Massen unabhängig und wohlhabend werden. Wie könnten wir sie sonst regieren!“

Aber der Bethmann von heute täuscht sich über die Massen! Sie werden sich ihre Unabhängigkeit und ihre Wohlhabenheit gegen ihn und gegen die bürgerliche Mehrheit des Deutschen Reichstags erkämpfen. Reichskanzler und bürgerliche Parteien kommen und vergehen, das Volk bleibt und siegt!

Der außerordentliche englische Gewerkschaftskongreß.

London, 9. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die angestrengten Bemühungen der nach Dublin entsandten Vertreter der Zentralkörperschaften der britischen Arbeiterbewegung, in letzter Stunde vor dem Zusammentritt des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses eine Beilegung des Kampfes herbeizuführen, haben ohne Ergebnis geendet. Nach Dublin wurden sechs Männer geschickt, die infolge ihrer Stellung in der Arbeiterbewegung mehr als andere Arbeiterführer von dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit erfüllt sein müssen, die auf dem morgen stattfindenden Gewerkschaftskongreß laßt, und es ist klar, daß sie keine Mittel unversucht gelassen haben, um durch die Herbeiführung einer Einigung dem Kongreß eine vielleicht folgenschwere Beschlußfassung zu ersparen. Sie sind in ihrer Nachgiebigkeit gegenüber den Dubliner Unternehmern bis an die äußerste Grenze gegangen. Die letzten Verhandlungen wurden 20 Stunden ununterbrochen fortgesetzt und erst 3.30 Sonntag morgens abgebrochen. Die letzte Ursache des Zusammenbruchs war die Weigerung der Unternehmer, die Wiedereinstellung aller Ausgesperrten und Streikenden zuzusagen. Die Arbeitervertreter hatten schon außerordentlich weitgehende Konzessionen gemacht: sie hatten den Verzicht auf den Sympathiestreik zugesagt und versprochen, daß in Zukunft Streiks nur nach vierwöchentlicher Kündigung und einer Urabstimmung der betroffenen Arbeiter stattfinden sollten. Demgegenüber verzichteten die Unternehmer nur auf die Forderung, daß die Arbeiter den Transportarbeiterverband abzuwehren. Weiter konnten die Arbeitervertreter nicht gehen; in der Frage der Wiedereinstellung konnten sie nicht weichen.

Nun hatte sich der außerordentliche Gewerkschaftskongreß, der heute hier in der Memorial Hall zusammenkam, mit der Dubliner Angelegenheit zu befassen. Der Verlauf der Beratungen war ziemlich stürmisch. Die Delegierten der drei Zentralkörperschaften der britischen Arbeiterbewegung, die in Dublin waren, berichteten zunächst, daß es ihnen trotz der größten Anstrengungen nicht gelungen sei, einen Friedensschluß herbeizuführen. Die Verhandlungen seien an der Weigerung der Unternehmer, alle Ausgesperrten und Streikenden wieder einzustellen, gescheitert. Gleich nach der Annahme des Berichts gab man den Zentralkörpern das Wort, deren Sache von dem Delegierten Connolly im ganzen in sachlicher Weise verhandelt wurde. Als der bekannte Führer Parlin eine zusammenfassende Rede hielt, in der es nicht an direkten Beleidigungen der britischen Gewerkschaftsführer fehlte, kam es zu aufregenden Szenen.

Zur Laufe der Vormittagsverhandlungen wurden vor der Öffentlichkeit viele unerquickliche Dinge ans Tageslicht gezogen. Am Nachmittag kamen besonnenere Leute zum Wort, wie der Bergarbeiter Smilie und der Textilarbeiter Shaw. Mehrere Resolutionen kamen ebenfalls zur Verhandlung. Ein Antrag, den Dubliner Ausgesperrten und Streikenden auch fernerhin die Unterstützung der britischen Arbeiterbewegung zuteil werden zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Der wichtigste Antrag des Tages lautete:

„Diese Konferenz beauftragt das gemeinschaftliche Komitee des Komitee der drei Zentralkörper, ihre Beratungen mit dem Dubliner Streikkomitee fortzusetzen, sich zu bemühen, die Verhandlungen mit dem Komitee der Unternehmer wieder aufzunehmen und jede legitime Methode, die in Uebereinstimmung mit der Erhaltung gewerkschaftlicher Grundsätze ist, anzuwenden, um einen annehmbaren und dauernden Frieden herbeizuführen.“

Zu diesem Antrag stellten die Gasarbeiter ein Amendement, in dem unter anderem die Isolierung Dublins auf dem Wege des Sympathiestreiks gefordert wurde. Gegen dieses Amendement wendeten sich die Vertreter der großen Verbände. Der Sekretär der Eisenbahner, Williams, sagte unter anderem aus, daß die Eisenbahner keine ihre Pflicht getan hätten, aber solch gewaltige Opfer, wie sie der Sympathiestreik gerade von ihnen verlange, könne man einer Arbeiterkategorie billigerweise nicht zumuten. Die beste Rede wurde von dem Vorsitzenden der Bergarbeiter gehalten, der es verstand, den Kongreß zu beruhigen und den gemeinsamen Willen aller, den Dubliner bis zum Ende beizustehen, in passenden Worten zum Ausdruck zu bringen. Mit milder Ironie geißelte er die Worte Parlins, daß beim Streik das Geld nicht die Hauptsache sei, indem er auch noch darauf hinwies, daß bei jedem Streik, auch bei dem der Dubliner, die Bergarbeiter gleich um Geldunterstützungen gebeten wurden. Er wies auch die heute in England so eifrig propagierte Ansicht zurück, daß bei der Unterstützung der Dubliner Arbeiter die britischen Arbeiterführer von den Massen unwillig vorwärtsgetrieben würden, indem er feststellte, daß die Führer auf eigene Faust, ohne die Massen zu befragen, große Geldsummen für den Kampf in Dublin ausgegeben hätten.

Schließlich wurde das Amendement mit 208 000 gegen 228 000 Stimmen verworfen und die oben angeführte Resolution darauf fast einstimmig angenommen.

Nach Ansicht vieler alter Delegierten sind auf einem britischen Arbeiterkongress die Geister selten so scharf aufeinandergepflegt wie diesmal.

Arbeitslosigkeit.

Zimmer wieder Erwägungen.

Die Stadt Berlin hat bekanntlich vor kurzem zusammen mit zahlreichen Vororten dem Reichsanzler das Gesuch unterbreitet, die reichsgesetzliche Regelung der Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit in erster Reihe für das Bauwerk, sodann aber auch in anderen erfahrungsgemäß von Perioden wiederkehrender Arbeitslosigkeit betroffenen Erwerbszweigen alsbald in die Wege zu leiten. Darauf ist vom Reichsanzler die Mitteilung eingegangen, daß er das Reichsamt des Innern mit einer Prüfung der Angelegenheit beauftragt habe.

Beistellungen statt Arbeitslosenversicherung.

Seit Jahren führen die Sozialdemokraten im Nürnberger Rathaus einen zähen Kampf um die Einführung der Arbeitslosenversicherung, für die auch schon seit Jahren ein Statut fix und fertig ausgearbeitet vorliegt, das aber nicht in Kraft gesetzt wird, weil der ausschlaggebende Freisinn verlangt, daß zuerst der Staat vorangehen soll. Das einzige, was erreicht werden konnte, ist die Einsetzung von 30 000 M. zu diesem Zweck in den Etat, doch das Geld darf nicht ausgegeben werden, bis wiederum der Staat den Anfang macht. Auch für Gewährung von Unterstützung an Arbeitslose können sich die Herren nicht erwärmen; gegenüber den Forderungen sozialdemokratischer Arbeitervertreter verwies man die Notleidenden auf die Armenpflege oder gab den höhnischen Rat, die Gewerkschaften sollten ihre Kassen zur Unterstützung der Arbeitslosen leeren. Daß die Gewerkschaften schon ganz gewaltige Mittel für diesen Zweck aufzubringen, sieht die Leute nicht weiter an. So haben die Nürnberger Gewerkschaften in den ersten elf Monaten dieses Jahres nicht weniger als 240 000 M. für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung verausgabt. Da nun die Not immer weiter steigt, kann sich auch das alte Bürgerium ihr nicht mehr verschließen und sieht sich veranlaßt, doch etwas zu tun. Das Mittel, auf das man dabei verfallen ist, ist fast noch entwürdigender als die Verweisung an die Armenpflege. Von jüdischer Seite hat man die „Böhlertätigkeit“ über den meist schlecht verhehlten Nebenabsicht, seine geschäftliche Person bei gewissen Stellen in empfehlende Erinnerung zu bringen, mobil gemacht und einen Aufruf erlassen, nach dem an die Familien bedürftiger Arbeitsloser Essen abgegeben werden soll. Also Kolonnenpolitisch anstatt öffentlicher sozialer Fürsorge! Unser Nürnberger Parteiblatt hat die Veröffentlichung des Aufrufs abgelehnt, dafür aber den Gewerkschaften 3000 M. für außerordentliche Unterstützungen an Arbeitslose überwiesen. Vom Gewerkschaftsstandpunkt sind 10 000 M. zur Verfügung gestellt, auch andere Einrichtungen der Arbeiterbewegung steuern entsprechend bei, so daß im ganzen circa 30 000 M. verfügbar sind, die an die einzelnen Gewerkschaften nach ihrer Mitgliederstärke verteilt werden.

Im Stadtmagistrat hat man sich ebenfalls nicht zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung bewegen lassen will; hätte Genosse Jörn den Antrag, 30 000 M. zur Unterstützung an Arbeitslose zu bewilligen. Nach längerem Rebellkampf wurden 10 000 M. zu diesem Zweck ausgeworfen, die durch eine Kommission verteilt werden sollen.

Politische Ueberblick.

Zabern.

Militärdiktatur ohne Ende.

Der „Nationalzeitung“ wird aus Ströbberg gemeldet: „Eine Familie aus der Umgebung von Colmar hat einen Brief von ihrem beim Militär stehenden Sohn erhalten. Daraus geht hervor, daß man den elässischen Rekruten ganz allgemein den Weihnachtsurlaub in die Heimat verweigern will. Man befürchtet, daß die Verpflegung der Zaberner Angelegenheit im Kreise der Familie und der Freunde die Disziplin bei den jungen Soldaten gefährden könne.“ — Das geht auch der militärtriumphalen „Nationalzeitung“ über den Kamm und sie bemerkt hierzu: „Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, so wäre damit nur ein neuer Anlaß gegeben zum schärfsten Protest gegen einen solch überspannten Militarismus.“

Folgen von Zabern.

Wie sich der „Zürcher Tagesanzeiger“ aus Belfort melden läßt, haben sich dort und auf dem Werderbau in Nancy 26 Offiziere für die französische Fremdenlegion anwerben lassen. — So ist durch die Verfälle von Zabern also auch der Agitation für die französische Fremdenlegion Vorhub geleistet worden!

Sozialdemokratische Protestkundgebungen.

Gegen die Säbelkittatur protestierte am Montagabend in Lübeck eine von 3000 Personen besuchte Massenversammlung, in der Reichstagsabgeordneter Th. Schwarz referierte. Eine Resolution, in der gegen den militaristischen Absolutismus Protest erhoben und die Ausdehnung der Volksrechte gefordert wird, gelangte einstimmig zur Annahme.

Auch die **Walthar Arbeitererschaft** protestierte am Montagabend in einer vom Sozialdemokratischen Verein einberufenen öffentlichen Versammlung gegen das „Fautrecht der Soldateska“. Der große Saal des Volkshauses war lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Die Zahl der Anwesenden wurde auf 2000 geschätzt. Reichstagsabgeordneter Bod erläuterte die Zaberner Vorkommnisse, schilderte den nur notwendig verlebten Absolutismus in unserem „Reichsstaat“ und die Zustände, die für ein politisch mündiges Volk unumwunden sind. Die Arbeitererschaft müsse diesem System den Kampf ansetzen und dürfe nicht eher ruhen und zucken, bis diesem System ein Ziel gesetzt ist. Eine scharfe Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Verhandlung gegen die Zaberner Rekruten.

Wie telegraphisch aus Ströbberg im Obah gemeldet wird, findet die Verhandlung gegen die Zaberner Rekruten am Donnerstag, den 11. d. Mts., vormittags, vor dem dortigen Militär-Divisionsgericht statt.

Militaristische Logik.

Der deutsche Militarismus treibt seltsame Gistblüten. Er führt nicht nur, wie erst jüngst wieder die Zaberner Vorgänge bewiesen haben, zur Willkür und Hinwegsetzung der Soldateska über die verfassungsmäßigen Volksrechte; er erstreckt auch in seiner Apologeten alle besseren menschlichen Gefühlsbewegungen, jede humane Betrachtungsweise. Er hat eben seine besondere eigene Logik, die Logik der Brutalität.

Dafür liefert ein „Soldatenmishandlungen“ überschriebener Artikel der Dienstagmorgen-Nummer der „Kreuz-Zeitung“ einen neuen Beleg. Das christliche Organ der Strauchritter-Epigonen spottete darüber, daß vorausichtlich sich gar bald der Reichstag wieder mit Klagen über Soldatenmishandlungen zu beschäftigen haben werde, und der Kriegsminister wieder in üblicher Weise versichern werde, daß von der Heeresverwaltung alles gethehe, um solche Mishandlungen auszurotten. Nach der Ansicht des Artikelschreibers liegen sich die Soldatenmishandlungen leicht wesentlich einschränken. Und wodurch? Nicht durch härtere Bestrafung vichischer Soldatenführer, nicht durch Änderung des heutigen kuriosen Beschwörungssystems, besserer Ueberwachung der Rekrutenausbildung durch erfahrene Offiziere, Verminderung des läppischen Paradebrills oder irgendwelcher ähnlicher Maßnahmen — sondern durch häufigere und strengere Bestrafung der vom Unteroffizier beim Kompagniechef gemeldeten Rekruten.

Wohleibig beklagt die „Kreuz-Zeitung“, daß es Kompagniechefs gibt, die nicht geneigt sind, jeden Gemeinen, der ihnen als unwillig, widersetzlich oder nachlässig gemeldet wird, sofort hart zu bestrafen, besonders nicht die eben eingetretenen Rekruten. Welcher der Unteroffizier sochem Hauptmann zu oft Vergehen der Rekruten, erhält er wohl gar von seinem Vorgesetzten die Antwort: „Man meldet doch nicht jede Kleinigkeit!“ Wenn der Hauptmann aber doch Strafen verhängt, ist er gewöhnlich zu milde. Oft verfügt er nur Nachherzereien. Das ist wie die „Kreuz-Zeitung“ meint, ganz falsch; der Rekrut müsse eine weit härtere Strafe sudiziert erhalten, und zwar eine Strafe, die sein Selbstgefühl und seine Selbstachtung herabdrückt. Börtlich heißt es in dem Artikel:

Für den Rekruten ist diese Strafe nicht besonders fühlbar, denn er darf nicht überanstrengt werden, das könnte zu sehr unangenehmen Folgen für die Vorgesetzten führen, sein Selbstgefühl ist dadurch auch nicht wesentlich herabgedrückt, von Selbstachtung in diesem Falle gar nicht zu sprechen, denn seine Kameraden achten ihn schon meist nicht mehr besonders hoch, wenn es so weit mit ihm gekommen ist, aber höchst unangenehm fühlbar ist diese Maßregel für den Unteroffizier, der wegen dieses Mannes von seiner ohnehin recht knappen Erholungszeit noch etwas einbüßt, und für den Offizier, der als Aufsicht dabei stehen muß. Damit ist die große Wahrscheinlichkeit gegeben, daß bei dem Unteroffizier sich ein Groll gegen diesen Rekruten einstellt, der ihm ohnehin schon genug Ärger bereitet hatte, bis er sich zu der Meldung entschloß und um desentwillen er nun auch noch von seiner freien Zeit verliert. Er sagt sich also: „Der melde ich sobald nicht wieder,“ und in besonderem Maße sagt es der Unteroffizier dann, wenn der Hauptmann den Rekruten überhaupt nicht bestraft hat. In beiden Fällen sagt er sich, „ich muß mir also selbst helfen“, und damit ist dann die Grundbedingung für die leider immer noch vorkommenden Fälle der sogenannten fortgesetzten Mishandlungen gegeben.

Deshalb: strengere Bestrafung der Rekruten, Abschaffung des heutigen Systems der Strafbücher (in die der „Strafgrund“ eingetragen werden muß), Schutz der „Autorität der Unteroffiziere mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ — oder auf gut Deutsch: schärfere Behandlung des Rekruten, größere Freiheit für den Unteroffizier und Erziehung des Selbstgefühls des Gemeinen durch den Kadavergehorsam!

Sicherlich ein wunderbares Rezept, Soldatenmishandlungen zu beseitigen.

Den Scharfmachern zu Willen!

Nach dem „Bayerischen Kurier“ wird ein Arbeitswilligenschutzgesetz im Reichsamt des Innern vorbereitet. Das Organ des bayerischen Zentrums schreibt, es dürfte angenommen werden, daß ein erheblicher Teil der Bundesregierungen im Bundesrate für ein Arbeitswilligenschutzgesetz eintreten wird; Sachen hätte bereits einen entsprechenden Antrag gestellt.

Radikale Worte.

Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Herr Adam Stegerwald, hat am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung in Köln über den 3. Deutschen Arbeiterkongress berichtet. Der christliche Gewerkschaftsführer fand in seiner Rede sehr radikale Worte. Er sagte:

Der Bund der Landwirte fordert den lödlosen Jolltarif. Er verschleiert so vorzüglichweise, was er darunter verstehen will. Nun, er soll uns nicht für so unklug halten, daß wir uns dadurch täuschen lassen. Wir lassen uns nicht vor fertige Loslösen stellen. Wir haben eine Warnungstafel aufgestellt. Wir wollen unsere Interessen vorher geltend machen, damit die bürgerlichen Parteien, die zum großen Teil von Arbeitern gewählt sind, wissen, wie die organisierte christlich-nationale Arbeiterschaft über die großen Lebensfragen denkt. Wenn wir als Kongress in der gegenwärtigen Situation nicht zu solchen Fragen Stellung genommen hätten, dann hätten es die christlichen Gewerkschaften und jedenfalls auch andere Organisationen abgelehnt, sich daran zu beteiligen, dann hätten wir jede Selbstachtung und jedes Selbstbewußtsein preisgegeben. Und ohne diese Eigenschaften kann eine Massenbewegung nicht bestehen.

Und zu den Scharfmachern gewendet, rief Herr Stegerwald aus:

„Die große Lethalität in Deutschland muß sich endlich einmal an den Gedanken gewöhnen, daß es nicht Aufgabe einer christlich-nationalen Arbeiterbewegung sein kann, den bestehenden gesellschaftlichen Zustand bloß zu loben; wir haben vielmehr auch Forderungen an Staat und Gesellschaft zu stellen! Wir erklären: Es ist nicht bloß das Recht des Bundes der Landwirte, des Zentralverbandes deutscher Industrieller usw.; nein, es ist auch das unabweisbare Recht der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, genau in Stellung zu nehmen, wie das die anderen Interessengruppen für sich als selbstverständlich ansehen.“

Es wird wohl mit den Forderungen an Staat und Gesellschaft nicht so schlimm werden, denn der weitaus größte Teil der Stegerwaldschen Rede gingfalls darin, nachzuweisen, daß die christlich-nationale Bewegung die Arbeiter mit den kapitalistischen Zuständen zu versöhnen trachte. „Staatspositivismus“ nennt man

das, Herr Stegerwald. Er selbst schilderte ihn selbst in folgender Weise:

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung steht auf staatspositivem Boden. Sie lehnt es ab, alles in Grund und Boden zu kritisieren. Das hat uns in den letzten Jahren den Vorwurf eingebracht, eine Schwächung nach rechts unternommen zu haben. Wie war denn die Sachlage? Seit 1900 ist das Bürgerium in immer tieferem Maße radikalisiert worden. Der Sozialdemokratie trieb man so die Hosen geradezu in die Höhe. Wir sungen daher an, den deutschen Arbeitern zu sagen, daß es um Deutschland doch nicht so schlimm stehe, wie die Sozialdemokratie es machen wollen.“

Auch ein Standpunkt: Weil die Sozialdemokratie Fortschritte machte, mußte den Arbeitern eingeredet werden, daß es ihnen in Deutschland recht gut gehe.

Reform der Reichsratskammer in Bayern.

Zu Beginn der Dienstagtagung der bayerischen Abgeordnetenkammer überraschte Freiherr v. Herling das Haus mit der Mitteilung, daß die Regierung eine Reform der Reichsratskammer plane. Man kann ungefähr vorauslagen, wie diese Reform sich gestalten wird: gewerbliche Körperschaften, Handelskammern, Gewerkschaften usw. werden Vertretungen erhalten. Den Anlaß zu diesem plötzlichen Entschluß gibt eine Bestimmung der bayerischen Verfassung, die es verhindert, die Königsmacher durch Berufung in den Reichsrat zu belohnen. Nach der Verfassung darf im Gegenfall zu Preußen, wo das Berufungsrecht des Königs unbeschränkt ist, die Zahl der berufenen Mitglieder des Reichsrats den dritten Teil der erblichen Mitglieder nicht übersteigen.

Wo sind die Terroristen?

Die Herren Scharfmacher klagen ständig über den „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften. Wo jedoch in Wirklichkeit die Terroristen, und zwar Terroristen sans phrase sind, ist aus einem Artikel zu erkennen, der dem Dortmund- und Amsblatt zugegangen ist. Da wird die einige Gemeinden in der Umgebung Dortmunds berührende Frage der Eingemeindung behandelt und dabei folgender empörende Vorgang geschildert:

In einer der letzten Sitzungen der Gemeindevertretung Cestricks, in der die betreffende Eingemeindung besprochen wurde, äußerte sich ein auf der Zeche Adolf von Hansemann beschäftigter Gemeindevertreter gegen die Eingemeindung Cestricks nach Rennege. Er erklärte, daß die Stimmung in seinen Bekanntenkreisen allgemein nicht für eine Eingemeindung sei, und man energisch von ihm verlangt habe, dem Wunsche der Zechenpartei, für die Eingemeindung zu stimmen, nicht zu folgen.

Dieser Gemeindevertreter, der in der Nähe der Zeche ein kleines Anwesen besitzt, das seit alterher der Familie gehört, und der seit 19 Jahren ununterbrochen zur ständigen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten auf Zeche Hansemann als Schachtbauer gearbeitet hat, erhielt kurz nach dieser Gemeinderatsitzung folgendes Schreiben ins Haus gebracht:

„Rennege, den 14. November 1913.“

An
Mit dem heutigen Tage ist Ihnen Ihr Arbeitsverhältnis zur Zeche Adolf von Hansemann gekündigt. Ihr Austritt hat demnach mit Schluß des Monats zu erfolgen.

Stempel der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft.
Der Betriebsführer:
geg. Wiedereinhalts.

Der Amtsblattartikler bemerkt dazu:

„Ein betätigt rigoröses Vorgehen kann nur liegende Erbitterung hervorzufen, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn durch solche Maßnahmen Staatsbürger, die bisher für die nationale Sache mit allen Kräften eingetreten sind, der Sozialdemokratie in die offenen Arme getrieben werden. Nicht ohne Grund ist bei jeder Wahl eine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen zu konstatieren. Aber der Terrorismus der Zechenpartei geht noch viel weiter. Gemeindegemeinschaften, die den Protest gegen die geplante Eingemeindung unterschrieben haben, sind hierdurch zur Verantwortung gezogen worden, und wenn sie keine genügende Entschuldigung vorbringen konnten, wurde ihnen die Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis der Zeche angedroht. Kein Handwerker oder Geschäftsmann, der von der Zeche abhängig zu sein glaubt, mag seine Ansicht frei und offen auszusprechen, weil er befürchten muß, in seinen Erwerbsverhältnissen geschädigt zu werden.“

Weiter wird bemerkt, daß der Amtsdirektor von den Zechenvertretern in der Gemeindevertretung als Amtsdirektor nicht wiedergewählt worden sei, weil er sich von der Zweckmäßigkeit der Eingemeindung nicht habe überzeugen können. Seit seiner Abwahl hat der Oberinspektor der Zeche gewählt und wählen lassen. Von sieben Mitgliedern des Gemeinderats seien vier Zechenbeamte, die gehorsam und pflichtschuldig dem Wille von oben folgen müßten.

In einem Prozeß gegen einen sozialdemokratischen Funktionär erklärte auch ein Gemeindevorsteher auf eine Frage des Reichsratsvorsitzenden ganz naiv, es sei doch „naturgemäß“, daß die Zechenbeamten im Gemeinderat die Interessen der Zechen wahrnehmen!

Das Dortmund- und Amsblatt hält den Rationalisten der berüchtigten „alten“ Schule die Steigbügel. Wenn selbst dieses Blatt solchen Klagen eines „nationalen“ Mannes über den Terrorismus der Zechen Raum gibt, dann kann man sich vorstellen, wie die Arbeiterschaft unter diesem brutalen Herrrentrecht des Kapitalis zu leiden hat.

Die Nachwahl in Jerichow.

Die Konjunktiven haben für die bevorstehende Nachwahl zum Reichstag gemeinsam mit dem Bund der Landwirte den Rittergutsbesitzer Martin Schiele in Sachse als Kandidaten aufgestellt. Für die Fortschrittler kandidiert der Fleischmeister Robert, für die Sozialdemokratie wieder Genosse Haupt. Die Wahl dürfte in der ersten Hälfte des Februar stattfinden.

Der unwürdige Einjährige.

Einen neuen Streich hat sich soeben der preussische Militarismus mit Unterstützung der beteiligten Zivilbehörden geleistet. Zu dem Genossen Walter Stocker in Köln, der in der proletarischen Jugendbewegung tätig ist und bis vor wenigen Wochen auch als Berichterstatter an der Rheinischen Zeitung in Köln arbeitete, kam am 22. Juli ein Schugmann, ließ sich den Berechnungsschein Stockers zum Einjährig-Freiwilligenbescheinigen vorlegen und beschloß, ihn. Ende Juli erhielt darauf Stocker folgen. des Schriftstück:

„Ersch-Kommission Köln (Stadt) II
Nr. 5982/1246 E. Köln, 22. Juli 1913.“

Durch Entscheidung der Erschbehörde, 2. Instanz vom 14/10. Juli d. J. Nr. 1361 II b/M. 6 ist Ihnen die von der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige zu Berlin am 24. Februar 1911 erteilte Berechnung zum Einjährig-Freiwilligenbescheinigen entzogen und zugleich bestimmt worden, daß Ihre Heranziehung zum zwei- bzw. mehr-

Jährigen Militärdienst im ordentlichen Aushebungsvorverfahren zu erfolgen hat. Sie haben sich daher in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar nächsten Jahres zur Stammtabelle anzumelden.

Königliche Ersatz-Kommission des Aushebungsbezirks Köln Stadt II.

Der Militär- Der Zivil-

geg. Bacmeister. Vorsitzende: Name unleserlich.

Stoeder wandte sich an die Ersatzkommission um Auskunft über die Gründe dieser Maßregel. Nach acht Wochen wurde ihm durch den Polizeikommissar seines Bezirks der mündliche Bescheid erteilt, daß ihm die Militärbehörde wegen seiner Agitation für die sozialdemokratische Partei den Berechtigungschein entzogen habe. Es wurde dabei auf den § 83 der Wehrordnung in Verbindung mit einer Geheimverfügung der zuständigen Ministerialinstanzen vom 21. Mai 1895 hingewiesen.

Der fragliche Paragraf der Wehrordnung berechtigt die Ersatzbehörde zur Entziehung des Berechtigungscheines, wenn der Betreffende bestraft ist oder beim Diensttritt nicht mehr über die nötige „moralische Qualifikation“ verfügt. Stoeder wandte sich nun an die Kölner Ersatzkommission und ersuchte um Mitteilung der Verfügung des Kriegsministeriums und des Ministeriums des Innern vom 1895. Ein Unterbeamter gab die Auskunft, daß es sich dabei um die moralische Qualifikation im Hinblick auf die agitatorische Tätigkeit für die Sozialdemokratie handele. Selbstverständlich begünstigt sich Stoeder mit dieser Auskunft nicht. Beschwerdeführend wandte er sich an das General-Kommando und das Oberpräsidium in Koblenz und ersuchte um Angabe des Inhalts der betreffenden ministeriellen Verfügung. Nach längerer Zeit bekam er folgende Antwort:

Der Erlaß des Herrn Kriegsministers und des Herrn Ministers des Innern vom 21. Mai 1895 spricht sich dahin aus, daß derjenige, welcher sich, wie Sie, in besonderer Weise in haarscheindlichem Sinne agitatorisch betätigt, die für den freiwilligen Eintritt ins Heer erforderliche moralische Qualifikation nicht mehr besitzt, und daß ihm daher gemäß § 83 Abs. 2 der Wehrordnung die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst zu entziehen ist.

Von Seiten des General-Kommandos:

Der Chef des Generalstabes,

(Unterschrift unleserlich), Oberst.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz.

In Vertretung gez. Romm.

Eine weitere Beschwerde an das Kriegsministerium vom 28. September wurde nicht beantwortet.

Unterstützung kinderreicher Eisenbahnbeamter.

Der preussische Eisenbahnminister hat angeordnet, daß den Eisenbahnbeamten, die unter 3000 M. Gehalt beziehen, einmalige Unterstützungen in Höhe von 25—30 M. pro Familie gewährt werden können. In erster Linie sollen die Unterbeamten mit mehreren unverforgten Kindern berücksichtigt werden.

Junkertum und Schule.

Alles ist den Junkern verhaßt, was im Interesse der arbeitenden Bevölkerung geschieht. Gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt wird Sturm geschlagen. Allem die Krone aufsetzen dürfte aber das Vorgehen des landwirtschaftlichen Zentralvereins Königsberg, dem sogar die geringen sanitären Maßnahmen der preussischen Regierung im Interesse der ländlichen Schulen zuwider sind. Es hat die Regierung erlaubt, die sanitären Maßnahmen für die ländlichen Schulen mehr den — ländlichen Verhältnissen anzupassen. Insbesondere hat er sich gegen das Delen der Fußböden in den Schulen ausgesprochen.

Die preussische Regierung hat sich darauf veranlaßt gesehen, den Herren Junkern eine glatte Abgabe zu erteilen. Es heißt darin:

Wir vermögen nicht anzuerkennen, daß die Anforderungen an ländliche Schulanstalten über das Maß des Notwendigen hinausgehen oder gar denen an städtischen Schulen gleichkommen. Die Anforderungen beschränken sich auf Dinge, die aus gesundheitlichen Gründen zur Erzielung besserer Luft- und Lichtverhältnisse oder größerer Reinlichkeit bringend geboten sind, insbesondere auch im Hinblick auf die in der Provinz — auch auf dem Lande — noch sehr verbreitete Tuberkulose! Zu diesen, von den Herren geforderten Maßnahmen gehört auch die Delung des Fußbodens in den Schulen mit staubbindendem Del.

Die gesundheitlichen Verhältnisse auf dem Lande lassen sicher viel zu wünschen übrig. Notgedrungen muß die preussische Regierung auf Verlangen der Herren einige sanitäre Maßnahmen treffen, doch die Junker sind dagegen, weil diese Maßnahmen Geld kosten. Dieser mag die Gesundheit der Kinder zum Teufel gehen; die Hauptsache ist und bleibt, daß die Junker für Schulzwecke nichts auszugeben brauchen.

Der selbstthätige katholische Arbeiterverein und sein gelbenfeindlicher Kurat.

Zu einer recht interessanten Auseinandersetzung ist es zwischen den Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins „Stamm“ in Hausdam (Bayern) und ihrem Präses, dem Kuraten Leb, gekommen. Der Verein gehörte dem Verbands der süddeutschen katholischen Arbeitervereine an. Weil er aber sehr viel gelbe Werkereiner in seinen Reihen zählte, war es zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Verbandsleitung wie mit dem Präses gekommen, in deren Verlauf der Verein seinen Austritt aus dem Verbands erklärte.

In dem Bericht, den der gelbe „Verband“ in seiner letzten Nummer über die Angelegenheit veröffentlichte, interessiert besonders ein Brief, den der Ausschuss des Vereins „Stamm“ an den Kuraten Leb, der inzwischen einen Konfuzionsverein gegründet hatte, gerichtet. In diesem Briefe heißt es:

„Indem Herr Kurat Leb eine derartig feindliche Stellung eingenommen hat, erachtet dieser Sie unwürdig, Reichsvater des Vereins zu sein. Da das kirchliche Oberhaupt dem genannten Verein die Ausübung religiöser Tätigkeiten verweigert, sind die Mitglieder des Vereins der Ansicht, daß der hier in Betracht kommende Geistliche selbst nicht das geringste glaubt von dem, was er predigt, insofern auch von uns nicht verlangt werden kann, daß wir dasselbe glauben sollen. Aus diesem Grunde verzichten wir auf die General-Kommunion mit der Ueberzeugung, daß jede eventuelle Vernachlässigung der religiösen Pflichten der Mitglieder nur Sie bei Gott zu verantworten haben.“

Man muß sagen, daß dieser Brief an Deutlichkeit und bayerischer Derbheit nichts zu wünschen übrig läßt. Erwähnt mag noch werden, daß der Kurat über dem Ufer, für den Verband der katholischen Arbeitervereine zu wirken, seine amtlichen Pflichten als Geistlicher den Mitgliedern des Vereins „Stamm“ gegenüber vergesen hat. Er verweigerte dem Verein sämtliche kirchlichen Berrichtungen, und als ein Mitglied gestorben war und der Verein das übliche Seelenamt lesen lassen wollte, wurde er mit den Worten abgewiesen: „Auf den Namen dieses Vereins lese ich kein heiliges Amt, überhaupt dürfen Sie mit Ihren Vereinsangelegenheiten meinen Pfarrhof nicht mehr betreten.“

Die gutkatholischen Gelben und der grißkatholische Kurat sind einander weit.

Die Wahlen in Bulgarien.

Sofia, 9. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Wahlausfall bedeutet einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie. Die Fraktion der Weisheitsigen hat 20 Mandate,

die der Engheitsigen 16 Sitze erhalten. Die Regierung hat eine Niederlage erlitten und verliert kaum über die absolute Majorität. Die russophilen Parteien Seichows und Danews sind fast weggeworfen worden. Danew selbst soll gewählt sein, seine Partei hat aber kein einziges Mandat erhalten. Die Demokraten haben etwa 10, die Agrarier gegen 20 Sitze erobert.

Das Ministerium Doumergue.

Paris, 9. Dezember. Die neuen Minister sind gestern zu einer Beratung zusammengetreten, in der das zukünftige Programm der Regierung erörtert wurde. Das Kabinett wird dem Parlament erklären, daß es das Werk der Versöhnung der republikanischen Parteien durchzuführen, sich dabei aber ausschließlich auf Elemente der Linken stützen wolle. In der Regierungserklärung sollen insbesondere vier Punkte berücksichtigt werden: die Laicenschule, die Wahlreform, die Finanzfrage und das Dreijahresgesetz. Das Kabinett werde nachdrücklich den Willen zu erkennen geben, daß es die Kaiserliche Verteidigung wolle. Es werde mit der Senatskommission zusammen an der Wahlreform arbeiten, um einen Ausgleich zwischen beiden Häusern des Parlaments herbeizuführen. Dabei dürfe aber nicht verkehrt werden, daß es schwierig erscheine, in der kurzen Zeit bis zu den Wahlen zum Ziele zu kommen. Das Land selbst also werde Gelegenheit haben, sich zu der Angelegenheit zu äußern. Die Lösung der finanziellen Frage werde Caillaux überlassen werden. Es heißt, Caillaux halte es nicht für notwendig, die Anleihe sofort aufzunehmen. Er wolle dem Erbschaftssteuerentwurf noch einen Vorschlag über die Besteuerung des Kapitals hinzufügen, um die Ausgaben für das Heer decken zu können. Die Regierung wolle die Hauptpunkte des von der Kammer angenommenen Einkommensteuergesetzes im Senat verteidigen. Sie sei entschlossen, das Dreijahresgesetz zum Besien der nationalen Verteidigung anzuwenden, werde es aber nicht als unabänderlich ansehen und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß der Lauf der Ereignisse schließlich gestalten werde, dem Gesetz die notwendige Milderung widerfahren zu lassen.

Prekstimmen.

Paris, 9. Dezember. Noch selten ist ein neues Ministerium von der gemäßigten Presse in so heftiger Weise angegriffen worden, wie das Kabinett Doumergue. So schreibt der „Figaro“: Wir können an dieses Ministerium, dessen hohe Anführung alle Welt beunruhigt hat, gar nicht glauben, solange wir nicht die Ernennung in dem Amtsblatte gelesen haben. So müssen wir denn auch erklären, daß ein solches Kabinett unmöglich, durchaus nicht lebensfähig und gar nicht vorhanden ist. Wenn dieses Ministerium keine Fabel ist, dann bildet es jedenfalls eine Herausforderung. Bewahren wir deshalb noch einen schwachen Hoffnungsschimmer.

Die radikalen Blätter sprechen ihre Befriedigung darüber aus, daß es gelungen sei, ein Ministerium von so entschieden linksrepublikanischer Richtung zu bilden, verheßen sich jedoch nicht, daß ihm Schwierigkeiten bevorstehen.

Jaurès schreibt in der „Humanité“: Das neue Ministerium möge ohne Umschweife ankündigen, daß es die Steuerreformen dem Finanzgesetz für 1914 einverleiben wird, daß das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit für Frankreich nur eine ganz vorübergehende Schutzmaßnahme bildet und daß es das Programm des Kongresses in Paris in keiner Hinsicht verläugnen wolle. Dann wird es leben und den Wutausbrüchen der Radikalfraktion Trost bieten können.

Clemenceau meint in dem Blatte „L'Homme Libre“: Der gewaltige Jorra der Gemäßigten Republikaner muß als ein Zeichen angesehen werden, daß die Republik einen guten Weg eingeschlagen hat.

Englisches Mißtrauen gegen das neue Kabinett.

London, 9. Dezember. Das neue französische Kabinett wird von der konservativen englischen Presse mit ungewöhnlichem Mißtrauen betrachtet. Unmittelbare Befürchtungen für die Festigkeit der Enquete bestehen wohl nicht, aber in der Hauptsache wohl deshalb, weil man hofft, daß die Kombination Doumergues fallen werde, ehe sie Schaden kann.

Rußland.

Der Beilis-Prozess.

Gestern ist die zweiwöchige Frist seit Verkündung des Urteils im Rizaismordprozess abgelaufen. Weder Anklagebehörde noch Verteidigung haben Berufung eingelegt, und das Urteil tritt heute endgültig in Rechtskraft.

Aus der Partei.

Ausgewiesen.

Die deutsche Ausweisungsschmach hat wieder ein Opfer gefordert. Diesmal ist es die sächsische Regierung, die rücksichtslos die Existenz eines Menschen vernichtet, der seiner politischen Ueberzeugung gemäß lebte und handelte. Das Opfer nämlich sächsischer Verfolgungswut ist der 27jährige Schneidermeister Turra in Weida bei Riesa, der in Sachsen geboren ist. Aber sein Vater war österreichischer Staatsangehöriger, der ungefähr 40 Jahre in Deutschland gelebt und sich in Sachsen verheiratet hatte. Genosse Turra war schon als junger Mensch in der Arbeiterbewegung in der Schweiz und an verschiedenen Orten Deutschlands tätig. In den letzten Jahren hatte er sich in seiner Heimat selbstständig gemacht. Er trat bei den letzten Reichstagswahlen als Referent für die Partei ein, leitete die Frauen-Disputierabende und wurde schließlich Leiter der Jugendbewegung in Riesa. Das erregte den Jorra der sächsischen Regierung, man begann sich, daß der in Sachsen geborene Turra nach dem Ausschluß des Gesetzes Ausländer sei und verurteilte die Ausweisung über ihn. Alle Reklamationen halfen ihm nichts; er erreichte nur, daß die Ausweisungssfrist auf den 31. Dezember verlängert wurde. Genosse Turra muß also sein gutgehendes Geschäft aufgeben und ins Elend wandern, und mit ihm seine alte Mutter, die er bei sich aufgenommen hatte.

Parteiliteratur.

Stenographisches Protokoll der deutsch-französischen Verhandlungskongress. Abgehalten am Pfingstsonntag, den 11. Mai 1913, zu Bern. Herausgegeben vom Organisationskomitee. Preis 25 Pf. Zu beziehen durch alle Parteiluchhandlungen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Preussische Freisprechung.

Der verurteilte Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel, Genosse König, soll 50 Mark Strafe zahlen, weil in der „Volkszeitung“ ein Tischlermeister, der auf Menschen geschossen hatte, als „Revolverheld“ bezeichnet

worden war. In der Begründung des schöffengerichtlichen Urteils wird gesagt, daß ein allgemeines Recht für die Presse, Mißstände zu kritisieren, nicht bestehe, auch wenn die Gründe noch so lauter sind und die Mißstände in der geschilderten Weise bestehen. Deshalb finde der § 193 keine Anwendung. Der Ausdruck „Revolverheld“ sei ein Schimpfwort und eine Beleidigung. Während läme für König jedoch in Betracht, daß erwiesenermaßen der Tischlermeister blindlings an einem Sonntagvormittag drauflos geschossen und Menschen gefährdet hat. Dazu war er nicht berechtigt.

Aus Industrie und Handel.

Vom Eisenmarkt.

Ein Situationsbericht der „Rhein-Westf. Zig.“ über den Siegerländer Eisenmarkt ist geeignet, die optimistischen Hoffnungen zu zerstreuen, die von interessierter Seite über die Lage des Eisenmarktes verbreitet werden. Es heißt darin: Die Hütten sind schwächer beschäftigt im Siegerland, sie müssen schon auf Lager legen und die Produktion einschränken. Besonders die Dütiemerte, welche mehrere Hochöfen bisher betrieben hatten, wie Köln-Müsen, Kolonschütte u. a. müssen einen ausgeben lassen und produzieren nur mit einem Ofen. Während der Hochkonjunktur waren diese Werke in der glücklichen Lage über ihre Beteiligungsziffern hinaus zu liefern, da ja ein Teil der gemischten Werke ihre Quote nicht voll zu liefern vermochte. Ab 1. Januar wird auch das Robeisenmarkt vermutlich um eine Einschränkung kaum noch herumkommen, denn in Verbrauchskreisen macht sich große Zurückhaltung geltend, besonders bei den Siegerleuten. Man ist über die geringe Breitermähtigung für Siegerleuten etwas vorlaut und in einer neulich abgehaltenen Versammlung wurde kritisiert, daß der Robeisenverband nach dem Auslande (Holland und Frankreich) zu 66 M. drei Schiff verlastet habe, während er seinen inländischen Abnehmer 70,50 M. abverlangt. Man will deshalb größere Abschlässe jetzt nicht machen, sondern erst eine weitere Breitermähtigung abwarten. Für die Siegerländer Hütten dürften im nächsten Jahre die Zeiten wieder weniger erfreulich werden.

Die Rückwirkung der österreichischen Auswandererkrise auf das Zwischendepotgeschäft der deutschen Reedereien macht sich bereits deutlich bemerkbar. Die Auswanderung über Hamburg ist im Monat November sehr stark zurückgegangen, was in der Hauptursache der schärferen Ueberwachung des Auswandererwesens in Kalizien und an der österreichisch-deutschen Grenze zuzuschreiben ist. Die Gesamtanzahl der Auswanderer über Hamburg betrug im November dieses Jahres 14 247 Personen gegen 17 621 im vorjährigen Vergleichsmonat. Dieser Rückgang ist um so auffälliger, als die vorangegangenen Monate ganz beträchtliche Steigerungen des Auswandererverkehrs gegenüber dem Vorjahre gebracht hatten. Die Auswanderung von Ausländern über Hamburg ist im Berichtsmonat von 17 100 auf 13 377 zurückgegangen, während die Zahl der deutschen Auswanderer von 221 auf 880 gestiegen ist. Der österreichische Auswandererfonds scheint also dem Zwischendepotgeschäft der deutschen Großreedereien empfindlichen Abbruch zu tun.

Letzte Nachrichten.

Die Zivilliste des Königs von Bayern.

München, 9. Dezember. (R. L. B.) Der Ausschuss der Kammer der Reichsräte hat den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zivilliste in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Ein Vertrauensvotum für Casselmann.

München, 9. Dezember. (R. L. B.) Die liberale Fraktion der Kammer der Abgeordneten hat heute eine Entschließung einstimmig angenommen, daß sie trotz der Meinungsverschiedenheiten, die gelegentlich der Vorlage über die Erhöhung der Zivilliste zutage getreten sind, einen Anlaß zu einem Rücktritt ihres Vorsitzenden Dr. Casselmann nicht als gegeben erachten könne und in der die Ueberzeugung ausgedrückt wird, daß die Fraktion auch weiterhin unter seiner Führung in vollem gegenseitigem Vertrauen für die gemeinsame Sache zusammenarbeiten werde.

Die bulgarischen Wahlen.

Sofia, 9. Dezember. (R. L. B.) Nach den neuesten Meldungen sind, soweit bis jetzt bekannt, 95 Anhänger der Regierungsparteien, 47 Sozialisten, 37 Agrarier, 14 Demokraten, 5 Nationalisten (Anhänger Seichows), 5 Radikale und ein Fortschrittler (Anhänger Danews) gewählt worden. Diese durch die Verwaltungsbehörden ermittelten Ziffern werden am Freitag von den Gerichten nachgeprüft werden.

Ein mexikanisches Arienschiß überfallen.

Mexiko, 9. Dezember. (R. L. B.) Eine Schar von Insurgenten bemächtigte sich des oberhalb der Stadt Turpan vor Anker liegenden mexikanischen Kanonenbootes „Turpan“. Sie machte nach Ueberwältigung der Wache die Maschinen und Geschütze unbrauchbar, worauf sie unter Mitnahme eines Quantums Dynamit das Kanonenboot wieder verließ.

Eine auffeherregende Affäre in Budapest.

Budapest, 9. Dezember. (R. L. B.) Die Polizei verhaftete dieser Tage den kleiner Josef Kemech, der im Zentralschloß des Kammerers Alexander Ferenczy einen Einbruch verübte. Der Verhaftete gab bei seinem Verhör an, er habe ursprünglich nicht die Absicht gehabt, einen Diebstahl zu begehen, sondern er sei von einem anderen Kammerer dazu gedungen worden, den Kammerer Ferenczy zu ermorden, das Testament Ferenczy's, der ein Vermögen von mehreren Millionen besitzt, zu rauben und schließlich das Testament nach durchgeführter Korrektur auf seinen ursprünglichen Platz zurückzuliegen. Kemech ist inzwischen geflüchtet und es ist der Polizei nicht gelungen, seiner habhaft zu werden. Man vermutet, daß der Anführer zu diesem Verbrechen in der Verwandtschaft Ferenczy's zu suchen ist.

Die ungarische Spielbankaffäre.

Wien, 9. Dezember. (R. L. B.) Der diesige Korrespondent des „Daily Chronicle“ meldet seinem Blatte, daß die Beilegung der Spielbankaffäre in Budapest infolge der materiellen Anteilnahme des Grafen Tizza und des Grafen Khuen Hederwary erfolgt ist. Die genannten Staatsmänner haben nämlich nach dem Verdict des genannten Blattes den Betrag von 1 400 000 Kronen, der bekanntlich an die Verlethgesellschaft zurückgezahlt worden ist, aus eigener Tasche erlegt. Graf Tizza wie Graf Khuen Hederwary haben je 700 000 Kronen aus eigenen Mitteln bezahlt, um die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen.

Attentat auf einen Richter.

Budapest, 9. Dezember. (R. L. B.) Vor dem fünften Bezirksgericht in Budapest spielte sich heute mittag eine aufregende Szene ab. Der Bezirksrichter Dr. Hörschick wies den 19jährigen Handlungsgesellen Eugen Roth mit einer Schandensatzung ab. Roth zog hierauf ein scharfes Messer und schlug auf den Richter. Dieser griff nach einem Stuhl und parierte damit den Angriff. Es kam hierbei zwischen beiden zu einem Handgemenge. Schließlich konnten die herbeigeeilten Gerichtsdienner den Attentäter festnehmen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
 i. d. G. Berl. Reichstagswahlkreises
 Am 6. Dezember verstarb unser
 Genosse, der Gastwirt
Max Beyer
 Linastr. 27. Bezirk 755a.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, nachmittags 3/4 Uhr,
 auf dem Friedhof in Ahrensfelde
 statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 233/4 **Der Vorstand.**

Statt besonderer Meldung!
 Nach kurzem Krankenlager ver-
 starb am Montag, vormittags
 11 1/2 Uhr, unser innigstgeliebter
 einziger Sohn, der Schlichter
Fritz Stöber
 im 25. Lebensjahre.
 Dies zeigt tiefbetrabt an
Fr. Stöber und Frau.
 Berlin, Borsighagen-Rummelsburg,
 Am Blümenplatz 3 (Schloßstr.),
 8. Dezember 1913.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 11. Dezember,
 nachmittags 2 Uhr, vom Trauer-
 hause, Jungstr. 5, aus nach dem
 Friedhof in der Bornitzstraße statt.

Zentralverband der Fleischer.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Am 8. Dezember starb unser
 Mitglied
Friedrich Stöber.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Donnerstag, den 11. Dezember,
 nachmittags 2 Uhr, vom Trauer-
 hause, Jungstr. 5, aus statt.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege
Otto Konrad
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Am Montag, 8. Dezember, ver-
 starb unser lieber Ehe-
Friedrich Stöber,
 Lichtenberg, Jungstraße 5, im
 Alter von 24 Jahren.
 Die Angehörigen.

Zentralverband der Schuhmacher
 Deutschlands.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege
Gustav Stolzenwald
 Barnimstr. 14, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 10. Dezember, nach-
 mittags 2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Ahrensfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 170/1 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Zuleger
Ernst Bürgel
 Neufuß, Berliner Straße 81, am
 6. Dezember an Halsleiden ge-
 storben ist.
 Die Beerdigung findet heute
 Mittwoch, den 10. Dezember, nach-
 mittags 3/4 Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Ahrensfelde, Mariendorfer Weg, aus
 statt.
 Ferner starb unser Mitglied,
 der Schlosser
Gustav Riegner
 Steglitz, Lauenburger Straße 22,
 am 7. Dezember an Lungenleiden.
 Die Beerdigung findet morgen
 Donnerstag, den 11. Dezember,
 nachmittags 3/4 Uhr, von der
 Leichenhalle des Gemeinde-Fried-
 hofes in Steglitz, Bergstraße,
 aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erwartet
 131/6 **Die Ortsverwaltung.**

Am 7. Dezember starb im Urban-
 Krankenhaus der Schneider
Friedrich Bosse
 kurze Straße 8.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstagnachmittag 4 Uhr von
 der Halle des Zentral-Friedhofes in
 Ahrensfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung seiner
 Freunde und Bekannten ersucht
Wilhelm Schlaechter
 233/6 Danziger Str. 48.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbe-
 kasse der deutschen Drechsler
 und deren Berufsgenossen**
 (E. G. 86, Hamburg).
 Verwaltungsstelle Berlin C.
 Am 6. Dezember verstarb unser
 Mitglied
Richard Herfort.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung: Heute, Mittwo-
 chsnachmittag 3/4 Uhr von der Leichen-
 halle in Ahrensfelde aus.

Deutscher Textilarbeiterverband.
 Filiale Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege
Erich Brödler
 am 7. Dezember gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute
 nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle
 des städtischen Begräbnisplatzes
 in der Müllerstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 191/1 **Die Ortsverwaltung.**

Nach kurzem, schwerem Leiden
 starb am 8. Dezember, nachm.
 3 Uhr, unser lieber Sohn und
 Bruder
Paul.
 Dies zeigt tiefbetrabt an
Paul Schlöfke
 u. Frau Berta geb. Hinz
 nebst Tochter.
 Die Beerdigung findet am
 11. Dezbr., nachm. 2 Uhr, vom
 Trauerhause, Schopenhauer Allee,
 aus statt.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei dem Hinscheiden meines
 geliebten Mannes, unseres guten
 Vaters sagen wir allen Freunden und
 Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Frau Hedwig Weber
 nebst Kindern.
Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme sowie die zahlreichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meiner
 lieben Frau
Ida Reich
 sage ich allen Freunden, Bekannten
 und Bekannten, sowie den Kollegen
 der Pianofabrik C. Otto, dem Gesangs-
 verein „Vorwärts-Südost“ und dem
 Schloßverein Neudamm meinen herz-
 lichsten Dank.
 Der trauernde Gatte
Hans Reich.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei dem Hinscheiden meines
 lieben Mannes sage ich allen Be-
 teiligten, insbesondere dem Verband
 der freien Galt- und Schaumwein-
 Berlin, von Bantow-Schönhäuser,
 den Kollegen des Transportkontor
 (Kuhhalter Dahn) meinen herzlichsten
 Dank.
Wwe. Maria Lukow und Sohn.

Mohrenstr. 37
 Kolonnaden.
 Gr. Frankfurterstr. 115
**Trauer-
 Magazin**
 Kleider, Hüte etc.
 Außerste Preise
**Farbige
 Konfektion**
 in größtem
 Maßstabe
 zu billigsten
 -Preisen-
Westmann

**Pelz-
 waren**
 Fabrik und
 Lager von Stolas,
 Krawatten,
 Pelzhüten, Pelz-
 jacken, Muffen,
 Pelzen, Kinder-
 garnituren usw.
 Nur reelle Ware,
 von der einfach-
 sten bis zur
 elegantesten.
 Tausende Sachen
 auf Lager. Auch
 Einzelverkauf zu
 billigen Preisen.
 Sonntags geöffnet.
F. Kalman,
 Kürschnerstr.
 15, 1. Et.,
 nur Kommandantenstr.
 Tel.: Zentrum 3917. Geogr. 1494.

**Verband der Maler,
 Lackierer, Anstreicher usw.**
 Bureau: Melchiorstraße 28, part. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: Räderstraße 9
 Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 6708.
Sonnabend, den 13. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
Versammlung
der arbeitslosen Mitglieder der Filiale Berlin.
 Wir ersuchen unsere arbeitslosen Kollegen, unbedingt in dieser Versammlung zu erscheinen,
 da es sich um die Auszahlung einer Extratrübsung handelt.
 In folgenden Orten melden sich die Kollegen in ihren Kontrollstellen: Adlerhof, Köpenick,
 Friedrichshagen, Lichterfelde, Königs-Drückerhausen, Zehlendorf und Strausberg.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
 Bezirk Groß-Berlin Bureau C. 25, Münzstr. 20 11
Donnerstag, den 11. Dezember 1913, abends 8 1/2 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59
Mitglieder-Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Beratung des neuen
Ortsstatut für den Bezirk Groß-Berlin.
 2. Bericht der Kaufmannsgerichtsbekämmerung.
 3. Verschiedenes. 295/16
 Wegen der überaus wichtigen Tagesordnung bitten wir um
 zahlreich und pünktlichen Besuch. **Die Ortsverwaltung.**

Morgen, Donnerstag, 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
in Kellers Festhale (Inb. Obiglo) Koppenstr. 29:
Gr. Protestversammlung.
 Tagesordnung: **Zabern.**
 Referent: **Karl Schmidt**
 295/19 Herausgeber der „Tribüne“.

Bekanntmachung
 betreffend
**die Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum
 Ausschuss der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe
 zu Berlin.**
 Gemäß § 9 der Wahlordnung geben wir den beteiligten Arbeit-
 gebern und Versicherten hiermit bekannt, daß von Seiten der Arbeitgeber
 und der Versicherten nur je ein Wahlvorschlager mit der höchst zulässigen
 Vertreterzahl eingegangen ist.
 Die Wahlvorschlager werden den Beteiligten bis zum 15. Dezember cr.
 auf Wunsch im Aushanglokal Berlin C 54, Sophienstraße 6, werktäglich von
 9-1 Uhr, zur Einsicht vorgelegt.
 Da nur je ein Wahlvorschlager eingegangen ist, so gelten die Vor-
 geschlagenen nach § 10 der Wahlordnung als gewählt.
 Es braucht demnach am 21. bezw. 22. Dezember cr. weder
 von den Arbeitgebern noch von den Versicherten gewählt zu
 werden.
 Anfechtungen gegen die Gültigkeit der Wahl sind bis zum 23. De-
 zember cr. bei dem unterzeichneten Vorstand oder beim Versicherungsamt
 der Stadt Berlin, Abteilung für Kranken- und Unfallversicherung, an-
 zubringen. 2406
 Berlin, den 8. Dezember 1913.
Der Vorstand
 der Ortskrankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin
A. Daehne **G. Lemptahl**
 Vorsitzender. Schriftführer.

Friedr. Stabenow (Trauring)
 Berlinerstr. 146
Charlottenburg Lieferant
 der Konsumgenossenschaft
 Reparaturen preisw. u. gut. Berlin u. Umgegend

**BROCKHAUS' KLEINES
 KONVERSATIONS-LEXIKON**
**Das praktische Weihnachts-
 Geschenk für jedermann**
M24.- Neue Ausgabe 1914 M24.-

**Allgemeine
 Orts-Krankenkasse**
 für die
**vereinigten Gewerbebetriebe
 Charlottenburgs.**
 Die Wahl zum Kassenvorstand,
 die am 11. d. Mts. stattfinden sollte,
 findet nicht statt. Sowohl Arbeit-
 nehmer als auch Arbeitgeber haben
 je nur eine Wahlvorschlagerliste ein-
 gereicht. Beide Listen sind zugelassen,
 somit bedarf es einer weiteren Wahl
 nicht. 301/7
 Charlottenburg, den 8. Dezember 1913.
Der Kassenvorstand.

Brauerei
 sucht Restauration zu mieten, selbige
 bezieht auch Restaurationen zc. gegen
 Abnahme von Bier. Offerten unter
 H. T. 7431 an Haasenstein & Vogler,
 A.-G., Berlin W. 8. 234/1*

Bad „Süd-Ost“
 40 Manteuffelstr. 40 a. d. Oranienstr.
 Alle Arten Bäder.
 Täglich: **Russisch-römische und
 elektrische Bäder für Damen und
 Herren.** Lieferant sämtl. Kranken-
 lässen für Berlin und Vorort.

Herren-Moden
 fertig und nach Maß, wirklich
 vorzügliche Ausführung. Großer
 Stofflager. Monatszahlung 10 M.
Goldstein
 Yorckstr. 51. Nähe Bülowstraße.

Westmann
 Mohrenstr. 37
 Gr. Frankfurterstr. 115
**Gute Qualitäten
 zu halben Preisen
 und darunter!**
Plüschmänt. 30 bis 100
 tolle Qual. w. einf. Form. gegen früher M. 65 bis 250
Ulster 8 bis 45
 beste Qualitäten. M. gegen früher M. 35 bis 75
Kostüme 13 bis 80
 feine Aufmachung M. gegen früher M. 80 bis 150
Pelzmäntel 95 bis 700
 echte Qualitäten. M. gegen früher M. 200 bis 1500
Kleider aparte 15 bis 100
 Geschmacksrichtungen M. gegen früher M. 35 bis 250
**Röcke, Blusen für Geschenke
 sehr preiswert!**
 Sonntag geöffnet von 8-10 u. 12-6 Uhr.
 Jedes als Geschenk gekaufte Stück
 wird nach dem Fest gern umgetauscht

Stoffe
 für Maßanzüge,
Paletots Meter M. 5, 7, 9
**Kostüm- und
 Ulsterstoffe Meter M. 3, 4, 5**
**Persianer imit.
 Plüsch 130 cm br. M. 7 50 9 50**
Seiden-Seal prima Qual. M. 15
**Astrachan, Feh-
 tutter M. 4 50 6 50**
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
 Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
 Patrikirche.
Stepdecken
 größte Auswahl, billigst;
 auch Aufarbeiten alter
 Stepdecken.
 Robert Berlin,
 Wallstr. 72, zwischen Hoh- u. Borsigstr.
 3. u. 4. Etage. Preisliste gratis.
Prakt. Weihnachtsanzüge
 Eine jede Anzahlung??
 Keine Stofferei, keine Patent
 Bettwäsche, Teppiche,
 Portieren, Bilder, Gardinen,
 Stores, Stepp- u. and. Decken.
MATZNER,
 Sufelandstraße Nr. 41.

Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern!

Denkt an die Weihnachtsbescherung der Arbeitslosen und ihrer Kinder.

Liefert so schnell als möglich die Listen ab. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.

Sonst sind wir nicht in der Lage, die Wünsche und Anforderungen unserer arbeitslosen Genossen rechtzeitig und ordentlich erledigen zu können.

Die Veröffentlichung über die Eingänge werden von jetzt an täglich im „Vorwärts“ erfolgen.

Es gingen bisher ein:

- „Vorwärts“ 30.000. Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend 30.000. Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins 30.000. Verband der Metallarbeiter, Jahreshilfe Berlin 10.000. Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend 5000. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Verwaltung Berlin 5000. Verband der Schneider, Mäntel Berlin 3000. Verband der Fabrikarbeiter, Verwaltung Groß-Berlin 1500. Verband der Transportarbeiter, Bezirk Groß-Berlin 3000. Liste 1001. Angestellte des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer 27.50. Bäckeri Cohn u. Eisenberg 230. Verband der Sattler und Portefeuliker, Ortsverwaltung Berlin aus der Lokalfasse 500. Schneiderei „Genossenschaft Hoffnung“ 225. Verband der Steinleger, Bezirksamt Groß-Berlin 1000. Liste 4218. Pruderei Maurer u. Dimmig 35. Wälschbühl Union 18.50. Leichter-Liste Tischlerei Bornmann 10. Liste 3 Zentralkommission d. Krankenkassen 32.50. Firma Schulte u. Sohn 20. Bildhaueratelier Koch u. Feuerhahn 19. Teppichhandlg. Lange, Chausseestraße 10. Brahl, Charlottenburg 10. Seifensiederei Tischlerei Galle 5. Liste 1. Lola R. Helene R. 5. Hospital Frau Hans 5 5. Verband der Kaufmänninnen u. Verkäufer, Jahreshilfe Berlin 1000. Konfektions-Lagunieder bei Veit u. Cloppenburg 50. Transportarbeiter bei Schuber 10. Regional bei H. Fischer 11.50. Treppengeländerfabrik Vogt u. Schöne 15. Sogenlampschreiber R. Weinert 10. Volkerer bei Nürnberg 8. „Solidarität“, Ortsgruppe Reutlin 10. Bureau der Gewerkschaftskommission 40. Deutsche Sphono-Jahrl. 12. Redaktion „Vorwärts“ und „Neue Welt“ 500. Liste Angestellten der Buchhandlung Bortolotti 200. Werkstatthilfen Gumbel u. Schön 15. Tischlerwerkstatt F. Demuth 5. Schmied 7. Reich Mel. Friedenau 6. F. Bergemann, Hohenstaufenstraße 18 3.10. Arbeiter-Abfahrer-Bund „Solidarität“, Gau 9, Bezirk 21, Nieder-Barnim 10. Margarete Remmann 20. Emma Kuhlmann 10. Tischlerei Sauerwein 15. Sammelliste der Firma G. u. S. Schape 23.

In Summa 101 205.10 M.

Die Listen sind dort abzurechnen, wo sie entnommen sind.

Sonstige Beiträge sind zu richten an Alwin Köpfen, Engel- ufer 15 und Emil Soede, Lindenstr. 2 I.

Mit Parteigrub

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins u. Umg. J. U.: Eugen Ernst.

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend. J. A.: Alwin Köpfen.

Gewerkschaftliches.

Der abgeblitzte Hanfabund.

Der Hanfabund hat sich durch seine Stellungnahme für den „Arbeitswilligenschuh“ die Sympathie derjenigen wirtschaftlichen Organisationen verschert, deren Mitglieder politisch dem Programm des Hanfabundes zuneigen, die aber wegen ihrer Berufstätigkeit auch eine gewisse organisatorische Selbständigkeit nicht zu entbehren vermögen. So unterbreitete auch die Soziale Kommission des Werkmeister-Verbandes den Bezirksvereinen die nachfolgende Resolution zur Annahme:

Das fortgesetzte Verlangen nach einem verschärften gesetzlichen Arbeitswilligenschuh, hinter dem sich die Beschränkung des Koalitionsrechts verbirgt, hat eine erhebliche Stärkung erfahren durch den Beschluß des Industriekongresses des „Hanfabundes“, an Reichstag und Regierung des Verlangens zu stellen, für Sicherung der Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs zu sorgen und

dahin zu wirken, daß die polizeilichen Exekutivbeamten nicht nur über das Recht, sondern auch über die Pflicht zum Einschreiten bei Streikgezeiten befehrt werden und damit eine Verschärfung des Strafverfahrens und die Verminderung von Förtlichkeiten zu verbinden. Weiter die Einführung der Haftpflicht nach § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch für die Gewerkschaften und Berufsvereine zu fordern und endlich die Verschärfung der Strafen für den Tatbestand der §§ 240, 241 des Strafgesetzbuchs zu erstreben.

Der Hanfabund, der zwar keine politische Partei sein will, aber doch mit aller Kraft dahin wirken will, daß Deutschlands Gewerbe, Handel und Industrie, die ihnen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zukommende Gleichberechtigung in der Gesetzgebung, Verwaltung und Leitung des Staates nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch eingeräumt und der gewerblichen Arbeit, ihren Vertretern und Angehörten eine bessere Würdigung im Staatsleben zuteil werde, hat damit seine Richtlinien ganz gewaltig durchbrochen.

Wenn der Hanfabund in der Durchführung seiner Grundzüge die Vermittlung in einzelnen konkreten Streitfragen übernehmen will, wenn dies von beiden Seiten gewünscht wird, im übrigen aber sich in sozialpolitischen Fragen unter Innehaltung strengster Neutralität sich dort jeder Tätigkeit enthalten will, wo die Vertretung entgegengesetzter Interessen Sache der für diese Aufgaben bestehenden Sonderverbände sein muß, so beweist sein jetziges Verhalten, daß er nur einseitigen Interessen und zwar Arbeitgeberinteressen dienen will.

Bisher bestand noch Hoffnung, daß das Direktorium des Hanfabundes den Beschluß des Industriekongresses zurückweisen werde, aber in seiner Sitzung vom 24. November hat sich dieses den Forderungen gegenüber nicht ablehnend verhalten, sondern ist geneigt, ihnen zuzustimmen, sobald erst über die Fassung der verschärften Bestimmungen zum Schutze Arbeitswilliger eine Einigung erzielt worden ist.

Der Deutsche Werkmeisterverband fordert in seinem sozialen Programm die gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechts. Die Freiheit des Zusammenschlusses der Berufsgenossen zur Verfolgung gemeinsamer Ziele ist die Grundlage aller Standesarbeit. Deswegen muß das Recht der Organisation unbedingt gesichert und jeder Angriff auf die Verbandsfreiheit abgewehrt werden.

Da der Hanfabund Angestellte zu seinen Mitgliedern zählt, kann es für diese keinen anderen Weg geben als auszuscheiden, wenn sie sich an dem Verhalten des Hanfabundes nicht mitschuldig machen wollen. Die Werkmeisterbezirksvereine Berlins und Umgegend erheben diese Pflicht, als Mitglieder einer Angestelltenorganisation, zur Ehrenpflicht und erwarten von ihren Mitgliedern, die Mitglieder des Hanfabundes sind, daß sie als Protest gegen die beschlossene Beschränkung der Koalitionsfreiheit unverzüglich aus dem Hanfabunde ausscheiden.

Der Hanfabund versuchte noch in letzter Stunde, die Stimmung in den Werkmeister-Bezirksvereinen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Ein Telegramm der Zentrale des Hanfabundes an den Vorsitzenden des Deutschen Werkmeister-Verbandes sollte dahin wirken, daß die Vereine von der Beschlusfassung Abstand nehmen, bis „aufklärendes Material“ vom Hanfabunde an die Bezirksvereine des Deutschen Werkmeister-Verbandes gelangt sei.

Es war aber nicht möglich, durch solche Maßnahmen einen Umschwung in der Stimmung in den Vereinen herbeizuführen. In allen Werkmeister-Vereinen wurde die Resolution fast einstimmig angenommen! Auch eine kombinierte Vorstandssitzung des Werkmeister-Verbandes, die am Sonntag tagte, hat die Resolution einstimmig angenommen.

Damit hat sich der Hanfabund eine arge Abfuhr geholt.

Berlin und Umgegend.

Die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge.

Die Bezirksverwaltung Groß-Berlin des deutschen Transportarbeiterverbandes hat auf Beschluß der dritten Generalversammlung vom 10. November d. J. bezüglich der Gewährung einer Extrarbeitslosenzuschuss-Unterstützung ihrer durch lange Arbeitslosigkeit in Not geratenen Mitglieder beschloffen, eine Extrazuschuss-Unterstützung auf folgender Grundlage zur Auszahlung zu bringen: Alle unterstützungsberechtigten und zurzeit ausgedienten Mitglieder, die noch weiter arbeitslos sind, erhalten während der Zeit vom 1. De-

zember 1913 bis 28. Februar 1914 eine Zuschussunterstützung auf die Dauer von 4 Wochen. Demnach gelangen an die einzelnen Arbeitslosen Summen von 24 bis 48 M., je nach der Dauer der Mitgliedschaft, zur Auszahlung. Laut Beschluß der erweiterten Bezirksverwaltung sind zu der seitens der Partei und Gewerkschaften geplanten Weihnachtsbescherung für die organisierten Arbeitslosen und ihren Familien aus der Ortskasse 3000 M. bewilligt worden. Im übrigen sind im Kreise der in Arbeit befindlichen Mitglieder Sammellisten verteilt worden, um auch hier dafür zu sorgen, daß die arbeitslosen Mitglieder des Transportarbeiterverbandes an der Teilnahme dieser Bescherung berechtigt sind.

Wir erlauben alle diejenigen Mitglieder, die in der Zeit vom 1. September bis 30. November d. J. arbeitslos waren, in den Arbeitsnachweisen sich umgeben zu machen, um die notwendigen Angaben nach der Richtung hin zu machen.

Bei dieser Gelegenheit erlauben wir unsere Funktionäre, die Sammellisten so bald als möglich abzurufen, damit die erforderlichen Dispositionen rechtzeitig getroffen werden können. Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

Fabrikarbeiterverband, Jahreshilfe Groß-Berlin.

Das Rekrutier der Kräftigung für Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. pro Woche zugunsten der Arbeitslosen ist folgendes: Abgelehnt haben 2425 Mitglieder; für die Erhöhung haben gestimmt 1978, dagegen 425; ungültig waren 22 Stimmen.

Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter hat aus Mitteln der Lokalfasse zu der von der Berliner Gewerkschaftskommission veranstalteten Sammlung einer Weihnachtspende für die Arbeitslosen der Gewerkschaftskommission den Betrag von 1500 M. überwiesen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die von der Gewerkschaftskommission ausgegebenen Sammellisten in Umlauf zu legen. Die Angestellten der Ortsverwaltung haben sich sämtlich bereit erklärt, zugunsten der Weihnachtspende einen Tagesarbeitsverdienst als Beitrag zu leisten.

Neben dieser allgemeinen Weihnachtspende gewährt die Verwaltungsfelle Berlin des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter ihren arbeitslosen Mitgliedern wie in früheren Jahren so auch in diesem Jahre eine Weihnachtsunterstützung, die laut Generalversammlungsbeschluss nach folgenden Sätzen gezahlt wird:

Table with 2 columns: Mitgliedschaftszeitraum, Beitragssumme. Includes rows for 1. Juli 1913, 15. Dezember 1913, 1. Januar 1913, 15. Dezember 1913, 1. Januar 1913, 30. November 1913, 1. Januar 1913, 15. November 1913.

Die dauernd invaliden Mitglieder werden nach den obigen Sätzen unterstellt.

Für Kinder unter 14 Jahren, zu deren Unterhalt das arbeitslose oder invalide Mitglied beiträgt, werden pro Kind 2 M. gezahlt. Die Mittel für diese Weihnachtsunterstützung werden durch freiwillige Beiträge der Mitglieder auf Sammellisten aufgebracht bezw. die noch fehlende Summe der Lokalfasse entnommen. Die organisierten Brauereiarbeiter haben allezeit ihre vornehmste Pflicht darin gesehen, arbeitslosen Brüdern ihre Hilfe angedeihen zu lassen.

Die unterzeichnete Ortsverwaltung glaubt darum auch dieses Mal nicht fehlzugehen, wenn sie an alle in Arbeit stehenden Arbeitskollegen die dringende Bitte richtet, sich zugunsten der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder und deren Familien nach Kräften an dieser Sammlung zu beteiligen.

Kollegen! Haltet eure altbewährte Solidarität hoch! Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter. J. A.: Ludwig Godapp.

Zur Weihnachtsunterstützung der Arbeitslosen nahm am Montag eine Versammlung des Verbandes der Tapezierer Stellung. Mit Rücksicht darauf, daß gegenwärtig ein sehr großer Teil der Mitglieder arbeitslos ist, wurde beschloffen, von einer Verbreitung der Sammellisten seitens des Verbandes abzusehen und dafür 1000 M. aus der Lokalfasse zu der von der Gewerkschaftskommission und der Parteileitung veranstalteten Weihnachtsunterstützung der Arbeitslosen zu zahlen.

Kleines feuilleton

Hinwärts zum Kino. Die Stadt Gleiwitz hat ihr Stadttheater zu verlieren. Der Direktor, der im Pachtverhältnis zur Viktoriengesellschaft, der Besitzer des Theaters, steht, hat erklärt, daß er nicht instande sei, die hohe Pachtsumme aufzubringen. Die Viktoriengesellschaft droht, aus dem Theater ein Kino zu machen. Sie droht, Entwürfe der Direktor bezahlte die hohe Pachtsumme, oder aus den Breiterei, die die Welt bedeuten, wird eine Kammerspiele. Die Filmreihen sind bereit, der Viktoria die höchste Pachtsumme zu bezahlen. Sie wollen das Theater haben, und Geld spielt bei ihnen keine Rolle.

Sie haben Geld wie Mist, und so wird man dem Gleiwitzer Theater den roten Fahn (Pakt) abstrittmarke) aufs Dach legen. Dieser Theaterdirektor ist ein Bauernfänger. Ein „Programm“, das heute am Kurfürstendamm die obersten Schichten der Gesellschaft aufschwält, wird acht Wochen später in einem Neuföhner Seesferkentangp zünden.

Die Filmindustrie mäht sich an dem Sensationshunger des Publikums. Sie beackert erfolgreich einen Sumpf, sie ist das große Verlicht, sie schlägt sich goldene Bräuen über die Mähte, die in dem Gewirbeln eines kapitalistischen Zerkalters kaffen. Sie defloriert die reine Kunst — und erntet die größten Erfolge, sie macht vor keinem Heiligum halt — und feiert Siege auf der ganzen Linie.

„Doppelte Maria Magdalena“ wird auch verfilmt. An der Bühnen wird gefündigt. Auf der Suche nach einem großen Treffer fiel das Los auf Doppelte.

Man wird das Trauerspiel zu einem Sensationschlocher zusammenpressen, Effekte werden knallen, man wird das Gerippe des Dramas ausschlecken, und es wird ein Fraß sein, der die Eingeweide der Wesenden zum Herauswürgen reizt.

Das Eichen des Radiums. Die Internationale Radium-Standard-Kommission, die im März des vorigen Jahres tagte, hat als Einheit für Radium ein Präparat von 21,00 Milligramm reinen Radiumchlorids angenomen, das Frau Curie hergestellt hat. Auf Grund dieses Normalmaßes wird jetzt in Deutschland Radium geeicht, und zwar durch die physikalisch-technische Reichsanstalt, in deren Besitze ein sogenannter „Internationaler Standard“ ist, der auf einer Stufe mit dem Normalmaß und den übrigen Normalmaßen dieser Anstalt steht, die den in Paris aufbewahrten Urbildern gleichwertig sind. Die Radium- und ebenso Mesothorium- von der physikalisch-technischen Reichsanstalt geeicht wird, leist nun deren Leiter, Professor Warburg, in der Zeitschrift „Radium in Biologie und Strahlende“ mit:

Als Maßstab für die Stärke des Radiumpräparates werden die durchdringenden Gamma-Strahlen verwendet, die von den Zerfallsprodukten ausgehen. Die Eichung kann aber erst vorgenommen werden, wenn das zu prüfende Präparat sechs Wochen lang in einem dünnwandigen Glasgefäße aufbewahrt worden ist, weil die

Strahlung dann erst ionisierend geworden ist. Bei der eigentlichen Prüfung wird nun die Radiummenge nach dem „Standard“ bestimmt, und nach einer Woche wird die Prüfung wiederholt, um die Konstante festzustellen, wobei man sich gewöhnlich mit einer Fehlergrenze von 1 Proz. begnügt.

Auf dem Schein, der die Stärke des Radiumpräparates angibt, steht jedoch der Vorbehalt, daß die Angabe nur dann richtig ist, wenn neben Radium nicht andere Stoffe vorhanden sind, die durchdringende Strahlen ausstrahlen. Unter diesen anderen Stoffen ist vorzüglich das Mesothorium zu verstehen. Wenn dieses gleichzeitig mit Radium vorhanden ist, nimmt die Strahlung nämlich allmählich zu, dies dauert zwei Monate lang, und dann nimmt sie an Stärke allmählich wieder ab. Für die Eichung von Mesothoriumpräparaten wird ein ähnliches Verfahren angewendet, und das Radium dient dabei als Vergleichswert.

Auch radioaktive Quellwasser und Salze werden von der physikalisch-technischen Reichsanstalt geprüft. Als Maß dient dann das „Radium“, ein Teilchen der Emanationsmenge, die sich mit einem Gramm Radium im radioaktiven Gleichgewicht befindet.

Der Methusalem der Dramatiker. Der Kelleste der französischen Schriftsteller, Ferdinand Du gué, ist am Sonnabend im Alter von 98 Jahren in Paris gestorben. Man könnte sogar von seinem vorzeitigen Tode sprechen, da der rüstige Greis von einem Strohhalmwagen überfahren worden ist. Du gué hat seine Jugendverse noch zu Goethes Lebzeiten geschrieben. Zu seinen Anfängen stand er im Gefolge Victor Hugos in der Schlachtordnung der Romantiker gegen die Klassiker. Jedes wandte er sich bald von der Lyrik dem einträglicheren Theatergewerbe zu, wo er, nach Versuchen, sich auf den „literarischen“ Bühnen festzusetzen, ein paar Jahrzehnte lang ein fleißiger und erfolgreicher Erzeuger von Vaudevilles und romantischen Volksstücken war. Sein dramatisches Erstlingswerk wurde 1838 im „Odeon“ aufgeführt, später arbeitete er namentlich für das „Ambigu“, die „Porte St. Martin“ und andere Vorortbühnen. Er hat nicht weniger als 200 Akte geschrieben, dazu Romane, Erzählungen und ein paar Verbände. Seit 40 Jahren lebte er in Jüngerzogenheit.

Humor und Satire.

Abzug:

Tritt ab, mein Sohn, du hast nichts mehr zu suchen im Kanzlerhaus, — du hast dich arg blamiert! Wir wollen schließlich keinen Reichsmannchen — wir wollen Männer, die man respektiert! — Nun setzt den Armen, ausgerichtet steht er, so lang wie schwach, und spricht sehr Beredsam her — Kanzler des Reichs —! doch für den Postverwalter, mein Gott, — da langt es nun nicht mehr! Der jüngste Leutnant hat den Degen, der Kanzler hat den Hutband — Der Leutnant laßt dich in den Keller legen, der Kanzler steckt das Köpfchen in den Sand.

Schied ab, schied ab, du sollst dich nicht mehr quälen — Man laßt mir doch, du feist Major? — und laßtst dem jüngsten Leutnant nichts befehlen? — Schied ab, schied ab! Und laß men andern vor! — Theobald.

Notizen.

— Nachricht von Steffanjon. Die kanadische Regierung hat jetzt endlich von der arktischen Expedition Steffanjon Nachricht erhalten. Steffanjon hat ihn von Point Barrow in Alaska mitgeteilt, daß er, als sein Schiff „Karluk“ am 12. August etwa 15 Meilen vom Eismeer einfror, mit einigen Begleitern an Land ging. Im Nebel und Sturm sei er schließlich von der „Karluk“ abgelassen. An der Stelle, wo er das Schiff verlasten habe, sei dieses nicht mehr vorgefunden worden und augenblicklich fehle jede Spur von ihm und seiner 25 Mann starken Besatzung.

— Die Frau als Architekt. An der technischen Hochschule zu Karlsruhe hat in der Abteilung Architektur zum ersten Male eine Dame, Thella Schild, die Diplomprüfung mit Auszeichnung bestanden.

— Ein Ende der Radiumnot? Eine leider wenig genaue Mitteilung der Londoner Wochenchrift „English Mechanic“ behauptet, daß ein Naturforscher Professor Sommer Mittel gefunden habe, das Radium auch aus ärmeren Erzen auf einem nicht zu kostspieligen Wege zu gewinnen und so geringe Mengen darzustellen, um den mächtig angewachsenen Bedarf zu befriedigen.

Dies wäre in der Tat das einzige Mittel, um genug Radium zu schaffen, da jetzt das Rohmaterial für Radiumbereitung sehr zu mangeln begonnen hat, solange man sich auf die reicheren Erze beschränken muß.

— Ein neuer Bruder der Erde. Der französische Astronom vom Pariser Observatorium, Giacobini, der bereits zwölf Kometen aufgefunden hat, entdeckte vor kurzem einen sehr schönen neuen Kometen, der im Gegensatz zu den meisten bisher bekannt gewordenen Wandersternen im Sommerhimmel freist und seinen Kreislauf um die Sonne regelmäßig in etwas mehr als sechs Jahren vollendet.

— Billige Apfelsinen. Die Apfelsinenernte ist in diesem Jahre ungewöhnlich ergiebig ausgefallen, nicht nur in Spanien und Portugal, sondern auch auf den Balearen und in Algier. Das beweisen die großen Sendungen, die alltäglich in Marseille, dem Zentralhafen für den Apfelsineneport, eintreffen.

— Die Flucht vor dem Händehäuteln. Die alte Sitte, die jedem Bürger der Vereinigten Staaten das Recht gab, an Neujahrsmorgen beim Präsidenten einzutreten und ihn die Hände zu schütteln, soll abgeschafft werden. Roosevelt und Taft haben es noch fertig gebracht, den handfesten Gruß von 7000 Personen entgegenzunehmen. Sie mußten hinterdrein ein paar Tage lang zur Erholung den Arm in der Schlinge tragen. Aber Präsident Wilson will dies Bürgervergügen nicht mehr mitmachen. Um seinen Landsleuten den eisernen Griff nach seiner Rechten und sich den Schmerz zu ersparen, wird er am nächsten Neujahrstage, wie er kundgibt, seiner Hauptstadt Washington den Rücken kehren.

WEIHNACHTEN

1913

Kulturbilder

Geschichte

Wider die Pfaffenherrschaft Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und des 17. Jahrhunderts. Von Emil Rosenow und Heinrich Ströbel. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten.

Die Hohenzollern-Legende Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert. Von Dr. M. Maurenbrecher. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

Blut und Eisen Krieg und Kriegertum in alter und neuerer Zeit. Von Hugo Schulz. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit, darunter viele ganzseitige Illustrationen sowie auch zwei farbige Kunstbeilagen.

Geschichte der Revolutionen Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrady. Illustriert mit zahlreichen Bildern und Dokumenten.

der Berliner Arbeiterbewegung Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben von Eduard Bernstein. — 1. Band: Von 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1878. — 2. Band: Unter dem Sozialistengesetz in den Jahren 1878 bis 1890. — 3. Band: Die Zeit von 1890 bis zur Gründung des Zentralverbandes von Groß-Berlin 1906. Jeder Band ist einzeln zu beziehen. Preis pro Band in Leinen 6,50 Mk., Halbfanz 7,50 Mk.

Die Parteien der großen französischen Revolution und ihre Presse. Von Heinrich Cunow. Mit zahlreichen Porträts. Zweite erweiterte Ausgabe des in erster Auflage unter dem Titel „Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789 bis 1791“ erschienenen Wertes. Preis 6,— Mk., gebunden 7,50 Mk. Von der Presse sehr lobend besprochen. Es fehlt uns der Platz, Besprechungen zu veröffentlichen.

Ursprung der Religion und des Gottesglaubens Von H. Cunow. Ein allgemein verständlich geschriebenes Buch. Preis Leinenband 1,50 Mk.

Vorwärts Bibliothek

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Jeder Band gut gebunden 1 Mark

Erweckt Ein Roman aus dem Proletariatsleben von A. Ger.

Der Ausweg Eine Erzählung von Preczang.

Das Land der Zukunft Reisebeschreibungen von Leo Kolisch. Mit einer Einleitung von Paul Göhre.

Berschrobenees Volk Von R. Gröbisch.

Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß.

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen von Ernst Preczang.

Der Pariser Garten und Anderes. Von Minna Kautsky.

Mutter Ein Frauenstück von J. Ferch.

Der Morgen graut Erzählungen aus dem Proletariatsleben von W. Andersen-Negß.

1000 Mark Belohnung Kriminal-Roman von Hans Hyan.

Die Bände der Vorwärts-Bibliothek sind für jeden Freund guter Unterhaltungsliteratur geschaffen, sie sind berufen, den Schund aus den Arbeiterwohnungen zu entfernen. Der billige Preis ermöglicht selbst denjenigen, die wenig Geld ausgeben können, gute Bücher zu Weihnachten zu schenken.

SOZIALISTISCHE NEUDRUCKE

Der deutsche Bauernkrieg von Friedrich Engels. Herausgegeben von Franz Mehring. — Preis 1,50 Mk., gebunden 2,— Mk. Die erste Auflage dieser Schrift war seit vielen Jahren vergriffen, die neue Auflage entsprach infolgedessen einem von vielen Seiten geäußerten Wunsche.

Wilhelm Wolff, Gesammelte Schriften herausgegeben von Franz Mehring. Mit einer Biographie Wilhelm Wolffs von Friedrich Engels. — Preis 1,50 Mk., gebunden 2,— Mk. — Es ist nahezu ein Vierteljahrhundert verfloßen, seitdem Friedrich Engels „Die schlesische Millarde“ herausgab, mit einer Einleitung über die Geschichte der preussischen Bauern.

Garantien der Harmonie und Freiheit von Wilhelm Weitling. Mit einer biographischen Einleitung und mit Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. — Preis 2,50 Mk., gebunden 3,— Mk.

Die Arbeiterfrage von F. A. Lange. — Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. Preis 1,50 Mk., gebunden 2,— Mk. Der Ausgabe ist die erste Auflage des Langeschen Buches zugrunde gelegt. Der Herausgeber hat diese erste Ausgabe deshalb gewählt, weil sie am engsten mit den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie zusammenhängt.

Politische Aufsätze und Reden von J. B. Schweizer. Mit einer Einleitung und Anmerkungen von Franz Mehring. Enthaltend ein Porträt Schweizers. — Preis 3,— Mk., gut gebunden 4,— Mk.

Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland von Paul Kampffmeyer. Zweite völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. — Preis gebunden 2,— Mk.

Untergang der Sklaverei im Altertum von E. Cicotti. Preis 4,50 Mk., geb. 5,50 Mk. — Cicotti, bekannt als ein kenntnisreicher Gelehrter, gibt in diesem Werke eine ganze Geschichte der Sklaverei in Griechenland und Rom von den ältesten Zeiten bis zum jähren Untergang des Römischen Reichs.

Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende von Franz Mehring. — Gut gebunden 2,50 Mk.

Der Hochverratsprozess wider Liebknecht, Bebel und Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 10. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von Wilhelm Liebknecht und einem Anhang. Nach der zweiten Auflage unveränderter Nachdruck. 944 Seiten. Preis gut gebunden 4,— Mk.

Unterm Breunglas Berliner politische Satire, Revolutionsgeist u. menschliche Komödie von Adolf Glahdrenner. Ausgewählt und eingeleitet von Franz Diederich. Mit 117 Bildern von Theodor Hofmann, Adolf Schroedter, Wilhelm Scholz, E. Reinhardt, Gustav Heil und anderen. — Preis 3,— Mk., gebunden 4,— Mk.

Bibliothek des Wissens

Unter diesem Gesamt-Titel erscheint eine Reihe guter und populär-wissenschaftlicher Bücher verschiedenartiger Wissensgebiete. Jeder Leinenband kostet 1,— Mk.

Entwicklungsgeschichte der Erde. Von Georg Engelbert Graf. 47 Abb. und Anhang: Geologische Profile und Erklärungen geologischer Fachausdrücke.

Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung. Führung durch die Geschichte, Politik und Literatur der Sozialdemokratie. Von P. Kampffmeyer.

Völkerschlächten und Klassenkämpfe. Akademische Beiträge zur Jahrhundertfeier, gesammelt von Dr. A. Conrady. 2 Teile.

Vorwärts Klassiker

Goethes Werke Mit einer Einführung in die Werke des Dichters von Diederich.

Schillers Werke Herausgeg. u. mit einer biographischen Einleitung von F. Mehring.

Heines Werke 15 Bände in drei Bänden gebund. Biograph. Einleitung von Fr. Mehring.

Reuters Werke Einführung in das Leben und die Werke des Dichters von E. Krause. Jedes Werk, 3 Bände, 4 Mark

Der billige Preis und die gute Ausstattung machen die Bände der Vorwärts-Klassiker zu Geschenken besonders geeignet. Zur geistigen Erholung und Erbauung gibt es nichts Besseres als die Klassiker. Unsere Ausgaben sind dazu angetan in den Arbeiterwohnungen Eingang zu finden.

Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln

Reisebriefe und Tagebuchblätter von E. Sonne an n (Jürgen Brand). Preis geb. 2,50 Mk. Der durch sein „Allenbrook“ bekannte Verfasser weiß, daß Kinder gern Reisebeschreibungen lesen. Darum hat er diese Reisebriefe und Tagebuchblätter an Kinder geschrieben. In interessanter Weise schildert der Verfasser das uralte Island des Nordens, lehrt uns seine Geographie und Geschichte kennen und macht uns mit den Sitten und Gebräuchen seiner Einwohner bekannt. Zahlreiche Illustrationen tragen zur Erläuterung und zum Schmuck des Buches bei. Es ist daher dieses hochinteressante und schön ausgestattete Buch für Kinder und Erwachsene ganz besonders zu empfehlen.

Anser Wald Von Curt Grottel, herausgegeben von W. Bölsche. Mit zahlreichen Abbildungen. Dieses Buch hat bei den bedeutendsten Pädagogen wie in der Presse begeisterte Aufnahme gefunden. Brosch. 2,50 Mk., in dauerhaftem Leinenband 3,— Mk. Bölsche sagt in seinem Vorwort: Das Werk will ein Volksbuch sein. Es erzählt von einem unveräußerlichen Besitz des Volkes — dem Walde. Möchte es beitragen zum Genuß dieses Besitzes, der uns bewahrt, ihn für gleichgültiges Gut zu halten.

Allenbrook Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde. Von J. Brand. In diesem vortrefflich ausgestatteten Buch bietet Freund Brand zwölf Briefe, die er den Kindern in zwölf Monaten des Jahres aus seinem Allenbrook schreibt. Durch jeden einzelnen dieser Briefe lernen die Leser ein besonderes Kapitel der Natur kennen und schätzen. Geschmacksvoll gebunden und mit Buchschmuck versehen 1,50 Mk.

Sonntage eines Großstädtlers in der Natur Von Curt Grottel. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. Vierte Auflage. Ausgestattet mit Buchschmuck und einem Porträt des Verfassers. — Preis gut gebunden 1,— Mk.

Aus Tag und Tiefe Gedichte von Ludwig Lessen. Das gut ausgestattete Buch gibt interessante Bilder aus dem Arbeiterleben. Begeisternde Kompositionen, visionäre Zeichnungen voll von einem frohen Zukunftsglauben. Auch die fein getönten Naturstimmungen fehlen nicht, die in knappen Strichen Landschaftsbilder von intimer Reiz hervorgeraubern. Preis 1,50 Mark.

Gedichte von Clara Müller-Sabnke. Herausgegeben und reich illustriert von Oskar Sabnke. Mit einem Vorwort von Julius Hart. Das Buch gibt eine ausserlesene Sammlung der besten Gedichte aus der Feder der leider zu früh verstorbenen Schriftstellerin. Die reichhaltige Illustration und vornehme Ausstattung läßt das vortreffliche Werk besonders zu Weihnachtsgeschenken geeignet sein. Preis 3,50 Mk., gut gebunden 4,50 Mk.

Ein neues Buch der Freiheit! „Bon unten auf“

Gesammelt und gestaltet von Dr. Fr. Diederich. — Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerten. Das Werk ist von der Presse glänzend besprochen worden. Nur dem Berliner Staatsanwalt gefiel es nicht — denn er beschlagnahmte es. Wenige Monate später sah er sich jedoch gezwungen, dasselbe wieder frei zu geben. Inhalt und Ausstattung lassen es besonders als Weihnachtsgeschenk geeignet erscheinen. In einem Leinenband gut gebunden 5,— Mk., in zwei Leinenbänden gut gebunden 6,— Mk.

AUGUST BEBEL

Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter von Herrn. Wendel

Mit einem Porträt in Vierfarbendruck. — Preis 1 Mk., Vereinsausgabe 50 Pf. — Das Gedächtnis August Bebel gehört auf den Weihnachtstisch jeder Arbeiterfamilie. Die Erwachsenen sowohl wie auch besonders unsere heranwachsende Jugend werden die Lebensbeschreibung des großen Mannes, dessen ganzes Leben der unterdrückten Arbeiterklasse gewidmet war, gern lesen.

Bebel-Büchle modelliert vom Berliner Bildhauer Julius Obst, 4 verschiedene Größen, Preis 2,50, 3, 15 und 20 Mk. — Die Büchlein zum Preise von 2,50 u. 3 Mk. sind besonders zum Wohnungschmuck bestimmt.

Bebel-Porträt nach einem Gemälde von Cronier, Hannover (Kunstvoll in 5 Farben ausgeführt. Preis 1 Mk. — Das Bebel-Porträt ist auch geschmacksvoll gerahmt in verschiedenen Preislagen zu haben.

Kreuz und Quer durch den Balkan

Reisebeschreibung von L. Lessen. Preis gut geb. 1,50 Mk. In diesen an eigenartigen bunten Episoden reichen Buche werden Land und Leute der Balkanhalbinsel fesselnd geschildert.

Mit dem Tornister Angeschminkte Feldjugenderinnerungen eines Infanteristen aus dem Jahre 1870. Von Karl Chr. Rüdert. Gut gebunden 1,50 Mk. — Die Jola, Garibin, Lemonnier, Wereschagin haben als Künstler die Greuel des Krieges dargestellt, d. h. aus Abstrich heraus, die eine Stillierung, eine Jurechtmachung des Stoffes bedingen, und von einem Standpunkt, der außerhalb dieser Geschehnisse liegt. Hier aber erhebt die Stimme einer, der in Reih und Glied dabei gewesen ist, und die wahrhaft blutige Lebenswahrheit, die jedes seiner Worte atmet, macht sein Zeugnis zu einem geradezu klassischen Dokument.

Preussischer Kommiß Soldaten-Geschichten von Aug. Winnig. Illustriert von J. Damberger. Gebunden 2,— Mk. — Dieses Buch ist von der Presse lobend besprochen worden und dürfte ein besonders geeignetes Weihnachtsgeschenk für die arbeitende Jugend und für alle diejenigen, die schon Soldaten waren, sein.

Herzliche Grüße Geschichten von St. Sonne an n. Eine Sammlung tiefempfundener Erzählungen aus dem sozialen Alltagsleben, in denen der bekannte Autor die kleinen Freuden und Leiden des täglichen Lebens mit einer innigen Teilnahme zu schildern weiß. Preis des Buches broschiert 2,— Mk., gebunden 2,80 Mk.

Der kleine Stadt-Baumeister Ein Lehr- und Spielbuch für Jugend, Eltern und Erzieher von H. Frauke. Mit 15 Abbildungen im Text und 17 Tafeln. Preis 1,50 Mk. Die Modellierbogen fordern vom Kinde nur mechanische Arbeit mit Schere und Kleister; was die Phantasie, das Schönheitsgefühl, den Farbensinn, das Gestaltungs- und Kombinationsvermögen des Kindes anregen und in Tätigkeit versetzen könnte, hat der Künstler schon im voraus besorgt. Es gibt keine Veränderung und Umformung, kein Einreißen und Wiederaufbauen mehr. Die Modelle des Spielbuchs dagegen gestatten dem Willen und der Phantasie des Kindes den größten Spielraum.

Ein schönes Weihnachtsgeschenk

Sie brauchen nicht zu warten, bis Sie sämtliche Gutscheine beisammen haben, senden Sie uns per Postanweisung **M. 1.25**, und wir werden Ihnen den Löffel sofort zusenden. Dieser Betrag wird Ihnen zurück-erstattet, wenn uns bis zum 31. Dezember 1914 die erforderl. Anzahl Gutscheine zugesandt wird.

Quaker Oats Company, m. b. H., Hamburg, Abt. L.A.C.

Genauere Abbildung in Naturgröße. Ohne Reklameaufdruck.

Aus bestem Metall hergestellt und schwer versilbert, sind Quaker Oats Gratis Löffel eine Zierde für jeden Tisch und besonders geeignet für Weihnachtsgeschenke.

Theater und Vergnügungen

Rittinstraße, 10. Dezember 1913.
Anfang 3 1/2 Uhr.
Schiller-Theater Charlottenburg. Das heitere Reizdrama.
Anfang 3 1/2 Uhr.
Berliner. Ein Volksfest.
Anfang 4 Uhr.
Theater des Westens. Das tapfere Schindlerlein.
Theater am Nollendorferplatz. Frau Holle.
Thalia. Hohenbrüdel.
Anfang 6 Uhr.
Eines Dastah am Zoo. Variété-Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorfer-Theater. Variété-Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Regl. Schauspielhaus. Die Reu-vermählten. Die Jüdischen Schemiden.
Deutsches. Ein Sommernachts-traum.
Kammerspiele. Hellerleuchten.
Königsgräber Straße. Macbeth.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem Imperator nach New York.
Hör-saal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Vererbungsfragen.
Regl. Opernhaus. Otelka.
Leitung. Pygmalion.
Theater am Nollendorferplatz. Der Mikado.
Theater des Westens. Colendat.
Berliner. Die einst im Nat.
Deutsches Künstler-Theater. Rote Bern.
Deutsches Opernhaus. Ranon Lescaut.
Deutsches Schauspielhaus. Die heitere Reizdrama.
Thalia. Die Tausendjährige.
Romdianhaus. Hinter Mauern.
Montis Operetten. Die Ideale Gattin.
Schiller O. Heimgärten.
Schiller Charlottenburg. Was ihr wollt.
Reizdrama. Hohheit — der Franz.
Nolle. Der Heineidbauer.
Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Kassino. Ferdinand der Tugend-halle.
Kassino. Die Glucke.
Schillerhaus. Die spanische Fliege.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Amotönigin.
Gernfeld. Was sagen Sie zu Leiblich?
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steffner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus 8 Uhr: Die heitere Reizdrama.
Theater in der Königsgräber Straße 7 1/2 Uhr: **Macbeth**.
Komödienhaus 8 Uhr: **Hinter Mauern**.
Berliner Theater 8 Uhr: **Wie einst im Mai**.
Theater am Nollendorferplatz 5 8 Uhr: **Mikado**. 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen: **Frau Holle**.
Lessing-Theater 8 Uhr: **Pygmalion**. Lustspiel von Bernard Shaw.
Residenz-Theater 8 Uhr: **Hohheit — der Franz!** Musikalische Komödie in 3 Akten von Fritz Landberger und Billi Wolf. Musik von Robert Winterberg. 8 Akten. 8 Uhr: **Hohheit — der Franz!**
Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383. Mittwoch 8 Uhr: **Rose Bernd**. Donnerstag 7 1/2 Uhr: **Zum 1. Male: Schirin und Gertraude**. Scherzspiel in 4 Akten v. Ernst Hardt.
ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132. **Der Heineidbauer**. Volksstück in 4 Akten von Ludwig Angenander. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Seht wie es weint und lacht.
Germania-Prachtsäle N, Chausseest. 110. K. Richter. Jeden Mittwoch: **Paul Mantheys lustige Sänger**. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem Freitags. — Vorzugsarten gelten. — Neben Donnerstags: **Großes Militär-Strich-Konzert** ansehl. Familientränzchen.
Palast am Zoo Täglich Anfang 6 Uhr. Sonntags 3 Uhr: **Matinee**. Komplettes Programm grosser **Variété-Akte** sowie unsere renommierten Lichtspiele Preise von 65 Pfennig an.
Nollendorf-Theater **Cleopatra** Die Herrin des Nils Das Filmwunder der Welt S. M. dem Deutschen Kaiser vorgeführt und mit großem Beifall aufgenommen. Wochentags Anf. 6 1/2 u. 9 Uhr Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr **Jugend-Vorstellung** Sonnabend 4 Uhr zu halben Preisen.

URANIA Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: **Mit dem „Imperator“ nach New York**. Hör-saal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: **Vererbungsfragen**.
Metropol-Theater Abends präzis 7 1/2 Uhr 55: **Die Reise um die Erde in 40 Tagen**.
Trianon-Theater Täglich abends 8 Uhr: **Seine Geliebte**. Sonntag-nachm. 3 U.: **Die Liebe wacht**.
Passage-Panoptikum **50 wilde Kongoweiber** Männer und Kinder in einem eigens aufgebauten Kongodorfe. **Der Froschschlucke**. Die gr. Kino-Variété-Vorstellung von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Voigt-Theater Badstraße 38. Mittwoch, den 10. Dezember 1913: **Die Waise aus Lowood**. Schauspiel in 4 Akten v. Sirch-Bjeller Kaffeeroöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2, 11 Uhr.
Casino-Theater Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr. Das glänzende Dezember-Fest-Programm. Schauspiel der Amerikanischen Sensation **„Der Bulldogg-Tingel-Tangel“**. Dazu seit Oberst total ausverkauft: **Ferdinand der Tugendhafte**. Sonntag 4 Uhr: **Der Denunziant**.
Admiralspalast **Eis-Arena**. — **Allabendlich** das neue mit durchschlagendem Erfolg aufgeführte Eisballett **Die lustige Puppe**. Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Reichshallen-Theater Heute: **Große Fest-Benefiz-Soiree für die Mitglieder der Steffner Sänger** Gr. Revü-Programm Nr. 13. Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: **Der Kompagnieball und Weihnachtst-Programm!**

Zirkus Alb. Schumann Heute Mittwoch, 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: **Gr. Gala-Vorstellung**. U. a.: **Neu! Alice Collins** Neu! die phänomenale Croolin mit ihren Partnern. **5 dress. Seelöwen zu Pferde!** Vorgeführt von Miss Marietta. **Neu! The 3 Arleys** Neu! Orig-Perche-Balanco-Akrob. und die übrigen Dezember-Novitäten. Um 9 1/2 Uhr: **Tango vor Gericht!** Pantomimische Burleske in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.
WINTER GARTEN Neues Programm: **Rita Sacchetto** Serene Nord | Robert Steidl O. Venus im Bade | und die von Publikum und Presse glänzend beurteilten **Dezember-Attraktionen!** Rauchen gestattet!

Zirkus Busch Heute Mittwoch, d. 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: **Gr. Wohltätigkeitsvorstellung zum Besten des 12. Kreis-Komitees der Veteranen**. U. a.: **Die neue große Pantomime: Pompeji**. Vorher das große Galaprogramm. **Kapt. Huling** eine Kordelljane im Zirkus Busch. **Nad. Smaragda** mit ihrem bewährten Kagen und Tanzen. **La Dorando**, Jonglier-Mit.
Friedr.-Wilhelmstädt. Theater **Die Kino-Königin**. Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 Uhr. Sonnabend, den 13. 12., 4 Uhr: **Dornröschen**. Sonntag, den 14. 12., 3 Uhr: **Maria Stuart**. (siehe Briefe.)
UT Lichtspiele
Union-Palast. Kurfürstendamm 21. **Bavaria-Haus**, Friedrich-Ecke Taubenstr. Unter den Linden 21. Moritzplatz, Hasenheide, Weirbergswag 16-17. Reichendorfer Straße 14. Täglich vor **7** ausverkauften Häusern: **ASTA NIELSEN** in der Hauptrolle des mimischen Schauspiels **„Die Film-Primadonna“** von **URBAN GAD**

Vereinigte Berliner Volksbühnen. **Luisen-Theater**. Täglich 8 1/2 Uhr: **Kasernenluft**. Schauspiel in 4 Akten von Stein und Zöfgen.
Walhalla-Theater. 8 1/2 Uhr: **Gr. Offenl. Vorstellung**. Donnerstag 8 1/2 Uhr: **Reinere: Wolkenbummler**.
„Clou“ :: Berliner :: **Konzerthaus** Mauerstraße 62. — Zimmerstraße 90/91. **Großes Doppel-Konzert!** Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Blon. Als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs. Musikkorps Garde-Füsilier-Regiments. Dirig. Oberm. Dippel. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.
Brauerei Friedrichshain. Donnerstag, den 11. Dezember 1913: **Populäres Konzert** des Sängerkhors Vorwärts-Süd-Ost. Direktion: Otto Kowalski und Blüthner-Orchesters. Direkt. Bruno des Weyersberg. Billette im Vorverkauf 30 Pf. an der Kasse 75 Pf. bei den Vorwärts-Spediteuren, Zucht, Immanuelkirchstraße 12. und Hanisch, Ackerstr. 174.

Apollo Theater Friedrichstraße 210. **Vornehmstes Variété** **Costantino Bernardi** 4 Schwestern Romanos **Salerno, Athos u. Read** und ein weiteres großes Programm der **besten Variétékünstler**. Rauchen überall gestattet. Beginn 8 Uhr. Ab 7 1/2 Uhr: **KONZERT**. **Folies Caprice**. 'Der Kuckuck. Manöverschwindel. Die Samuels.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: **Heimgärten**. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Hasemanns Töchter**. Freitag, abends 8 Uhr: **Heimgärten**.
Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Götze von Berlichingen**. Mittwoch, abends 8 Uhr: **Sam 1. Male: Was ihr wollt**. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Jungfrau von Orleans**. Freitag, abends 8 Uhr: **Was ihr wollt**.
Theater des Westens 8 Uhr: **Polenblut**. Mittwoch u. Sonnabend-nachm. 4 Uhr: **Das tapfere Schindlerlein**. Sonnt. Anf. 3 1/2, 11: **Der liebe Augustin**.

Palast am Zoo Täglich Anfang 6 Uhr. Sonntags 3 Uhr: **Matinee**. Komplettes Programm grosser **Variété-Akte** sowie unsere renommierten Lichtspiele Preise von 65 Pfennig an.
Nollendorf-Theater **Cleopatra** Die Herrin des Nils Das Filmwunder der Welt S. M. dem Deutschen Kaiser vorgeführt und mit großem Beifall aufgenommen. Wochentags Anf. 6 1/2 u. 9 Uhr Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr **Jugend-Vorstellung** Sonnabend 4 Uhr zu halben Preisen.

Morgen **Gala-Premiere: Rita Sacchetto** in **Die weiße Dame**

MARMOR-HAUS LICHT-SPIELE Kurfürstendamm 236 (A. d. Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche) **Heute zum 225.** und unwiderruflich **letzten Male** **„Die blaue Maus“** 5-7-9 Uhr

Protea Phantastisches Schauspiel in 4 Akten. In allen U. T.-Lichtspielen: **TANGO-FIEBER** Heute 4 Uhr: **Weihnachts-Kinder-Vorstellung** in U. T. Kurfürstendamm 26. U. T. Weinbergswag 16-17. U. T. Moritzplatz und U. T. Hasenheide.

UT Lichtspiele
Union-Palast. Kurfürstendamm 21. **Bavaria-Haus**, Friedrich-Ecke Taubenstr. Unter den Linden 21. Moritzplatz, Hasenheide, Weirbergswag 16-17. Reichendorfer Straße 14. Täglich vor **7** ausverkauften Häusern: **ASTA NIELSEN** in der Hauptrolle des mimischen Schauspiels **„Die Film-Primadonna“** von **URBAN GAD**
Protea Phantastisches Schauspiel in 4 Akten. In allen U. T.-Lichtspielen: **TANGO-FIEBER** Heute 4 Uhr: **Weihnachts-Kinder-Vorstellung** in U. T. Kurfürstendamm 26. U. T. Weinbergswag 16-17. U. T. Moritzplatz und U. T. Hasenheide.

Heute abend: Zahlabend für Groß-Berlin.

Arbeitslosigkeit und Armenverwaltung.

Es war für jeden Klarsehenden selbstverständlich, daß durch größere Arbeitslosigkeit auch die Armenverwaltung mehr als bisher in Anspruch genommen werden würde.

Diese Hilfe wurde ihm insofern zuteil, als der Armenvorsteher Seegert von der 59. Armenkommission in der Salitzer Str. 59b ihm einen Schein nach dem städtischen Obdach gab, der folgenden Wortlaut hatte:

Berlin, den 2. Dezember 1913.

An das Städtische Obdach

Der Schlosser Max R. . . . geb. 15. 8. 87, verheiratet, 1 Kind, und 1 Kind im Krankenhaus, wohnhaft seit 1. Oktober 1913 Lübbener Straße 9, Hof III, hat von uns mehrmals Unterstützung erhalten.

(Siegel) Regd. Seegert.

Uns wurde das Schreiben vorgelegt und wir unterzogen uns der Mühe einer Nachprüfung über die Behauptung der Arbeitsscheine. Auf Grund der uns vorgelegten Arbeitszeugnisse stellten wir fest, daß der Schlosser gearbeitet hat: Som 22. Juli 1909 bis 25. April 1910. Vom 19. Mai 1910 bis 11. August 1910. Vom 28. Oktober 1910 bis 14. Januar 1911. Vom Februar 1911 bis 4. Juli 1913.

Diese Sache zeigt einmal, wie oberflächlich Recherchen ausgeführt werden und wie leichtfertig ehrliche Arbeiter als arbeitsscheu erklärt werden. Es fehlt nur noch, daß gegen solchermahen „Arbeitsscheine“ das Rührpflichtengesetz in Anwendung gebracht wird.

Durch Vermittelung des zuständigen recherchierenden Stadtverordneten ist dieser Stedbrief zurückgenommen und ein anderer Schein für das Obdach ausgestellt worden, der die ominöse Kennzeichnung nicht enthält. Das ist ein Einzelfall, der uns gerade bekannt geworden ist. Er zeigt aber, welche Auffassung über Arbeitsscheine unter manchen Leuten in den Armenkommissionen und bei manchen Armenvorstehern vorhanden ist.

Es wäre eine dankbare Aufgabe des Leiters der Armenverwaltung, angefaßt der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen besonderen Notstände, die Armenkommissionen darauf hinzuwirken, schnell und wirksam Hilfe zu leisten. Wer schnell gibt, gibt doppelt. Gerade durch schnelle und reichliche Hilfe kann verhütet werden, daß der Notleidende dauernd der Stadt zur Last fällt.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis, Hansabierlei. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Drechsler, Altonaer Str. 20: Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichshagen), III. Abteilung. Mittwoch, den 10. Dezember: Zahlabend. Besondere Hälfte bei Rasmann, Wilhelmstr. 118, Vortrag des Genossen Reglaff: „Wohin gehört unsere Jugend“. Besondere Hälfte bei Witwe Augustin, Kranienstr. 108.

Zahlnacht: abends 1/2 12 Uhr. Geschäftsbericht. Zahlmorgen: Donnerstag früh 5 Uhr. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Genossen Ingenieur A. Woldt über: „Amerikanische Ausbeutungssysteme in Deutschland“.

Alle Mitglieder erwartet Der Vorstand. Dritter Kreis, 9. Abteilung. Für den Bezirk 248 findet der Zahlabend von jetzt ab bei Hoffmann, Michaelstr. 23, statt.

Neußän. Wir machen auf die Wähler- und Wandschmuck-Ausstellung, die am Sonnabend eröffnet wurde, aufmerksam und bitten die Genossen und Genossinnen, insbesondere die Zahlabendleiter, für regen Besuch derselben zu agitieren. Die Ausstellung, die sich in den beiden oberen Sälen des Partischen Lokals, Hermannstr. 49, befindet, ist geöffnet an den Wochentagen von 6 1/2 bis 9 Uhr abends, an den Sonntagen von nachmittags 3 bis abends 9 Uhr.

Steglich. Die neue Einteilung der Abteilungen tritt erst im Januar in Kraft, heute nur Zahlabend.

Treptow-Baumshulenkweg. Morgen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokals aus.

Friedrichshagen. Donnerstag, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Eisler, Friedrichstr. 96/97: Volksversammlung. Tagesordnung: Sabelherrschaft und Militärdiktatur über dem Volke. Referent Reichstagsabgeordneter Max Cohen.

Schwargendorf. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Grotzsch (Waldfater), Warnemünder Str. 14-15. Die Genossen werden ersucht, ihre Verbandsbücher mitzubringen.

Heinrich-Wiesdorf. Heute Mittwoch: Mitgliederversammlung des Wahlvereins in Wiesdorf bei Krüger. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten und Abrechnung vom Stiftungsfest. 2. Weihnachtssfeier. 3. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes.

Alt-Glände. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr: Zahlabend. 1. Bezirk bei Henschel, Grünauer Straße; 2. Bezirk bei Wägr, Köpe-

nider Straße; 3. Bezirk (Ortsteil Falkenberg) bei Meier, Straße am Falkenberg.

Gehwalde. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr bei Witte: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Vortrag des Genossen Koffenichin: „Die Vorgänge in Jabern“. 3. Vereinsangelegenheiten.

Berlin-Buchholz. Heute Mittwoch findet statt des Zahlabends eine außerordentliche Generalversammlung bei Käthe, Berliner Straße 89, statt. Es stehen einige Wahlen und andere wichtige Abstimmungen auf der Tagesordnung. Mitgliedsbücher legitimieren.

Königsenthal, Jepernitz, Buch. Der Zahlabend für Königsenthal, Jepernitz findet am Donnerstag, den 11. und der für Buch am Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den bekannten Lokalen statt.

Berliner Nachrichten.

Unsere Museen.

Berlin ist reich an Museen und wissenschaftlichen Instituten, die zum größten Teil unentgeltlich zugänglich sind. Was in den Museen an bildenden Werten aufgespeichert ist und in welchem Maße dadurch das spezielle und allgemeine Wissen erweitert werden kann, kann nur der ermessen, dem es vergönnt war, an den genannten Stätten viele Stunden verbringen zu können.

Bei der Mannigfaltigkeit der angeammelten und ausgestellten Schätze wird auch der, welchen nur bestimmte Gebiete interessieren, auf seine Kosten kommen, da es sich ja hier um ganz konkrete Dinge handelt, die auch für den weniger Interessierten einen Allgemeinwert haben. Vor allem sind es das Geologische und das Verkehrsmuseum, Invalidenstr. 44 bezw. 51, welche auch dem Arbeiter für seine praktische Tätigkeit mannigfaltige Anregungen geben. Dasselbe kann von dem sehr reichhaltigen Museum für Meereskunde gesagt werden. Hier sind es besonders die einzelnen im Modell vorhandenen Schiffstypen, die dem Beschauer eine klare Vorstellung von dem früheren und gegenwärtigen Stande der Schiffstechnik geben.

Auch das Kunstgewerbe-Museum hat für weite Kreise großes Interesse, da hier kunstvolle Arbeiten mit einer jahrhundertelangen Vergangenheit ihren Ehrenplatz gefunden haben, die um so beachtenswerter sind, da man sie mit verhältnismäßig primitiven Hilfsmitteln verfertigt hat.

Weniger von Nutzen für die praktische Tätigkeit als für die Allgemeinbildung ist das alte und neue Museum am Lustgarten, das Naturkunde-Museum Invalidenstr. 43 und das Märkische Museum Wallstr. 50/54. In ersterem werden uns die Sitten und Gebräuche sowie die religiösen Anschauungen und die Kunst des Altertums wie auch der Neuzeit vor Augen geführt. Im Museum für Naturkunde sind es die riesigen Skelette der Urtiere, die uns in Statten versetzen, die man aber im Verhältnis zu den neuen Funden, die man in Afrika gemacht hat, klein nennen darf.

Die bereits einzeln ausgestellten Knochen verraten uns die Reifenshaftigkeit jener Urtiere, und für die größten Exemplare reicht die Länge der Halle bei weitem nicht zu. Neben diesen urzeitlichen Resten werden wir hier bekannt gemacht mit den gesamten einheimischen und fremden Tieren, von denen manche gar wunderbar aussehen.

Die Eigentümlichkeiten der engeren Heimat finden wir im Märkischen Museum. Hier ist alles zusammengetragen, was man an Funden in der Mark Brandenburg gemacht hat. Besonders Berlin ist mit sachlichen und bildlichen Erinnerungen an die letzten Jahrhunderte stark vertreten.

Für den Arbeiter besonders wichtig ist die „Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt“ in Charlottenburg, Frauenhofer Straße 11/12. An zahlreichen Maschinen und sonstigen Arbeitsmitteln, mit denen der Arbeiter täglich umgehen muß, wird gezeigt, in welcher Weise sich durch Schutzvorrichtungen geeigneter Art und andere Maßregeln zahlreiche Unfälle vermeiden lassen. Wichtig sind auch die Einrichtungen in hygienischer Beziehung und die Erklärungen über die Zusammenhänge der Nahrungsmittel und ihrem prozentualen Gehalt von Eiweiß, Fett usw. Alles in allem eine Ausstellung, deren Besichtigung nur jedem empfohlen werden kann. Für reine künstlerische Betrachtungen kommt für alte Malerei das „Kaiser-Friedrich-Museum“ und für die neue Malerei die Rationalgalerie in Betracht. Hier empfiehlt es sich, sich mit einem Führer zu versehen, mit dessen Hilfe eine leichtere Orientierung möglich ist.

Neben diesen wichtigsten Museen sind noch zu nennen das Postmuseum, Leipziger Str. 16/18, das Rauchmuseum (Bildhauerarbeiten), Klosterstraße 76, das Völkerkunde-Museum, Köpenicker Straße 120, und das Museum für deutsche Volkstrachten und Volkskunde, Klosterstraße 36.

Es ist also in den Berliner Museen eine geradezu unermessliche Fülle von Anschauungsmaterial aus allen Wissensgebieten aufgestellt und es ist nur zu wünschen, daß recht viele davon Gebrauch machen, da alle Vorbedingungen dazu vorhanden sind.

Ein sehr schlechtes Urteil über die Polizeihunde

fällt im „Berliner Lokal-Anzeiger“, der sich seiner Zeit entsprechend seiner Lobhudeleien gewaltig für die Polizeihunde ins Zeug gelegt hatte, nur auch Dr. Th. Zell, der Direktor des Zoologischen Gartens. Er bestätigt im großen und ganzen, was schon der Polizeileutnant Rost gesagt hat, daß nämlich die Leistungen der bisher abgerichteten Polizeihunde außerordentlich mäßige und die über-schwänglichen Erwartungen, welche die Polizeibehörden an diese mit so verfrühtem Enthusiasmus ins Leben gerufene Einrichtung knüpften, enttäuscht worden sind. Es sei, so sagt Polizeileutnant Rost, noch nicht gelungen, die Hunde spurensicher zu machen; ferner nicht, die Hunde zu veranlassen, nach Witterungnahme einer ihnen unbekanntem menschlichen Witterung die gleiche menschliche Witterung irgendwie zu kennzeichnen. Das Ausarbeiten einer 5 bis 6 Stunden alten Spur bereite den Hunden in den allermeisten Fällen schon erhebliche Schwierigkeiten. Wenn Führer von Polizeihunden mehr behaupten, so sei das Ubertreibung und ein Beweis, daß sie von den Fähigkeiten des Hundes keine Ahnung haben. Um die den Polizeiverwaltungen und besonders dem Minister des Innern wohl sehr

unbequemen Erklärungen des Polizeileutnants Rost, der auch Vorgesetzter der Polizeihund-Zuchtstation bei Strausberg ist, nach-zuprüfen, haben dann auf ministerielle Anordnung unter Teil-nahme hoher Beamter mehrfach Versuche stattgefunden, und bei ungefähre fünfzig Prüfungsversuchen hat sich in jeder Hinsicht die Richtigkeit der Feststellungen des Herrn Rost über die Spürfähigkeit ergeben. Dazu bemerkt Direktor Dr. Zell, es sei merkwürdiger-weise bei den Prüfungsberichten die Hauptsache ausgelassen worden, nämlich die Angabe des Ortes, an dem die Prüfung vorgenommen wurde. Jeder Tierkenner wisse, daß ein Hund mit seiner Nase in der Großstadt nichts leisten könne. Die Unmenge der Gerüche, die auf ihn einströmen, mache es ihm unmöglich, eine einzelne Ausdünstung zu verfolgen. Weil diese Grundregeln sogar den meisten Prüfungsrichtern ganz unbekannt sind, des-halb seien die Prüfungsergebnisse häufig gleich Null, zum Er-staunen der Führer und der Polizeihundbewegung. So müsse man zu dem Schluß kommen, daß die Prüfungen, wie sie heute abgehalten werden, so gut wie gar nichts beweisen. Deshalb solle man aber die Leistungen des Polizeihundes, die bisher überschätzt waren, auch nicht gleich kleinmütig unterschätzen. Wenn die Prüfungen irgend-einen Wert beanspruchen, so dürfen sie nach der Meinung des Dr. Zell nicht in Berlin abgehalten werden, etwa gar auf dem Hofe eines von den Ausdünstungen unzähliger Menschen erfüllten Dienst-gebäudes.

Die bisherigen Versuche mit Polizeihunden haben ein schönes Stück Geld verschlungen, das also auf Generalunkosten anscheinend wieder mal zum Fenster hinausgeworfen wurde. Am interessantesten ist die Bemerkung des Dr. Zell, daß die Polizeihunde in der Groß-stadt keinerlei Spürwert haben. Die Polizeihundstation in der Magazinstraße ist also gänzlich überflüssig. Wird es nun aufhören, daß Kriminalbeamte mit ihren Kennommerkörtern provozierend durch die Berliner Straßen ziehen?

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht

finden für Handlungsgehilfen am Sonntag, den 15. Februar 1914, für Kaufleute am Mittwoch, den 18. Februar statt. Die Wählerlisten für die Kaufleute (Arbeitgeber) werden vom Donnerstag, den 8. Januar, bis Mittwoch, den 14. Januar 1914, zur öffentlichen Einsicht-nahme ausgelegt. Für die Arbeitnehmer werden Wählerlisten nicht aufgestellt.

Die Post in Groß-Berlin zu Weihnachten und Neujahr.

Für die Post an Weihnachten und Neujahr sind im Ober-postdirektionsbezirk Berlin folgende besondere Anordnungen getroffen worden. Am Sonntag, den 21. Dezember, bleiben die Paketannahme- und Ausgabeschalter von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet. Am 25. Dezember werden die Paketausgabeschalter wie Werktags offen gehalten. Es findet auch am 25. Dezember sowie am Neujahrstage eine einmalige Geldbefestigung im Orte statt. Pakete werden nicht nur an den beiden Weihnachtsfeiertagen, sondern auch am Sonntag, den 21. Dezember, bestellt. In Berlin, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf und Charlottenburg findet die Bestellung von Paketen auch schon am Sonntag, den 14. Dezember, statt. Sie ruht dagegen überall am Neu-jahrstage.

Bebauungsplan für städtisches Gelände in Treptow.

Wie bekannt, schweben beim Magistrat Berlin Erörterungen, das große, der Stadtgemeinde Berlin gehörige Gelände in Treptow in einer der modernen Ansehung entsprechenden Weise auf-zuschließen. Die Beratungen über die Aufstellung eines Bebauungs-planes haben damit begonnen, daß in der gestrigen Sitzung der Grundeigentumsdeputation der Bebauungsplanentwurf über den sogenannten Berliner Ortsteil, das ist den Berlin zunächst beliegenden Ortsteil, vorgelegt und darüber Beschluß gefaßt worden ist. Ueber die Aufschließung des im mittleren Ortsteil von Treptow belegenen Vaugeländes, das sich zum größten Teil im Eigentum der Stadtgemeinde Berlin befindet, hat gleichfalls eine Prüfung bereits eingeleitet. Insbesondere werden die auf Erträgen des Magistrats von Ebertsdorf und Janssen gelieferten Entwürfe eines Bebauungsplanes demnächst dem Magistrat zur Beratung und Be-schlußfassung vorgelegt werden. — Das zwischen Landsberger Straße und Landwehrstraße belegene städtische Vaugelände soll bis auf weiteres als Eislaufbahn und Sportplatz vermietet werden.

Verlängerte Einfuhrerlaubnis für russisches Fleisch.

Auf den Antrag des Magistrats hat der Minister für Landwirt-schaft, Domänen und Forsten die der Stadt Berlin erteilte Einfuhr-erlaubnis für russisches Rind- und Schweinefleisch in dem bis-herigen Umfang und unter den bisherigen Bedingungen bis zum 31. März 1914 verlängert. Der Minister setzt aber dabei voraus, daß die Einfuhr von dem Magistrat werde eingestellt werden, sobald sich ergebe, daß nach dem Preisstande des einheimischen Fleisches ein Verkauf des russischen Fleisches zu einem nennenswert billigeren Preise nicht möglich ist. Nichtiger wäre schon, wenn ganz allgemein die Grenzen geöffnet würden.

Ein Fuhrwerk in die Spree gestürzt.

Aus einem eigenartigen Anlaß wurde die Feuerwehrgestern früh nach dem Grundstück Köpenicker Straße 83 gerufen. Dort war ein zweispänniges Arbeitsfuhrwerk in die Spree gestürzt. Die Feuerwehrmannschaften machten sich sofort ans Rettungswerk, und es gelang auch nach vielen Bemühungen, die beiden Pferde mit Hilfe von Lauen und Holzbohlen gesund aus dem Wasser zu ziehen. Der Wagen wurde einstweilen im Wasser liegen gelassen und die Strombauverwaltung sperre die Unfallstelle ab. Im Laufe des Tages sollte auch der Wagen wieder an Land gebracht werden. Der Aufsicher des Fuhrwerkes konnte sich im letzten Moment durch einen Seitensprung in Sicherheit bringen und vor einem kühlen Bad be-wahren.

Aus der Armenverwaltung.

Auf Antrag des Vormundschaftsamtbes der Stadt Berlin, ihm einen Fonds zur Gewährung erstmaliger Unterstützung für uneheliche Kinder zu überweisen, wurde beschloffen, dem Amte bis zum 31. März 1914 800 M. zur Verfügung zu stellen und die Frage im übrigen einem Ausschuss zu überweisen.

„Reiche Arme.“

Von Zeit zu Zeit wird in der bürgerlichen Presse berichtet, daß irgendein Almosenempfänger gestorben sei und man in seinem Arm-lischen Nachlaß eine größere Summe Geldes verstreut gefunden habe.

Natürlich sei diese Geldsumme sofort an die Armenverwaltung abgeführt worden, die das Recht habe, sich für die von ihr unnötig gehaltenen Unterstüßungsbeträge an der Hinterlassenschaft schadlos zu halten. Daran wird dann hier und da noch eine Betrachtung geknüpft, daß diese Armenempfänger die gezahlte Unterstüßung offenbar gar nicht nötig haben, aber eine übergroße Armut vorläufigen, um die Armenverwaltung zu schröpfen. Demgegenüber ist zunächst hervorzuheben, daß es sich bei diesen Geldsummen um ganz vereinzelte Fälle handelt, die im Verhältnis zu den in der Großstadt nach Zehntausenden zählenden Armenunterstützten gar nicht ins Gewicht fallen. Weiter kommt der sprichwörtliche Geiz alter Leute hinzu, der sich bis zur Krankhaftigkeit steigern kann. Derartige Kranke leiden persönlich die größte Not, wie ja auch die in den letzten Tagen in der Marienburger Straße mit 2000 Mark in Gold unter dem Kopfkissen aufgefundenen 80jährige Frau an Unterernährung gestorben ist, und hüten das vom Munde abgeparte Geld wie einen Schatz, ohne sich einen Begriff davon zu machen, wofür und für wen sie eigentlich sparen. Daß die Sparsumme niemals einen sehr hohen Betrag erreichen kann, dafür sorgt ja schon das Prinzip der Armenverwaltung, so wenig als möglich zu bewilligen. Ein nennenswerter Betrag kann nur in vieljähriger Selbstkürzung zusammengehurt werden, und dann macht bei dem hohen Alter gewöhnlich der Tod einen Strich durch die Sparrechnung. Für die Krankhaftigkeit dieses Sparens zeugt es doch auch, daß stets die Hinterbliebenen von der reichen Erbschaft, die ihnen nun aus der Kasse geht, keine Ahnung gehabt haben. Endlich bleibt die Möglichkeit, daß das Geld überhaupt nicht von häßlicher Unterstüßung herrührt. Ebenfalls ist es durchaus unangebracht und ungebührlich, aus solchen Einzelfällen irgendwelche Schlüsse ziehen zu wollen, die mit der Spitze gegen die Armut gerichtet sind.

Isländische Hammel sind jetzt zum erstenmal lebend dem Berliner Markt zugeführt worden. Die in ihrer Heimat mit Moos genährten Tiere haben eine dreiwöchentliche Seereise und die zehntägige Quarantänezeit in Lübeck sehr gut überstanden. Die Hammel wurden gestern geschlachtet und zeigten, wie die „Allgemeine Fleischereizeitung“ berichtet, feinfaseriges, ziemlich mageres Fleisch, das dem hiesigen Geschmack entsprechen dürfte. Da auch die Einkaufspreise im Ursprungslande derartig sind, daß die Einfuhr nach hier trotz bedeutender Spesen für Zoll und Fracht lohnend ist, so dürften bald größere Posten der Probefindung folgen.

Selbstmordversuch eines Grafen. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache hat in der letzten Nacht der 72jährige, in dem Hause Schillerstraße 74 zu Charlottenburg wohnende Graf Ulrich Schad u. Pittenau seinem Leben ein Ende zu machen gesucht. Graf Schad, der seit Jahren an Asthma litt, lebte, da er in Berlin keine Verwandte besaß, sehr zurückgezogen und bewohnte in dem oben erwähnten Hause eine vierzimmerige Wohnung. In letzter Zeit hatte sich das Leiden so verschlimmert, daß der Graf aus dem Leben zu scheiden beschloß. In der Nacht schlief er sich an, und erwartete dann in der Küche, wo er den Gasbehälter der Kochmaschine geöffnet hatte, den Tod. Als vorhin die Aufwärterin erschien, fand sie den Lebensmüden leblos auf dem Fußboden liegen. Die durch die Feuerwehre entzündeten Samariter bemüht sich mit einem Arzt längere Zeit um den Ertrunkenen, vermochten jedoch nicht, ihn mit Hilfe des Sauerstoffapparates zur Bewußtsein zu bringen. Graf Schad wurde schließlich in das Krankenhaus Westend gebracht, wo er schwer daniederliegt. Der Graf hat übrigens schon vor sechs Jahren einmal im Grunewald seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu machen gesucht.

Die Freizeitschäfte an den Feiertagen. Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß für Freizeitschäfte zum bevorstehenden Feste Ausnahmen hinsichtlich der Vorschriften über die Sonntagsruhe nicht zugelassen sind.

Es darf somit, weder am silbernen noch am goldenen Sonntage über die Zeit von 2 Uhr nachmittags hinaus gearbeitet werden. Ebenso sind die Freizeitschäfte an allen Feiertagen bis 2 Uhr geöffnet. Diejenigen Geschäfte, welche am 2. Feiertage gänzlich oder früher schließen, machen dies durch Aushang bekannt.

Die Freizeitschäftsinhaber und -angestellten würden dem Publikum dankbar sein, wollte es an Sonn- und Feiertagen überhaupt ihre Geschäfte so aufführen, daß pünktlich 2 Uhr die Arbeit beendet sein kann, da bei der geringsten Ueberschreitung stets eine Polizeistrafe zu gewärtigen ist.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern Abend gegen 6 Uhr in der Brückenstraße. Dort wurde ein etwa 40jähriger unbekannter Mann beim Ueberqueren des Jagdhamms von einem Straßenbahnwagen der Linie 35 zu Fall gebracht und überfahren. Als man den Wagen mittels Winde hochhob, war der Verunglückte bereits tot. Seine Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Kleine Nachrichten. Eine anscheinend geistesranke Frau wurde in der Nacht zum Dienstag gegen 3 Uhr ganz nackt in Sturm und Schneegestöber in der Neuen Wilhelmstraße aufgefunden; sie hatte sich auf der Straße ihrer Kleider entledigt. Als die Leute die Unglückliche anhalten und nach einem Krankenhause bringen wollten, ergriff sie die Flucht. Man holte sie aber bald ein, deckte die halb Erstarrete mit Mänteln und anderen Kleidungsstücken zu und brachte sie mit einem Wagen nach der Charité. Wer sie ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Es handelt sich um eine Frau oder ein Mädchen in den mittleren Jahren. — Bestimmungslos aufgefunden wurde gestern Abend eine Greisin, die auch noch unbekannt ist. Sie brach vor dem Hause Grenzauer Allee 208 auf dem Bürgersteig zusammen und wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. Die Frau ist etwa 70 Jahre alt, trug ein schwarzes Umhangstuch, ein schwarzes Kopftuch, warme schwarze Schürschuhe und hatte eine alte Ledertasche bei sich. — Auf dem Aushub vom Tode ereilt wurde gestern nachmittags der 47 Jahre alte Kutscher Karl Marten aus der Straßburgerstraße 100 zu Weissensee.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Fast die gesamte proletarische Schuljugend Lichtenbergs hatte sich am Sonnabend und Sonntag im „Schwarzen Adler“ eingefunden, um sich an den Kinder-Bühnenspielen, welche der Vergnügungskomitee des Wahlvereins ihnen in diesem Jahre bot, zu ergötzen. Der reiche Beifall, den die Aufführungen erzielten, bewies, daß pulserendes Leben auf der Bühne besser wirkt, als Kino- oder Lichtspielbilder. Die beiden Märchenstücke „Tannenbaumens Weihnachtsfest“ und „Märchen im Walde“ waren auch dazu angehen, den Vereiner der 70 mitwirkenden Kinder zu befriedigen. Außer Darstellungen von Märchenfiguren bot der Reigenanz sowie der Kinderchor eine reiche Fülle der Abwechslung. — Von unserer Polizei ist bei dieser Gelegenheit wieder zu melden, daß sie „außerordentlich Gutes“ leistete. Nach einer Verfügung von 1851 tragen theatrale Aufführungen einen öffentlichen Charakter, sobald außer eingeschriebenen Mitgliedern eines Vereins Angehörige oder Verwandte teilnehmen. Da nun die Anmeldung und die Einreichung der Stücke zur Zensur unterblieb, wurde herumgeschmeißelt, bis der Veranlasser Kenntnis von der Sachlage erfuhr. So hing denn das Damoklesschwert des Verbots wieder über unserem Haupt und nur dem schnellen Eingreifen unserer Genossen gelang es, die Aufführung zu ermöglichen. Da nun, vielfachen Wünschen entsprechend, eine nochmalige Aufführung am Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, im „Schwarzen Adler“ vor sich gehen soll, ist dem Veranlasser bedeutet worden, daß die Genehmigung verfolgt wird, da diese Kinder-Bühnenspiele

dann gewerksmäßig betrieben werden. Es hat sich daher der Arbeiter-Kassaführer „Sofbarität“ (Pegler Lichtenberg) bereitwillig, eine ebensolche Veranstaltung zu arrangieren, an der wieder sämtliche Kinder mitwirken. Billets zu dieser Sonntagsaufführung sind von heute ab zum Preise von 10 Pf. pro Person in folgenden Verkaufsstellen zu haben: John, Hagarngeschäft, Gärtnerstr. 33; Wiltz, Schulz, Gastwirt, Kronprinzenstr. 47; O. Blume, Gastwirt, Al.-Vorhagen 56; Krüger, Gastwirt, Türschmidtstr. 40; P. Berner, Gastwirt, Wilhelmstr. 86; Rieffe, Gastwirt, Möllendorferstr. 14; Bergs, Zigarrengeschäft, Wilhelmstr. 40.

Menkölln.

Aus der Magistratskassierung. Zwecks Vorbereitung der von der Stadtvorordnetenversammlung unterm 12. Juni 1913 genehmigten Bauausführungen: 1. Neubau einer Klammföhleranlage; 2. Neubau einer Apparatenanlage; 3. Neubau einer Reinigungsanlage; 4. Neubau einer Stations-Gasmeisteranlage sowie zum Ausbau der Fundamente für die im Hofbau IV vorgesehenen fünf neuen Leuten wird die Eröffnung eines Vorlaufes genehmigt. — Der vorgelegte Anschlaggebührentarif wird entsprechend dem Beschluß der Verkehrsdeputation vom 10. November 1913 genehmigt. — Die Verlegung der beiden an der I. Mädchennittelschule geführten Parallelklassen 8 O und 4 O nach der II. Mädchennittelschule wird vom 1. April 1914 ab genehmigt.

Am Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Aktens Feisalan, Hagenheide 14, ein Bauernball (Kostümfest zum Besten der Arbeiterjugendheime Reutköllns) statt. Billets für Erwachsene (30 Pf.) und in zwei Zahlabendslokalen zu haben. Ausgabestellen für die Eintrittskarten für Jugendliche (15 Pf.) sind die Vorwärts-Expeditionen Redarstr. 2 und Siegfriedstr. 28/29, sowie die Jugendheime Rogatzstr. 15 und Fuldstr. 55/56. Garderobe 10 Pf.

Hohen-Schönhausen.

Einer Ausdehnung verteuert ähnlich sieht das Vorgehen eines am Orte ansässigen Schlächters gegen die Gemeinde aus. Letztere hat ein Verkaufslokal für russisches Fleisch bis zum 31. Dezember gemietet. Im Fall der Fortsetzung der Einfuhr von russischem Fleisch war wohl ohne weiteres anzunehmen, daß die Kommune den Vertrieb des Fleisches, zumal daselbst sich eines außerordentlichen Zuspruchs aus allen Schichten der Bevölkerung erfreute, weiter geführt hätte. Es erweist sich nun, daß der betreffende Hausbesitzer anderweitig vermietete, ohne der Gemeindeverwaltung auch nur eine Silbe davon mitzuteilen. Erst durch einkaufende Frauen erhielt der Verkäufer vom Gemeindefiskus Kenntnis, der sich sogleich an dem Hauswirt begab, der ihm eröffnete, daß eine Schlächterei errichtet werden solle. Merkwürdig aber ist, daß man gerade diesen Laden ausleihen hat, der noch dazu für die Errichtung eines Schlächtereibetriebes zu klein ist, sondern sich höchstens zum Fleischverkauf eignet, während ein im selben Hause befindlicher größerer Laden leer bleibt. Bezeichnend ist auch, daß der Hauswirt diesen für den eventuellen späteren Verkauf des russischen Fleisches rundweg verweigert. Da die Einfuhr des russischen Fleisches nach dem 1. Januar fortgesetzt wird, werden unsere Genossen in der Gemeindevertretung mit aller Macht darauf hinarbeiten, daß der Bevölkerung diese Einrichtung erhalten bleibt.

Adlershof.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung hatten unsere Genossen folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: „Der Gemeindevorstand wird ersucht, 1000 M. zur Unterstüßung der Arbeitslosen bereitzustellen. Diese Summe soll an hiesige Arbeitslose zur Verteilung gelangen und zwar derart, daß dieselben prozentual der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit und der Kopfzahl der Familien zum Lohnnachsteh eine Zuwendung erhalten. Die Höchstsumme soll im Einzelfall 20 M. nicht übersteigen.“ Die Dringlichkeit erkannte die Mehrheit der Vertretung nicht an, es konnte daher der Antrag nicht zur Verhandlung kommen. Hiermit hat die hiesige Mehrheit wieder einmal gezeigt, wie wenig Verständnis sie für die Not der arbeitenden Bevölkerung besitzt. Unsere Genossen werden Mittel und Wege finden, daß sich die Gemeindevertretung doch noch in diesem Jahre, und sei es in einer zu diesem Zweck extra einberufenen Sitzung, mit dem Antrag beschäftigen muß. Die Errichtung einer Steuerkasse hat sich als dringend notwendig herausgestellt. In Verbindung hiermit wurde gleichzeitig angeregt, eine Registrierkasse zu beschaffen. Nach eingehender Beschäftigung der letzteren wurde beschlossen, nach dem Vorschlage des Staatsauschusses die Registrierkasse für den Preis von 3525 M. zu beschaffen. Eine Summe von 61 963 M. ist erforderlich, um die bereits seit Jahren in den Büchern als Vorhülle gebuchten Ausgaben ordnungsmäßig zu erledigen. Von der Aufnahme einer neuen Anleihe wurde, im Hinblick auf den zurzeit ungünstigen Geldmarkt, Abstand genommen; das Geld soll aus dem Kanalisationsfonds gegen 4 Proz. Zinsen entnommen werden. In der vorangegangenen Sitzung hatte sich die Gemeindevertretung mit der Einführung des Verkaufs von ausländischem Fleisch beschäftigt. Damals hatte die Vertretung im Prinzip beschlossen, daß der Verkauf wieder stattfinden soll. Der Feuerungsausschuß, welcher den Verkauf endgültig in die Wege leiten sollte, hat den Beschluß der Gemeindevertretung aber nicht durchgeführt, da der Verkauf im Vorjahre einen Zuschuß von insgesamt 1303 M. erfordert hat. Diese Summe war im Oktober der Gemeindevertretung noch nicht bekannt und aus diesem Grunde lehnte der genannte Ausschuß — gegen die Stimmen unserer Genossen — den Verkauf ab. Erreicht wurde damit, daß das Fleisch überhaupt nicht zum Verkauf kommt. Im Namen unserer Genossen gestellte Genosse Zabel ein derartiges selbständiges Handeln des Ausschusses. Wären Bedenken vorhanden gewesen, so hätte vor allem die Gemeindevertretung davon in Kenntnis gesetzt werden müssen und nicht durch die Verschleppungstatistik die Durchführung eines Beschlusses der Gemeindevertretung verhindert werden dürfen. Da mit dem 31. Dezember jedenfalls die erleichterte Einfuhr von ausländischem Fleisch aufhören wird, brachten unsere Genossen folgenden Antrag ein: „Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand, sich mit den Nachbargemeinden in Verbindung zu setzen, um vereint bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Einfuhr von ausländischem Fleisch auch noch dem 31. Dezember d. J. zu den erleichterten Bestimmungen beibehalten bleibt.“ (Der Antrag erlitt sich jetzt, da die Genehmigung des Ministers bereits erteilt ist. Die Red.) Da das Defizit beim Verkauf erst in den letzten vier Wochen entstanden ist, verlangte Genosse Zabel eine genaue Untersuchung. Der Antrag schloffen sich auch die übrigen bürgerlichen Redner an. Schöffe Wendelschloß teilte noch mit, daß in den ersten Wochen des Fleischverkaufs sogar keine Ueberschüsse zu verzeichnen waren, der Fehlbetrag am Schlusse des Verkaufs daher um so auffälliger sei. Der Antrag unserer Genossen wurde angenommen; der Gemeindevorstand wurde ferner beauftragt, die Ursache des Minus nochmals genau nachzuprüfen. Die Detesung für die gewerbliche Fortbildungsschule wurde angenommen. Der Bebauungsplan für das Gelände zwischen Letztower Kanal, der Rudower Chaussee und der Götlicher Bahn hat der Gemeindevertretung zu wiederholten Malen vorgelegen, da die Vertretung eine andere Verteilung der Grünflächen verlangte, als diese vom Zwangsverband vorgeesehen waren. Der neu aufgestellte Plan sieht 36,6 Proz. Freifläche vor und außerdem bildet eine breite Promenade den Abschluß gegen das vorgegebene Industriegebiet. Diesem Plan stimmte die Vertretung zu. Um die mangelhafte Bedienung im Fernsprechdienst zu beseitigen, soll eine Beschwerde an die Polizeidirektion gerichtet werden. Auf eine Anfrage des Genossen Zabel erklärte der Bürgermeister, daß die neue Feuerwehreinrichtung in den nächsten Tagen fertig und in Dienst genommen werden wird.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins gedachte der Vorsitzende, Genosse Klodt, zunächst des im letzten Monat verstorbenen Genossen Emil Bauer. Alsdann hielt Genosse Freundt einen mit Beifall ausgenommenen Vortrag über Feuerbestattung

mit Erklärungen am Modell. In Stelle der Genossin Kohl wurde Genossin Prag in den Vorstand gewählt. In den Bildungs- und Jugendausschuß wählte die Versammlung die Genossen Ernst Krebs, Schönsfeld und die Genossin Frieda Petrich. Zur Neuaufnahme in den Wahlverein hatten sich 32 männliche und 4 weibliche Mitglieder gemeldet. Die Genossen Klodt und Klodt bemängelten die oft jutage tretende Laune der Mitglieder, auch müsse darüber gefasert werden, daß die einmal gewonnenen Mitglieder des Wahlvereins dauernd der Partei erhalten bleiben. Den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung erstattete Genosse Böhld. Genosse Zabel schilderte die Vorgänge in der letzten Gemeindevertreterversammlung, in welcher ein von unseren Vertretern gestellter Antrag, 1000 M. für die Arbeitslosen zu bewilligen, nicht zur Verhandlung kam. Unsere Vertreter werden daher die Einberufung einer neuen Sitzung verlangen. — Zum Schluß forderte Genosse Klodt noch zu reger Teilnahme an den Sammlungen für die Arbeitslosen auf.

Röpenitz.

Arbeitslose und Notstandsarbeiten. Im Verfolg des letzten Stadtvorordnetenbeschlusses macht der Magistrat bekannt, daß Arbeitslose, welche bei den Notstandsarbeiten beschäftigt werden wollen, sich täglich im Rathaus (Stadtbauamt) von 10 bis 12 Uhr melden können.

Spandau.

Selbstmord eines Hauptmanns. Am Montag hat sich der Hauptmann Schröder vom Pionier-Bataillon Nr. 3 in Spandau erschossen. Grund des Selbstmordes ist, wie gemeldet wird, eine Liebesangelegenheit.

Bernau.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins gab Genosse Zinnow zunächst den Bericht von der Stadtvorordnetenwahl. Er erfuhr besonders die Frauen, diejenigen Geschäftsinhaber bei ihren Einkäufen zu berücksichtigen, die bei Wahlen für unsere Kandidaten eintreten. Die Diskussionsredner äußerten sich im selben Sinne. Dann erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Genossen Ringers und Ruch, die bei der Landtags- und der Stadtvorordnetenwahl ihr Stimmrecht nicht ausüben konnten, ohne besondere Ladung aus der Mitgliederliste gestrichen werden. Hierauf erstattete Genosse Rosenow den Halbjahresbericht. Derselben ist zu entnehmen, daß die Kassenerhältnisse sehr ungünstig sind; auch in der Mitgliederbewegung ist nur ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Als Gruppenführer wurden an Stelle der Genossen Leist und Koppitz die Genossen Falbe und Bernau gewählt. Unter Verschiedenem teilte der Vorsitzende mit, daß zu den am 4. Januar stattfindenden Wahlen zur Allgemeinen Krankenkasse des Kreises Niederbarnim eine Flugblattverbreitung vorgenommen wird; er ersuchte, daß bei der großen Bedeutung der Wahl die Verbreitung gewissenhafter als sonst erledigt wird. Ferner verwies Redner darauf, daß aus der Bibliothek 50 Bände fehlen; er forderte die Anwesenden auf, Umchau nach denselben zu halten. Mit einer Aufforderung, für den Wahlverein und den „Vorwärts“ rege zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Zur Ortskrankenkassenwahl nehmen am Donnerstag, 11. Dezember, abends 8½ Uhr, bei Troppens, die erweiterte Bezirksleitung des Wahlvereins, die Vorstände der Gewerkschaften, die Kartelldelegierten und die Delegierten der Ortskrankenkassen Stellung. Die Beteiligten werden ersucht, die Sitzung vollständig zu besuchen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Kowawes. Heute Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in der Straße 69, vom vier Treppen — Parterre —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder hat den Bestellten bestimmten Anträge in ein Buch und eine Zahl als Vertretenden beizubringen. Briefliche Anträge werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

N. J. 113. 1. Ja. 2. Einen Anspruch auf Stundung haben Sie nicht. Vertragen Sie es jedoch mit einem Antrag. 3. Ja. 4. Eine staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft, die auch aus Staatsmitteln Leistungen erhält. — N. J. 320. Ihr Vater soll es mit einem Antrag an das Vollgericht versuchen. Bestimmte Geschäfte weisen wir nicht nach. Sie können dieselben im Adressbuch, II. Teil ermitteln. Die Armenverwaltung von Schöneberg befindet sich im Rathaus. — W. B. 1. Sie schließen am vorgeschlagenen beim Notar einen Ehevertrag, der dann dem Amtsgericht zum Zweck der Eintragung in das Gütervertragsregister und zum Zweck der Publikation einzureichen ist. — S. P. 42. 1. Nein. 2. Ja. 3. Nein. Sofern die Mittel nicht von Ihrer Frau erworben sind. — N. J. 40. Sie gehören noch der Landeskirche an, da zur Zeit Ihrer Geburt Ihr Vater noch nicht ausgehoben war. — N. J. 37. 1. Die Geburt (selbst) nicht ausreißend zu sein. 2. Stellen Sie im Termin dem Richter die Gründe dar. Es ist möglich, daß darauf Rücksicht genommen wird. — J. B. 112. Ihre Mutter hat Anspruch auf Witwenrente, sofern sie im Sinne des Gesetzes invalide ist. — Alter Genosse 55. 1. und 2. Nach dem Wortlaut des Testaments geht der Nachlass in elf gleiche Teile. 3. Nein. 4. Die Anordnungen des Testamentvollstreckers, sofern sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen liegen, sind maßgebend. — 6666. R. P. Ihre Angaben reichen nicht aus, um einen nach dem Gesetz berechtigten Grund zum Gütervertrags zu haben, dies um so weniger, als Ihre Behauptungen nicht beweisbar sind. Das Zeugnis der unermwachsenen Kinder dürfte kaum in Betracht kommen. — P. R. 40. Nehm Sie nur nach Einmütigkeit in die Kostenrechnung und die Gehaltsbestimmungen. — G. M. 53. Nur dann, wenn es sich um Unterhaltsansprüche handelt. — N. J. 100. Nur zu beantragen, wenn die Höhe des Lohnes und die Anzahl der etwaigen Familienangehörigen bekannt ist. Der Arbeitgeber muß den im Plandbuch und Ueberweisungsbescheid genannten Betrag liefern. — W. G. 39. Nein. — Alter Abonnent 1888. Ihre Angaben reichen nicht aus, kommen Sie mit der Testamentabschrift in die Sprechstunde. — N. J. 71. Nehm Sie nur nach Einmütigkeit in den Vertrag beizustellen. — S. P. 100. Falls Elemente von der Geburt des Kindes an eingekauft sind, so kann der Fehlbetrag mit den gezahlten Beträgen gegen die jetzt fälligen Ansprüche aufrechnen. — N. B. 4. Wir teilen Ihre Auffassung. — G. 2. 1. Des Vaters. 2. Ja. — W. 1. Verlangen Sie von der Firma eine legalisierte Ausstellung und prüfen Sie alsdann an der Hand der Leistungen nach, ob Sie noch etwas schuldig sind. Ist das nicht der Fall, können Sie weitere Zahlungen ablehnen.

Marktpreise von Berlin am 8. Dezember 1913, nach Ermittlungen des Igl. Volksgeldprüfungsamts. Weis (misch), gute Sorte 16,50—17,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Reis (runder), gute Sorte 14,80—15,20, höchstens 0,00. Neu 0,00—0,00. Kartoffelpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 36,00—80,00. Kartoffeln (Kleinst.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Baufleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—7,00. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Kälber 1,60—3,20. Hamster 1,40—3,20. Hühner 1,20—2,40. Vorkühe 1,00—2,00. Schafe 1,60—3,20. Vorkühe 0,80—1,40. 60 Stück Äpfel 2,00—24,00.

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand		Wasserstand	
am 12. 7. 12.			
cm (cm ²)			
Bremel, Mühl	364 -12	Saale, Großsch.	108 -2
Bregel, Zelterburg	169 -19	Saale, Spandau	68 -0
Bregel, Thom	210 +13	Saale, Rathenow	18 -0
Ober, Ratibor	197 -12	Spree, Spremberg	84 -0
• Krossen	223 0	Spree, Beetzow	85 0
• Frankfurt	218 +4	Spree, Röhden	200 -12
• Barthe, Schirmitz	148 +4	Spree, Röhden	302 -10
• Barthe, Landsberg	84 +3	Spree, Marienhausen	450 +45
• Rege, Verdamm	20 -2	• Raab	212 -3
• Elbe, Leimberg	32 -5	• Rölln	241 -10
• Dresden	-83 -13	Regen, Hellbrunn	100 -4
• Barbo	200 -8	Regen, Genu	164 -8
• Roggeburg	157 -1	Regen, Zier	192 +63

+) + bedeutet Hoch, -) -) Unterpegel



Amol Hausmittel

Allgemein-Verfälschendes

Akoholfreie Getränke

Franz Abraham

Arbeiter-Berufshilfe

Auto-Fahrerhilfe

Bade-Anfalten

Bad Ait-Moabit 104

Bad Central-Bad

Bad Ostend

Passage-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Bandagen, Gummiwaren

Bäcker- u. Konditoreien

C. Adameck

Landbrotbäcker

Brotfabrik Heinersdorf

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäcker- u. Konditoreien

Karl Kuerste

Bäckerei Künscher

P. Lamin

Ew. Liesegang

Adolf Lindner

Carl Lindner

H. Lubs

W. Lutzmann

W. Krogger

H. Markgraf

E. Markgraf

R. Mascher

Anton Meyer

Alfred Meyer

M. Hiltorf

G. Mosler

G. Mühle

Max Nuth

Carl Neundorff

Wilhelm Niklas

Gustav Nielson

P. Nitschke

Frigy Otto

Robert Pötschke

H. Pöppel

Herrn Prager

Richard Raasch

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Groterjan

C. Habels Brauerei

Goldbier

Loewen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schloßbräu-Flaschenbier

Verlins-Brauerei

Weissbier, C. Breithaupt

Leibing's Zerpanschießer

W. Walther

H.P. Biedermann

Wilhelm Göbel

Gebrüder Groh

August Holz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

W. Pfeil

Kosmalia, E.

Paul Reinike

Schröter, R.

Gust. Schulze & Sohn

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolade, Confitur

Oskar Gabler

Kakao und Schokolade Wesenberg

Cyllax, G.

Cigarrenfabriken

Cigarrenhandlungen

F. Jakob, Müllerstr. 12

Damen-Kontrollen

Dampf-Weichanstalt

Drogen und Farben

H. Borkow

Fleisch- u. Wurstwaren

Rob. Lindner

Moers, Otto

A. Möbes Nchf.

Otto Müller

Paul Seldel

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkäuf.

Konzerthaus, Wirtschaft

Restaurant und Café "Alter Kuhstall"

Kolonialwaren

G. Behrens

F. Belle

W. Bornefeld

A. Bachholz

A. Crona

Gg. Feist

Karl Griesing

G. Hering

M. Krügers

P. Lange

R. Ludwig

Fr. Pawlitzki

O. Pösch

A. Ramhold

Alfred Richter

Franz Richter

Runge, Otto

A. Sägebarth

Fritz Scheel

Schlenker, Emil

Emil Schulze

A. Silius

W. Vogel

Aug. Würke

G. Zimmerling

Möbelmagazine

P. Bock

Hoche & Co.

Ferd. Joachim Nachfolg.

Möbel-Ramerling

Herm. Kogel

Lange, Max

C. Linkogel

H. Nolte

W. Stroh

Möbeltransport

F. Bartels

C. Berner

O. Fahrenkrug

Paul Schur

Nahrungsmittel

H. John

Nähmaschinen

Bellmann, E.

Ed. Hrudka

Littauer Nähmaschinen

5 Jahre Garantie

Littauer Nähmaschinen

Singer Nähmaschinen

Läden in allen Stadtteilen.

Obst, Gemüse

C. Bött, NW.

Ernst Götthling

Kleine Markthalle

Frig Wolf

Optiker, Mechaniker

Dass, Paul

K. Groß

Groß, Paul

Leop. Patocka

Schubert

W. Zapletal

Partiwaren u. Reitlager

G. Cnaß

Patentanwälte

A. Kuhn

Pfandleihen

Schmidt, Fonstr. 3

Photographische Ateliers

Adolf Kube

R. Maerz

Rud. Obligt

Og. Wilke

Photogr. Apparate

M. Albrecht

Hugo Schütz

Photo-Jansen

Pianos

Cesare Donadoni & Fohl

Berlin NO.

Rechtsbüros, Detektus

Gustav Frank

Neisser

Restaurants

Hackepeter

Rodichtbäckereien

H. Kahlbrock

Bücherwaren, Fische

D. Danielsohn

M. Kiehl

K. Opalko

Schneiderer

Krupp-Schmidt

Schneidererartikel

Fritz Wildenhayn

Schirme, Stöcke

P. Knappe

Schreibwaren

Rich. Blume

O. Prochnow

Gg. Veltan

Schuhwaren, Schuhmach.

Schnellschleifer

Fidelack

A. Hackbarth

Ernst Hoffmann

W. Hiltz

Joh. Mazaruk

Willy Kusch

M. Lamote

K. Lück

Emil Mierisch

Peterohn

J. Petruhn

V. Sulejowski

M. Ruda

Tschech

B. Wolf

Tapeten, Wachstuche

3 x 3 Meter

W. Pletzer

Fortsetzung s. nächste Seite.

Die Etatdebatte im Reichstag.

185. Sitzung. Dienstag, den 9. Dezember 1913, nachmittags 2 UH.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann Hollweg, Jagow, v. Tirpitz, Delbrück, v. Falkenhayn.

Kurze Anfragen.

Abg. Baffermann (natl.)

fragt an, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß englische Unternehmer in Arabien, Syrien und Mesopotamien bedeutende Petroleumkonzessionen von der Türkei erworben haben, um das gewonnene Rohöl an die englische Admiralität zu verkaufen und den Wettbewerb anderer Länder in diesen Gebieten auszuschließen, und was der Reichskanzler mit Rücksicht auf das große Interesse der deutschen Marine an einer gesicherten Heizöleinfuhr zu tun gedenkt, um die Ausbeutung von Petroleum auch deutschen Unternehmern zu ermöglichen.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow:

Die Pressemeldungen über englische monopolartige Erwerbungen von Petroleumkonzessionen sind nach meinen Informationen in dieser Form unrichtig. Dagegen kann ich mitteilen, daß mit einer deutschen und mit einer englischen Interessentengruppe in der Türkei über den Erwerb von Petroleumkonzessionen, namentlich auch in Mesopotamien, verhandelt wird. Da die Verhandlungen noch schwächen, bin ich nicht in der Lage, Einzelheiten mitzuteilen, doch kann ich schon jetzt sagen, daß das deutsche Interesse gewahrt wird.

Abg. Baffermann (natl.)

fragt ferner an, ob bei dem Abkommen zwischen Rußland und China vom 5. November 1913, durch welches die Souveränität Chinas über die äußere Mongolei, andererseits die Autonomie der letzteren anerkannt wurde, die dem Deutschen Reich kraft Vertrages mit China von 1881 zustehende Weisbegünstigung gewahrt ist.

Staatssekretär v. Jagow

bestätigt, daß diese Weisbegünstigung gewahrt ist.

Abg. Gumpfer (Sp.)

fragt, ob die Reichsregierung eine Venderung des § 33 der Gewerbeordnung in Aussicht genommen hat und ob einer eventuellen Neuregelung dieser in das Gastwirtsgerwerbe tief eingreifende Materie vor Einbringung einer Vorlage Vertreter des Gewerbes gutachtlich gehört werden sollen.

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar:

Ein Entwurf über die Venderung des § 33 der Gewerbeordnung ist im Reichsamt des Innern ausgearbeitet und liegt dem Bundesrat vor. Ueber den Gang der Verhandlungen ist es zurzeit nicht möglich, Mitteilungen zu machen.

Abg. Dr. Blauenhorn (natl.)

fragt, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um der überhandnehmenden Fabrikation von Kalzweinen, die eine täuschende Nachahmung der kleinen Traubenweine sind, entgegenzutreten.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquieres

antwortet, daß eine entsprechende Vorlage dem Bundesrat in der nächsten Zeit zugehen wird.

Abg. Wurm (Soz.)

fragt an, ob der Reichskanzler bereit ist, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die vorübergehenden Kollerleichterungen bei der Fleisch-einfuhr, deren Frist am 31. März 1914 abläuft, verlängert werden.

Direktor im Reichsamt des Innern Müller:

Der Reichskanzler hat nicht die Absicht, einen solchen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Erste Lesung des Etats.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Seitdem ich hier im Hause zum letztenmal über die Orientpolitik gesprochen habe, haben sich die Ereignisse des zweiten Balkankrieges, der Vertrag von Bulgare und der Friedensschluß der Türkei mit ihren Gegnern in ersten Feldzug ereignet. Damit sind die Ereignisse aus dem Zustand der alten Konflikte herausgetreten, wenigstens die Folgen dieser weltgeschichtlichen Umwälzung noch nicht abgeschlossen sind. Die Festlegung der albanischen Grenzen, die zeitweilige Schwärzigen bereitete, scheint ihrem rechtzeitigen Abschluß entgegenzugehen. Unsere Interessen werden nahe berührt durch die infolge der Fertigstellung eines Teiles der europäischen Türkei notwendige Neuordnung der türkischen Staatsschuldenverhältnisse. Die zu diesem Zweck in Paris zusammengetretenen Konferenzen hat sich beim Ausbruch des zweiten Balkankrieges vertagen müssen; vor ihrem Wiederauftreten bemühen wir uns, durch Einvernehmen mit anderen Großmächten, in letzter Zeit besonders auch mit Frankreich, die Grundlagen für die Lösung der Frage vorzubereiten. Hoffentlich wird die Frage des Schicksals der Agäischen Inseln ebenfalls eine befriedigende Lösung finden.

Die Großmächte haben in allen Phasen der Balkankrise, auch wenn ihre Interessen nicht übereinstimmen, stets schließlich so fest zusammengestanden, daß sie auch die noch ausstehenden Schwierigkeiten zu überwinden wissen werden. Denn das Einvernehmen der Großmächte, die Erkenntnis, daß die ruhige Weltlage unter den europäischen Mächten durch die Neuordnung der Balkanverhältnisse nicht erschüttert werden dürfte, ist während der monatelangen mühevollen Arbeit, die seit dem ersten Kanonenschuß aus dem Balkan geleistet werden mußte, nicht gemindert, sondern verstärkt worden. Das Verdienst daran haben alle Großmächte gemeinsam, und eine spätere Zeit wird der vielfach scharf kritisierten Londoner Konferenz Dank dafür wissen, daß sie die solidarischen Interessen Europas erkannt, geeinigt und zusammengeschlossen hat. Wir werden uns auch weiterhin an dieser gemeinsamen Arbeit der Mächte wie bisher beteiligen.

Wir haben dabei die speziellen Interessen unserer Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn und Italien energisch und wirksam unterstützt und haben gleichzeitig in vertrauensvollem Zusammenarbeiten mit England und gestützt auf unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland dem europäischen Konzert unsere Dienste geleistet, welche Arbeit uns durch die erfreulicherweise durchaus korrekten Beziehungen zu Frankreich erleichtert worden ist. Wir haben die Frage, ob der Friede von Bulgare durch Europa revidiert werden soll, verneint, weil wir in ihm eine Basis anerkannt haben, von der aus die langwierigen Aufräumungsarbeiten auf dem Balkan

begonnen werden könnten. In dieser Erwartung haben wir uns nicht getäuscht, denn seitdem reifen die Dinge auf dem Balkan ihrer Festigung langsam entgegen. Ich brauche nicht erst zu sagen, wohin wir gekommen wären, wenn die europäischen Großmächte in Unklarheit und Uneinigkeit an die Revision des Vertrags gegangen sein

würden. Die manchmal aufgetauchte Annahme, als ob die im Anfang angestellten Erwägungen über die Frage einer Revision des Vertrags unsere Bundesverhältnisse ungünstig beeinflusst hätten, kann ich mit Entschiedenheit zurückweisen. Ich nehme dabei Bezug auf die Erklärungen des Grafen Verdolb in den österreichisch-ungarischen Delegationen. Unser Bundesverhältnis ist in den großen Lebensinteressen beider Reiche viel zu unerschütterlich begründet, als daß es durch etwaige Meinungsverschiedenheiten in Zugespinntheit des Balkanproblems, an dem Oesterreich-Ungarn viel mehr interessiert ist als wir, irgendwie getrübt werden könnte. (Lebhafter Beifall.)

Der Dreibund hat sich im Verlauf der Balkankrise so stark behauptet, wie vielleicht nie zuvor. Die Großmächte stimmen über das Verhalten Europas zu der künftigen Entwicklung der Türkei überein. Nach dem Abschluß der bosnischen und tripolitanischen Frage hat der Dreibund ein eigenes Interesse an der Erhaltung und Festigung des türkischen Bestandes. Das englische Regierungsprogramm der Sicherung des asiatischen Besitzes der Türkei auf der Basis innerer Reformen, ohne Einmischung Europas, aber unter Mithilfe der an der Entwicklung Kleinasiens interessierten Mächte deckt sich mit unseren Anschauungen, ebenso die französische Politik, die rücksichtlich der Türkei von einem konservativen Grundzug erfüllt ist. Die Unterredungen mit den russischen Ministern haben mich überzeugt, daß Rußland den Gedanken an territoriale Erwerbungen in Kleinasien von sich weist und auch sein Bestreben auf Verbesserung der Verhältnisse in Armenien gerichtet ist. Ein politischer Konflikt wegen der Zukunft der Türkei scheidet also den europäischen Großmächten für absehbarer Zeit nicht bevor. Es bleibt der besonders in Kleinasien lebhaft wirtschaftliche Wettbewerb der einzelnen Länder, und da beanspruchen unsere großen wirtschaftlichen Interessen, namentlich mit Rücksicht auf die Bagdadbahn besondere Aufmerksamkeit.

Wir haben mit der englischen Regierung Verhandlungen eingeleitet, die den Zweck haben, möglichen wirtschaftlichen Reibungen vorzubeugen

und die Bagdadbahn finanziell und politisch ein für allemal sicher zu stellen. Wir haben auch mit der französischen Regierung auf deren Wunsch Vespörungen in ähnlichem Sinne gepflogen. Die englischen Verhandlungen sind ziemlich weit vorgeschritten, die französischen befinden sich noch im Anfangsstadium. Die in so erfreulicher Weise fortschreitende Verbesserung unseres Verhältnisses zu England hat uns ermöglicht, in freimütigem Gedankenaustausch an die Lösung des Bagdadproblems heranzutreten. Um durch Verständigung über einzelne Fragen des weltwirtschaftlichen und kolonialpolitischen Wettbewerbs die Beziehungen zwischen England und Deutschland dauernd in ruhige Bahnen zurückzuführen, die sie eine Zeitlang zu verlassen gedroht haben, haben wir mit England auch Verhandlungen eingeleitet, um der Entstehung von wirtschaftlichen Gegenständen in Afrika vorzubeugen. Ohne Beeinträchtigung der Rechte Dritter arbeiten wir daran, einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen beider Teile zu finden. Von einseitiger Verzichtleistung Deutschlands ist dabei nicht die Rede (Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen), so wenig wie von Kompensationen in Vorderasien und Zentralafrika oder umgekehrt. Die Verhandlungen sind noch im Gange, ich kann heute nicht mehr darüber sagen, aber es dürfte eine für beide Länder annehmbare Lösung erzielt werden, und es wird dann das Vertrauen, das gegenwärtig zwischen den beiden Regierungen besteht, auch auf diejenigen Kreise übergehen, die einer Wiederannäherung der beiden stammesverwandten Völker einzuwirken noch skeptisch gegenübersehen.

Lassen wir das Vergangene ruhen

und arbeiten wir zuversichtlich auf der Grundlage fort, die die Gegenwart uns bietet.

Unsere Politik liegt klar und offen zutage, die Wahrung unserer eigenen Interessen und unserer Beziehungen zu unseren Bundesgenossen ist so klar vorgezeichnet, daß wir keinen anderen Weg gehen konnten. Diese Politik steht im Einklang mit den großen Gesichtspunkten, von denen aus unsere auswärtige Politik überhaupt geleitet werden muß. Unsere Lage im Herzen Europas wird uns allezeit darauf hinweisen, für die Aufrechterhaltung unserer Rechtsstellung die familiären, physischen und moralischen Kräfte der Nation einzusetzen. Dieselben Kräfte fordern gebieterisch eine weitere Entfaltung im Gebiete der Weltwirtschaft und Weltkultur. Nur unbedingter Mut kann bekennen, daß Deutschland in den letzten Jahrzehnten an dieser Aufgabe mit Erfolg gearbeitet hat. Die Aufgabe bleibt groß und sie bedeutet ein bestimmtes und festes Ziel, auch wenn dieses nur in stetiger und geduldiger Ausdauer erreicht werden kann. (Beifall rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Und Zabern?)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Der Reichskanzler hat die Rede gehalten, die sein Ministerkollege in Zabern vor einigen Wochen angeklagt hat. Der Reichskanzler hat also, obwohl sich doch zwischen jener Anklage und dem heutigen Tage mancherlei abgespielt hat, nicht anders disponiert. Er hat über die auswärtige Politik gesprochen. Kein Reichsvertrauensmann hätte die Wichtigkeit, am wenigsten die Wichtigkeit der auswärtigen Politik gesprochen hat, so geht daraus hervor, daß er sich noch immer für den geeigneten Mann hält, die Interessen des deutschen Volkes dem Auslande gegenüber wahrzunehmen. Ich bin anderer Ansicht, Herr Reichskanzler.

Sie sind nicht der geeignete Mann dazu!

(Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat von weiten Herrschern und klugen Staatsmännern gesprochen. Leider galt das alles nur vom Ausland. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, die Pflicht zu haben, uns vom Balkan über Zabern nach Berlin zurückzuführen. Meine Aufgabe ist keine angenehme, sondern eine geradezu peinliche, weil ich nach dem Unwert der vorigen Woche eine Art Inventur machen muß, d. h. die Schäden abschätzen und die Verantwortlichkeiten feststellen muß. Jedwede persönliche Gehässigkeit gegen den Reichskanzler legt mir dabei durchaus fern, ebenso wie meinen sämtlichen Fraktionskollegen; sicher hat auch kein einziger der 203 Herren, die für

das Mißtrauensvotum

gestimmt haben, sich aus persönlicher Feindschaft gegen den Reichskanzler dazu berufen lassen. Aber seine sachliche Politik, eine ganze Reihe seiner Vorlagen muß und zur schärfsten Opposition veranlassen, z. B. die letzte Militärvorlage, von der ich bis zu diesem Augenblick überzeuge bin, daß sie ein ungeheurer Fehler war. Immerhin hatte der Reichskanzler gewisse mildernde Umstände, denn bis kurz vor dem Einbringen der Vorlage hat er selbst davon nichts wissen wollen, es war da nur das Werkzeug der übermächtigen Militärpartei. Auch dafür, daß er es nicht fertig gebracht hat, das gegebene Wahrecht-Verprechen für Kreuzen einzulösen, hat er mildernde Umstände, denn er selbst wollte wohl ein ganz kleines Sarcitischen vorwärts geben, aber er durfte nicht, die preußischen Junker haben es ihm verboten. (Sehr

richtig! links, Lachen rechts.) Auch wenn er auf unsere Anfrage wegen der Arbeitslosigkeit hier eine mehr als klägliche Rede gehalten hätte, so hat er eine gewisse Entschuldigung. Er hat in den letzten Tagen so viel Kummer und Sorge gehabt, daß er an die Hunderttausende hungernder Arbeiter nicht hat denken können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Aber sehr stark muß ich mich wenden gegen die Antwort, die er heute auf die Anfrage wegen der Verlängerung der Kollerleichterungen bei der Fleisch-einfuhr hat erteilen lassen.

Für diese glatte Abfage gibt es keine Entschuldigung.

(Lebhaftes Zustimmung links.) Diese kleinen Jugendsünden haben immerhin bewirkt, daß da, wo die Gemeinden davon Gebrauch gemacht haben, die Fleischpreise etwas billiger wurden. In Groß-Berlin zum Beispiel wurden 117 270 Zentner eingeführt, dabei wurden 150 000 M. zugelegt, also pro Pfund 13 Pf., nicht 13, wie es in verschiedenen Zeitungen infolge eines Druckfehlers hieß. Es handelt sich dabei keineswegs um ein Pfund, sondern um eine Einrichtung, die sehr segensreich gewirkt hat. Für Berlin ist die Vergünstigung nur bis zum 31. Dezember bewilligt, und auf eine Eingabe Berlins an den Landwirtschaftsminister um Verlängerung des Termins, die am 20. November gemacht ist, ist die Berliner Stadtverwaltung bis heute ohne Antwort! (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Ich darf aber auch feststellen, daß wir allen Vorlagen des Reichskanzlers die objektive Würdigung haben zuteil werden lassen, die wir als selbstverständlich ansehen; eine Reihe seiner Vorlagen sind sogar nur mit unserer Hilfe Gesetz geworden, so die Verfassung von Elb-Bohringen, die Weissteuer, die kleinen Verbesserungen im Zivil- und Militärstrafgesetzbuch. Das System, das Herr von Bethmann Hollweg vertritt, bekämpfen wir selbstverständlich grundsätzlich, aber daß wir alles, was spezialistisch Bethmann Hollwegisch ist, bekämpft hätten, ist einfach ein Unsin. Nicht wir, sondern Herr v. Bethmann Hollweg selbst ist es gewesen, der sich die gegenwärtig so verfahren Situation geschaffen hat, eine Situation, aus der ein Ausweg gefunden werden muß, der der Bürde der deutschen Volksvertretung entspricht. (Lebhaftes Sehr wahr! links.) Die jetzige Situation zeichnet sich durch eine Eigentümlichkeit aus, sie birgt

eine solche Fülle von Komik,

daß wirklich ein Duzend Komödiendichter lange Zeit davon leben können. Immer wieder wird die Empörung weiter Volkstriebe über den dem Gelächter über die vielen Ungeheuerlichkeiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, wer zuletzt lacht, lacht am besten. Aber richtig ist auch: wer zuletzt ausgelacht wird, wird am schlimmsten ausgelacht. Und da habe ich die Sorge, daß der Reichstag unter Umständen derjenige sein kann, der zuletzt und am schlimmsten ausgelacht wird. Wir müssen auf der Hut sein. In den letzten Wochen ist ein blutjunger Leutnant, ein strenger Oberst, ein schneidiger Kriegsminister und der Reichskanzler mit in das Gelächter hineingezogen worden. Sorgen wir dafür, daß nicht auch der Reichstag mit hineingezogen wird.

Am 4. Dezember haben wir einen ernsthaften Beschluß gefaßt. Wir haben nun die Pflicht zu unteruchen, welche Wirkung dieser Beschluß gehabt hat. Der Reichskanzler ist gleich nachher nach Donauwörth gefahren. Wie offiziell mitgeteilt wurde, ist er dorthin befohlen worden zugleich mit dem Statthalter Graf Wedel und dem General v. Deimling. Die Herren haben dort eine kurze Unterredung mit dem Kaiser gehabt. Sie konnte nur kurz sein, weil der Kaiser gleich nachher zu weiteren Festlichkeiten fahren mußte. Der „Hamburgische Korrespondent“, ein bis in den Briefkasten hinein gutgesinntes Blatt (Heiterkeit), schreibt darüber, daß die

unerfreuliche Gast

in bestrebendem Mißverhältnis steht zu der ersten Situation des deutschen Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gleich darauf wurde mitgeteilt, daß die Truppen aus Zabern verlegt würden und daß das kriegsgerichtliche Verfahren beschleunigt würde. Das erste ist eine zweideutige und zweisinnige Maßnahme. Zweideutig sollte sie wohl auch sein. Man konnte zu denken, die die Rechte des Zivils vertreten, sagen: Seht doch, wie wir Euch Genugthuung verschafft haben, indem wir die Truppen wegverlegten. In den Militärs dagegen konnte man sagen: Na, haben wir die Geschichte nicht feingemacht? Die Hausbesitzer, die Handwerksmeister und Kaufleute von Zabern haben wir schon hineingelegt. Jetzt mag der Gemeinderat einen Postfall bei der Militärverwaltung tun, damit sie andere Truppen dort hinkommt. Mit dieser Zweideutigkeit hat man es aber keinem Teil recht gemacht. Daß die Militärpartei nur mit Mißbehagen die Verlegung der Truppen von Zabern aufgenommen hat, darüber gibt es gar keinen Zweifel, und die Einwohner von Zabern müßten das Gefühl haben, daß man sie bestraft wie einen mitleidigen Gastwirt mit dem Militärhospitall. Im Grunde ist die ganze Maßregel eine Bestrafung der Soldaten, der Unteroffiziere, die ihre Familien in Zabern haben. Die Bestrafung der Soldaten ist der Kern der Maßregel, wie man ja auch die sechs Rekruten, die Mittelungen über das wunderbare Vorgehen des Herrn v. Forstner gemacht haben sollen, gleich am Schlußfassen nahm und bis heute in Haft behalten hat. Die Herren v. Forstner, v. Reutter und v. Deimling laufen unbefragt umher.

Die Offiziere sündigen und die Soldaten und Bürger werden dafür bestraft!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und was den Beschluß auf Beschleunigung der kriegsgerichtlichen Entscheidung anlangt, so wird man ja im Vertrauen auf die Militärjustiz (Gelächter bei den Sozialdemokraten) die Entscheidung abwarten können. Für uns kann es nur darauf ankommen, hinzuwirken auf eine gründliche Reform unseres ganzen Militärwesens, eine Reform an Haupt und Gliedern. Selbstverständlich werden wir beim Militärat unsere auf die Demokratisierung des Heeres abzielenden Anträge mit umso größerer Energie vertreten, als bisher schon.

Es sind Zweifel entstanden, ob die nach dem 5. Dezember getroffenen Anordnungen ein Erfolg der Reichstagsverhandlungen gewesen sind. Auch hier dieselbe Zweideutigkeit, auf die man liberal stößt, wo es sich nicht direkt um eine Stellungnahme zugunsten der Militärpartei handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Allen denen, die dem Reichstag und seinem Verhalten recht gegeben haben, kann man sagen: Seht, das Mißtrauensvotum hat gewirkt. Dem Militäristen dagegen sagt man: Ach, bildet Euch gar nicht ein, daß man den Reichstag des Reichstages irgendwie bestrafen könnte; das war alles schon acht Tage vorher beschlossen. Dann kam aber das seltsamste. Kaum hatte der Herr Reichskanzler am 4. Dezember diesen Saal verlassen, da wurde von ihm sehr nobelstehender Seite die Nachricht verbreitet, alles, was sich hier abgespielt habe, sei eigentlich

bloß ein großes Mißverständnis.

(Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es wurde erklärt, daß der Reichskanzler in den letzten Tagen förmlich indisponiert

gewesen sei und deshalb nur andeutungsweise von Vorgängen Mitteilung machte, von denen er dem Reichstage deutlicher Kenntnis hätte geben können, es würde in dieser Beziehung auch noch eine offizielle Verlautbarung erfolgen. Der Kaiser habe schon vor einigen Tagen, jedenfalls schon lange vor Beginn der Interpellationsdebatte im Reichstag, zwei Schreiben, das eine an den Reichskanzler, das andere an den General v. Deimling, gerichtet, wonach das Militär sich durchaus im Rahmen der Befehle und im Kontakt mit den Zivilbehörden halten müsse. Zu Beginn der Woche habe der Kaiser dem General v. Deimling befohlen, einen General von konzilianter Wesen zur Untersuchung der Vorgänge und zur Wiederherstellung der Verbindung zwischen Militärbehörden und Zivilbehörden nach Zabern zu schicken. Diese Entschlüsse wurden unter allen Umständen sehr befreudend wirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen dem Reichskanzler ausnahmslos gute Gesundheit, aber eine Entschuldigung mit Unwohlsein in solchem Zusammenhange war in der Tat ein starkes Stück. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dem Volke ist es einfach unfaßbar, daß ein Reichskanzler zwei Schreiben des Kaisers in der Tasche behält, ohne sie in einer solchen Situation zur Kenntnis des Reichstags zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das erinnert ja ganz unwillkürlich an die Vorgänge vor fünf Jahren aus Anlaß der Daily-Telegramm-Affäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der damalige Reichskanzler las das Schreiben des Kaisers überhaupt nicht, der diesmalige Red's in die Tasche und vergißt's. (Große Heiterkeit links.) Das ist ein Zeugnis von einer geradezu erschütternden Nachsicht vor dem allergnädigsten Herrn. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenige Stunden später hat man denn auch entdeckt, daß es so auch nicht geht. Es kam ein Dementi. Der Chef der Reichskanzlei hatte nichts gesagt vom Unwohlsein, nichts gesagt vom rednerischen Mißgeschick, nichts von einer Verletzung der Offiziere, nichts von dem Vergessen oder Unterlassen der Verlesung zweier kaiserlichen Schreiben. Ebenso falsch sei die Behauptung von dem rednerischen Mißgeschick des Reichskanzlers. Er habe die beiden Schreiben schon deshalb nicht zu erwähnen, vergesen können, weil beide Tatsachen vom Kanzler in seiner Rede erwähnt worden seien, und in der Tat, diese beiden Tatsachen sind, wie sie sich aus dem Stenogramm überzeugen können, vom Herrn Reichskanzler erwähnt worden, aber freilich in einer Form und einer Umkleidung, daß sie so gut wie unmerklich bleiben mußten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also ein Spiel der Interpretation, um es allen recht gemacht zu haben.

Dementi, Dementi des Dementis!

Am 3. Dezember der ganze Rückzug vor dem Militär, am 4. Dezember halber Rückzug vor dem Reichstag in einer Rede, in der der Reichskanzler nicht nur für die Geheißelhaftigkeit eintrat, sondern gleichzeitig sich mit dem Kriegsminister v. Falkenhahn solidarisch erklärte. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Falkenhahn hat dann sogar in einer sehr feinen Verbeugung dieses saubere diplomatische Spiel noch unterstrichen. Es ist amtlich erklärt worden, daß der Reichskanzler nicht richtig verstanden worden sei. Ich weiß nicht, ob das Richtverstehen können an der mangelhaften Kapazität unserer Gehirne liegt, ich habe vielmehr den Eindruck, daß der Reichskanzler es trotz des amtlichen Dementis an der notwendigen Klarheit in seiner Rede hat fehlen lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an das Wort Goethes: „Ein willkommener Widerspruch bleibt gleich geheimnisvoll für Kluge wie für Lören.“ Das ist aus der Herenküche, paßt aber auch auf unsere deutschen Zustände. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Kann der Reichskanzler ist wieder da, wir haben ihn wieder. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es war gewiß ein peinlicher Augenblick für den ganzen Reichstag, als der Herr Reichskanzler heute seinen Fuß in den Saal setzte. Es war zweifellos auch ein peinlicher Augenblick für ihn selbst. Wir müssen es ganz offen aussprechen, die ganze Situation, in der wir uns befinden, ist eine für die deutsche Volksvertretung sowohl wie für den Reichskanzler nicht besonders würdige. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Demission eines Kabinetts, die nach erfolgtem Mißtrauensvotum in allen parlamentarisch regierten Ländern ganz selbstverständlich eintritt (Aha! rechts), liegt nicht nur die Anerkennung der politischen Macht des Parlaments, sondern auch

eine Wahrung der Selbstachtung des Ministers.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Werfen Sie einen Blick nach England und nach Frankreich. Dort verlangen die Premier, daß sie vom Parlament respektiert werden und das Parlament sie als ihre Führer anerkennt, und die Androhung seiner Demission ist nicht das schlechteste Mittel eines Ministerpräsidenten, um seine Autorität zu wahren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das der Reichstag am 4. Dezember d. J. dem Reichskanzler an Richtanererkennung seiner Führerschaft bescheinigt hat, steht kein europäischer Staatsmann ein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Kein europäischer Staatsmann setzt auf seine Ministerbank zurück, dem man schwarz auf weiß gegeben hat, was Herr v. Bethmann Hollweg die große Mehrheit dieses Hauses mit auf den Weg nach Donauerschlingen gegeben hat. Stellen Sie sich vor, wie im Ausland die Presse, ganz gleich welcher Partei, urteilen würde, wenn dort ein Minister nach einem solchen Votum der großen Mehrheit des Parlaments zurücktreten würde. Meines Erachtens müßte der Stolz jedes Staatsmannes sein, der rebellierenden Mehrheit das Bündel vor die Füße zu werfen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Frankreich und England würde ein Minister auf seinen Deputiertenstuhl zurückgehen und sich durch einen guten Abgang die Achtung von Freund und Feind sichern. Der Reichskanzler sprach am 4. Dezember von einer ersten Stunde, die aber nicht etwa erst sei, weil ihm ein Mißbilligungsvotum ausgestellt worden sei, das ist vielfach so verstanden worden, als wenn er hätte sagen wollen: es ist mir ganz gleichgültig, was ihr beschließt. Ich nehme an, daß das wirklich ein Mißverständnis gewesen ist (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und daß der Reichskanzler den Beschluß des Reichstags sehr ernst genommen hat, sonst wären ja die Versuche ganz unverstänlich, die von ihm naheliegender Seite gemacht worden sind, um die einzelnen Parteien zur Abgabe von Erklärungen zu bestimmen, durch die das Mißtrauensvotum gemildert würde. Ich glaube auch, daß der Reichskanzler, wenn es ganz nach seinen eigenen Gefühlen gegangen wäre, dieses Haus lieber nicht wieder betreten hätte, er beneidet schließlich im Grunde seines Herzens seine europäischen Kollegen, die die Freiheit haben zu gehen, wenn die Würde es von ihnen fordert. Was den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hier fesselt, ist der Heißhunger des persönlichen Regiments.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Welche Verwirrungen der politischen Lage! Ein leitender Mann darf nicht gehen, wenn seine Autorität erschüttert ist, sondern er muß warten, bis man die Gnade hat, ihn zu entlassen, und diese Gnade hat man zurzeit nicht, wenn man glaubt, die Autorität der Krone dadurch wahren zu müssen, daß man ihren vor aller Welt desavouierten Vertreter an sein Amt fesselt. Das ist im großen die gleiche Verwirrung der Begriffe wie im Heinen, die Nichtanerkennung der schuldigen Offiziere in Zabern (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), mit denen ich im übrigen den Reichskanzler durchaus nicht vergleichen will. (Heiterkeit.) Die Offiziere in Zabern hat man nicht entfernt im Interesse der militärischen Autorität, und man läßt den Reichskanzler nicht gehen im Interesse der monarchischen Autorität. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nur keine Zugeständnisse an die Öffentlichkeit, das Parlament, das Jüni! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber in diesem Verhalten findet ein aufmerksamer Beobachter kein Zeichen wirklichen Arbeitswuthens. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz im Gegenteil, man sagt sich, eine Autorität, die eine so große Angst vor Zugeständnissen hat, trägt damit alles andere als das Gefühl der

Sicherheit zur Schau. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So ist der Reichskanzler in die gegenwärtige unerquickliche Situation gekommen durch einen falschen Autoritätsbegriff, und er muß bleiben, obwohl er sicherlich kein Kleber ist.

Er lebt nicht, er ist geklebt.

(Große Heiterkeit.)

Damit komme ich zu dem, was anliegt an das, was der Reichskanzler eingangs vorgetragen hat auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Herr Reichskanzler, ich möchte die Frage an Sie richten: glauben Sie noch die Autorität zu besitzen, das deutsche Volk nach außen vertreten zu können? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, wie hoch Sie das Votum einschätzen, das hier von fünf Sechstel der deutschen Volksvertretung in der vorigen Woche abgegeben worden ist. Aber das weiß ich ganz bestimmt, daß das Ausland danach eine große Hochachtung vor dem deutschen Volke und vor der deutschen Volksvertretung nicht haben wird. (Unruhe rechts.) Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß auch, daß man im Auslande einen Staatsmann einschätzt nach dem Fonds des Vertrauens, den er sich im Parlament und im Volke draußen erworben hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jede andere im Amt befindliche Regierung kann vor sich sagen bei diplomatischen Verhandlungen: hinter uns steht das Volk. Nun sind die Diplomaten höfliche Leute, die auch Selbstbeherrschung haben sollen. Aber, meine Herren, wie denn nur, wenn trotzdem sich bei diplomatischen Verhandlungen in das Gesicht ausländischer Diplomaten

ein spöttisches Lächeln

stiehlt, wenn der Reichskanzler davon spricht, daß er das deutsche Volk hinter sich hätte, und wenn man in der ausländischen Presse sagt: Herr v. Bethmann Hollweg ist zwar ein großer Staatsmann, er hat es fertig gebracht, die ganze deutsche Nation zu einigen, aber nicht unter seiner Führerschaft, gegen sich. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Können Sie sich davon eine besondere Erhöhung des Ansehens des Deutschen Reiches vor dem Ausland versprechen, Herr Reichskanzler? Darüber müssen wir uns doch klar sein, daß der Reichstag, das ganze Reich, sich in einer Situation befindet, aus der ein Kompromiß keine Lösung bieten kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Je eifriger nach einem Kompromiß gesucht wird, um so mehr werden wir in eine Sackgasse kommen. Die Situation ist wenig würdig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler ist zurückgeschickt worden, nachdem er mit einem Mißbilligungsbefehl nach Donauerschlingen gefahren ist. Das ist

eine starke Oefte des persönlichen Regiments.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird gesagt, die Tage des Herrn v. Bethmann seien gezählt; wenn wir zurückkommen würden im nächsten Jahre im Herbst, würde ein anderer an seiner Stelle sitzen. Ja, damit müssen wir auch rechnen. Ich darf hier eine kleine Erinnerung vor Ihnen aussprechen. Als Sie im Vorjahr die große Militärvorlage bewilligten, bewilligten Sie sie dem alten würdigen Herrn v. Heeringen. (Unruhe rechts.) Juraß des Abg. Erzberger. Es macht mir große Freude, Herr Erzberger, daß Sie hier einen Zwischenruf machen. In meinem Manuskript steht unmittelbar hinter dieser Stelle in Klammern: „Herr Erzberger macht einen Zwischenruf.“ (Stürmische Heiterkeit.) Also der Reichstag hat Herrn v. Heeringen die Militärvorlage bewilligt, er hat auch all die Resolutionen Herrn v. Heeringens mitgegeben, der sie schmunzelnd in die Rocktasche gesteckt hat. Raum war die Militärvorlage angenommen, verschwindet Herr v. Heeringen in der Vertiefung und aus der Kuffie tritt Herr v. Falkenhahn! In Wirklichkeit haben Sie also die Militärvorlage Herrn v. Falkenhahn bewilligt. (Unruhe rechts.) Das wird für die Wähler ein sehr freudiges Gefühl sein, wenn sie den Beitrag zahlen und sich bei jeder Wort sagen: das ist für Herrn v. Falkenhahn. Stellen Sie sich vor, der Herr Reichskanzler geht, in der Zeit, wo wir weggeschickt sind, kommt ein anderer, der wirtschaftlich dann mit den Mitteln, die im jetzigen Etat von Herrn v. Bethmann Hollweg verlangt worden sind. Wir wissen ja gar nicht, was das für ein lommender Mann sein kann. Es kann ein Kulturkämpfer sein, der jeden Tag einen Jesuiten zum Frühstück verfrachtet, oder umgekehrt, ein Geistesgenosse der Jesuiten, vielleicht Herr v. Hertling selber. Es kann auch ein Mann sein, dem gegenüber Herr v. Falkenhahn erscheint als Fanatiker für die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände. (Große Heiterkeit.) Ist es dann nicht viel klüger, wir

wir wollen erst den Mann und sein Programm kennen, ehe wir den Etat bewilligen?

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Das ist aber nur möglich, wenn wir die Krise, in der wir jetzt stehen, sobald wie möglich beendigen. Gewiß, der Kaiser hat das Recht der Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers, ich sage leider. Aber der Reichstag hat das Recht, Gesetze anzunehmen und abzulehnen. Auf Grund dieses Rechts haben ja die Konservativen den Fürsten Bismarck gestürzt, indem sie die Erbschaftsteuer ablehnten. (Unruhe rechts.) Sie (nach rechts) sind überhaupt nicht so zimperlich, wie die Liberalen, wenn es sich darum handelt, Ministern Schwierigkeiten zu bereiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings, wenn andere das tun, betrachten Sie das als Eingriff in Ihr Monopol. Minister stürzen dürfen nur die Konservativen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Im Augenblick aber handelt es sich gar nicht um das parlamentarische Regime, sondern um die praktische Beschränkung der monarchischen Gewalt durch das Recht des Parlaments zur Gesetzgebung. Gewiß, der Kaiser kann einen beliebigen Mann zum Reichskanzler machen, aber er kann nicht den Reichstag zwingen, mit diesem von ihm hierhin gesetzten Mann zu arbeiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Meines Erachtens muß unter den gegebenen Umständen der Reichstag pflichtgemäß erklären:

ein Zusammenarbeiten mit Herrn v. Bethmann ist unmöglich geworden

(Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.) Ich lese in den Augen ängstlicher Seelen, das würde den Konflikt bedeuten. Ich meine Herren, dieser Konflikt wäre schneller beendet, als er begonnen ist, er würde sich anders abspielen als der Konflikt, den Fürst Bismarck vor 50 Jahren in Preußen gehabt hat. Fürst Bismarck stand einer einzigen Partei gegenüber, die auf Grund des Dreiklassenwahlrechts im Landtag saß; er siegte aus den bekannten Gründen. Nun ist doch Herr v. Bethmann kein Bismarck, und dann ist der Reichstag nicht gewählt auf Grund eines Wahlrechts, das Bismarck als das erhablichste bezeichnete, sondern er ist die wirkliche Vertretung des Volkes, abgesehen von den schweren Schönheitsfehlern im Wahlgesetz. Glauben Sie uns, wenn der Reichstag gestügt auf das Volk, einzig zusammensteht in dieser Frage, wird kein Staatsmann in der Lage sein, ihn irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hier sollte der Reichstag einmal beweisen, daß es nicht nur Strohfleuer gewesen ist; jetzt heißt es

zur Tat übergehen.

Sie brauchen den Beschluß vom 4. Dezember nur so anzuwenden, wie er vom Volke verstanden worden ist. Wir erkliden in dem Rechte des Reichstags, die Nichtabstimmung des Reichstags mit dem Reichskanzler zu erklären, ein sehr wertvolles Recht, und wir wollen dies Recht nicht dadurch entwerthen, daß wir es leichtfertig gebrauchen. Leichtfertig wäre es aber gebraucht, wenn man nachher sagen wollte, das war alles nicht so schlimm gemeint, wir wollen uns wieder vertragen. Wer nicht die Absicht und nicht den Mut hat, eine Regierung zu beilegen, der darf sich auch nicht heillos bloßstellen vor der ganzen Welt. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es gibt jetzt nur zweierlei: entweder geht der Reichstag die Konsequenz aus

seinem Beschluß von voriger Woche, oder er bekräftigt sich selbst der unüberlegten Beschlußfassung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das würde man draußen im Volke so deuten: der Reichstag hat selbst eingestanden, daß er politisch nicht reif ist. Vom Standpunkt meiner Freunde aus kann kein Abgeordneter, der für das Mißtrauensvotum gestimmt hat, dem Reichskanzler den Etat bewilligen. Nicht der Reichstag diese Konsequenz, so dürfen wir überzeugt sein, daß das ganze Volk einmütig hinter ihm steht.

Am 4. Dezember hat das ganze Volk draußen gejubelt, es hat sich gesagt: endlich einmal hat der Reichstag seinen Mann gestanden. (Unruhe rechts.) Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Abgesehen von den 50 da draußen, die dem Reichskanzler doch sonst die größten Schwierigkeiten gemacht haben, hat der Reichstag einmütig Front gemacht gegen die bureaukratische Anmaßung und gegen militärische Willkür. Zwei bürgerliche Abgeordnete waren die Helden des Tages. Ich freue mich dessen, aber es war fast zu schön. Seien Sie sich aber darüber klar: eine fürchterliche Erbitterung wird das Volk erfassen, wenn man draußen zu der Ueberzeugung kommen sollte, daß alles bloß Redefeuerspiel gewesen wäre, alles bloß

revolutionäres Blendwerk, ohne den Willen zur Tat.

Unsere Ablehnung des Etats wird diesmal noch eine ganz andere Resonanz finden als sonst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man wird sich sagen, der Etat bedeutet in der Hauptsache die Bewilligung von Mitteln für den Kriegsminister v. Falkenhahn. Dem kann man selbstverständlich keinen Pfennig bewilligen. Ich nehme auch an, daß der Antrag, die Gehälter des Reichskanzlers und des Kriegsministers zu kürzen, von Ihnen einstimmig angenommen werden wird. (Unruhe rechts.) Der Reichskanzler hat einmal sehr verächtlich geredet von dem Stimmzettelhaufen. Aber zum Schreden aller Spötter ist dieser Haufen schon lange in Bewegung gekommen, und Ihr Nachfolger, Herr v. Bethmann, wird schon mehr Respekt vor dem Stimmzettelhaufen haben, wenn er sieht, wer schon alles unter diesem Haufen begraben wurde. Durch schneidige Redensarten, hinter denen meist nichts steht, kann man dem Volke jetzt nicht mehr imponieren. Seit 25 Jahren soll alles, was nicht als militärfromm angesehen wird, mit schnarrenden Redensarten zerstückelt werden und in Scherben geschlagen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was war das Ergebnis dieser schnarrenden Reden? Kürzt sollte gefüt werden, und geerbt wurde (schallendes Gelächter, Hohn und Spott, und eine maholose Erbitterung im ganzen Saale.) (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) (Unruhe rechts.) Seit Jahren ist die politische Geschichte unseres Landes voll von militärischen Skandalen. Entrüstungstürme in der Presse und im Parlament, Ermannungsversuche der bürgerlichen Parteien und Wiederjuridikalen in die alte Schwäche! Jedes Zurückweichen der bürgerlichen Opposition bedeutet aber ein Steigen der roten Flut. Sollten wir hier nur Propaganda für unsere Partei machen, so müßten wir sagen: bleiben Sie, Herr v. Bethmann, gefestigt bei Herr v. Falkenhahn, der in zwei Tagen mehr an Aufklärung über die Gemeingefährlichkeit unseres Militarismus geleistet hat (Unruhe rechts), als alle seine Vorgänger. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber das wollen wir nicht, wir wollen hier mitarbeiten und deshalb jubeln wir Sie aufzumuntern zur Tat! Räumen Sie die Trümmer fort, die auf dem Felde der Verwahrung liegen geblieben sind. Wahren Sie das eigene Haus, wahren Sie die Ihnen anvertrauten Volksrechte, die Würde der Volksvertretung, hüten Sie sich vor dem Sturm, der über Sie hereinbrechen wird, wenn Sie gegenüber der Schwäche der Regierung wieder in die alte Schwäche zurückfallen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wir betrachten, was so kommt und geht, während wir bleiben und wachen. Das ist kein Zufall: in der Uebereinstimmung unserer Anschauungen und Forderungen mit den Bedürfnissen einer aufsteigenden Volksmasse liegt das Geheimnis unserer Erfolge. Jeder Staatsmann muß scheitern, der diese Tatsache nicht zu erkennen vermag. Wenn der Reichskanzler bleibt, wir haben keinen Schaden zu befürchten; wenn er geht — wir scheiden von ihm ohne Groll. Er hat gewiß das Beste gewollt, er hat aber seine Zeit nicht verstanden. (Sehr wahr!) Für die Sozialdemokratie ist die Entscheidung, ob Herr v. Bethmann bleibt oder geht, keine Lebensfrage, ihr kommt es darauf an, die Massen zum Klassenbewußtsein zu erziehen, sie für den Klassenkampf zu bilden. Aber für alle bürgerlichen Parteien, die jetzt am Kreuzwege stehen und nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen, ist diese Frage

eine Schicksalsfrage.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für sie kommt es darauf an, aus der gegenwärtigen Krise eine Lösung zu finden, die den Erwartungen des Volkes entspricht. Aber wenn sie auch verlagen, frohgemut werden wir den Kampf um die Erweiterung der Volksrechte allein weiterzuführen, in der sicheren Ueberzeugung, daß fallen muß, was uns entgegensteht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Kaempff

ruff den Abg. Scheidemann zur Ordnung, weil er erklärt habe, der Kriegsminister habe das saubere diplomatische Spiel noch unterstrichen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Der Abg. Scheidemann meinte, meine Würde gebiete mir, sofort zu demissionieren; ich erlaube ihn, durchaus mir selbst die Wahrung meiner eigenen Würde zu überlassen. (Beifall.) Er hat weiter behauptet, wie ich wohl glauben könnte, im Auslande noch die Autorität zu besitzen, um die auswärtige Politik Deutschlands zu vertreten. Auch die Sorge hierüber möge mir der Vorredner ganz ruhig allein überlassen. (Lebhafter Beifall rechts.) (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich habe das Vertrauen zu dem Auslande, daß es in dieser Beziehung anders denkt, als der Abg. Scheidemann. Doch das sind nur nebensächliche Punkte. Ich muß aber Verwahrung dagegen einlegen, daß der Vorredner durch seine Ausführungen unsere verfassungsmäßigen Zustände zu verschleimen und zu verunkeln versucht hat. Dagegen muß ich jetzt gleich im ersten Moment Verwahrung einlegen. Der Abg. Scheidemann hat sich Mühe gegeben, der Mehrheit des Reichstags klarzumachen, daß nach dem

fogenannten Mißbilligungsvotum

(Große Unruhe links und Jurass der Sozialdemokraten: Sogenannt?) es die Pflicht der Mehrheit, die dieses Votum beschloffen hat, sei, entweder mit mir nicht mehr zu verhandeln oder mich so anzugreifen, daß ich von meinem Platz abtreten müßte. Das setzt einen Zustand unserer verfassungsmäßigen Verhältnisse voraus, den wir nicht haben. (Sehr richtig! rechts.) Was bedeutet dem der Antrag, der an Interpellationen geknüpft wird? Als er vor anderthalb Jahren hier vom Reichstage beschlossen wurde, da waren sich alle Parteien darüber einig, daß dieser Antrag lediglich bezwecken sollte, dem Reichstage selbst die Feststellung zu erleichtern, wie die Mehrheit über den in der Interpellation verhandelten Gegenstand denkt. (Unruhe links.) Es ist aus Reichstagskreisen damals behauptet worden, daß bei der früheren Verhandlung der Interpellationen der Reichstag selbst häufig nicht genügt habe, was aus der ganzen Sache geworden sei. Ich erinnere mich daran, daß es der Abg. Groeber war, der selbst den Vergleich mit dem Hornberger Schießen auf die Interpellationen anwendete. Selbst die Sozialdemokraten — ich habe mir die Sachen herauszufinden lassen — waren der Ansicht, daß mit den an die Interpellation geknüpften Anträgen absolut nichts Neues herbeigeführt würde. (Hört! hört!) Selbst der Abg. Ledebour — und das will doch viel sagen (Große Heiterkeit) — hat damals am 3. Mai 1912 erklärt, nachdem die Erklärung verlesen worden war, die ich aus dem Munde des Staatssekretärs des Innern über

die beabsichtigte Aenderung der Geschäftsordnung hatte abgeben lassen, daß die ganze Sache vollkommen gegenstandslos sei und daß der Reichstag damit keine Nachterweiterung vornehme. Und Dr. David hat gesagt: „Was ist hier Neues geschaffen? Eine reine Zweckmäßigkeitfrage ist es, daß solche Anträge zulässig sein sollen. Das ist das einzig Neue, was geschaffen werden soll, sonst nichts.“ Es handelt sich nur um ein rascheres, um ein zweckmäßigeres Verfahren, um eine Meinungsäußerung des Reichstags zu irgend einer Frage der inneren oder äußeren Politik zu bewirken. Ich führe noch einen Schlußsatz von Herrn Ledebour an, wonach in den sehr langen und ausführlichen Verhandlungen in der Kommission von allen Seiten ausdrücklich festgestellt wurde, daß niemand eine Nachterweiterung des Reichstags beabsichtige. (Hört! hört! rechts.) Nun vergleichen Sie einmal damit die Stellung, die heute Herr Scheidemann eingenommen hat. Das ganze Haus ist damals der Ansicht gewesen, daß es sich um ein Interim des Reichstages handelt. Und heute soll nun mit einem Male durch den Antrag, der an die Interpellation geknüpft ist, ein Druck ausgeübt werden, entweder auf die Entscheidung des Kaisers, oder auf die Entscheidung des Reichskanzlers. Das ist eine Verletzung unserer Verfassungsrechtlichen Zustände. (Sehr richtig! rechts.) Das würde bedeuten die Aufrichtung der Herrschaft des Parlaments. (Beifall rechts.) Herr Scheidemann hat auf die französischen und englischen Zustände Bezug genommen. Das weiß doch aber jedes Kind, daß die verfassungsrechtlichen Verhältnisse in England und Frankreich von den unsrigen ganz verschieden sind. Ich weiß sehr wohl, daß manche auf diese Verhältnisse hinwirken, ich möchte mich dann aber mit aller meiner Kraft dem entgegenstellen. (Lebhafter Beifall rechts. Unruhe links.) Ich möchte mich dem entgegenstellen, daß in dieser Beziehung unsere verfassungsrechtlichen Verhältnisse verändert werden. (Erneuter Beifall rechts.) Nach der Reichsverfassung steht dem Kaiser die Ernennung und die Entlassung des Reichskanzlers zu, in vollkommen freier Entscheidung. Und es ist verfassungswidrig, darauf einen Druck ausüben zu wollen. (Beifall rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wegen des Beschlusses vom vorigen Mittwoch habe ich meine Demission nicht eingereicht. (Beifall rechts. Lebhafter Hört! hört! links.) Und werde sie auch nicht einreichen. (Beifall rechts. Lebhafter Unruhe links.) Ich will die Bedeutung des Antrags bei Interpellationen nicht einschränken, aber ich will diese Bedeutung auf ihren richtigen Wert zurückführen. Mit diesem Antrag wird doch nur festgestellt, daß die Behandlung des Interpellationsgegenstandes durch den Reichskanzler mit den Annahmen des Reichstages nicht übereinstimmt. Derartige Meinungsverschiedenheiten haben wir doch vielfach, sie gehören doch geradezu zum Bestandteil des politischen Lebens. (Lachen der Sozialdemokraten.) Derartige Meinungsverschiedenheiten treten doch viel seltener hervor, wenn ein wichtiges Gesetz von Ihnen abgelehnt wird. Nun hat Herr Scheidemann das Haus aufgerufen, durch Verweigerung des Etats soll es seinem Beschlusse Geltung verschaffen. Ich will keine Ratungen aussprechen, wie sich die Mehrheit des Hauses verhalten wird. Ich werde die weitere Entwicklung ruhig abwarten. (Lachen links.) Das möchte ich aber noch einmal mit aller Schärfe betonen: Ich werde jedem Versuch, die in der Verfassung fixierten Rechte des Kaisers einzuschränken, entschiedensten Widerstand entgegenstellen. (Beifall rechts. Ruf von den Sozialdemokraten: Das ist sehr hübsch von Ihnen! — Heiterkeit.) Sie werden bei solchen Versuchen auf einen ganz unbefangenen Widerstand stoßen. Auch das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit wird nicht wollen, daß die

kaiserliche Gewalt unter sozialdemokratischen Zwang gestellt wird. (Lebhafter Beifall rechts — Gelächter der Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (3.):

Artikel 15 der Reichsverfassung zwingt uns, gleichgültig, wer der Reichskanzler ist, in die Erledigung der Geschäfte einzutreten. Deshalb können wir auch nicht den Gedanken des Abg. Scheidemann verfolgen, daß die Vollvertretung berechtigt sei, den Etat als ganzes abzulehnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Beifall im Zentrum und rechts.) Wir bewilligen den Etat und die Gesetze nicht für den Reichskanzler und nicht für den Kriegsminister, sondern im Interesse des Reiches und des Volkes. (Zustimmung im Zentrum und rechts.)

Von dem Wechsel in den internationalen Verhältnissen ist Deutschland verhältnismäßig am wenigsten berührt worden. Infolge der Heeresvermehrung haben wir eine gesicherte und starke Stellung. Die internationalen Verhältnisse sind natürlich von großer Bedeutung für unseren Etat, wie er auch von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen abhängig ist. Das gibt den Einnahmen des Reiches eine gewisse Unsicherheit. Wir müssen und klar machen, daß eine Stagnation im Wirtschaftlichen mit einer Verringerung der Einnahmen vor uns liegt, und daß wir nur darauf rechnen können, daß diese Stagnation eine vorübergehende ist. Ich glaube, die Berliner Handelskammer beurteilt die wirtschaftliche Konjunktur richtig mit der Annahme, daß sie gesund bleibt. — Von den 2 1/2 Milliarden Einnahmen des Etats beanspruchen Heer und Marine 1600; alles in allem dürfen wir die Aufwendungen für unsere Verteidigung auf 2100 Millionen Mark jährlich berechnen. Ein erschreckendes Ereignis ist, daß der Heeresetat zum erstmaligen ohne Anleihe auskommt. Bei der Marine werden wir diesen Zeitpunkt erst in drei Jahren erreichen.

Auf die Verhältnisse in Javern

will ich nicht mehr eingehen, sondern nur zwei kurze Bemerkungen dazu machen. Der Reichskanzler hat die Ächtung des Gesetzes betont, aber hinzugefügt, die Vorkommnisse seien noch nicht so aufgeklärt, daß sich ein Urteil über die Geschwürigkeit bilden lasse. Aber eine Anzahl Vorkommnisse sind schon jetzt der Beurteilung fähig, und der Reichskanzler müßte die Forderung aufstellen, daß das Militär das Gesetz kennt und sich von Uebertretungen des Gesetzes zurückhält. Es ist auch falsch, wenn seitens des Kriegsministers besondere Betonung auf die Verhütung gelegt wird. Wäre dafür gesorgt worden, daß bei dem ersten Vorfall, in dem entgegen dem Regimentsbefehl der Leutnant v. Forstner den Ausdruck „Wade“ gebrauchte, die Ursache der Erregung beseitigt worden wäre, so hätte eine Verhütung nicht eintreten können. (Sehr richtig.) Die Verletzung des Regiments von Javern ist keine Sühne. Diese Maßnahme trifft die Soldaten und die Gemeinde, aber nicht die Soldaten und nicht die Gemeinde haben gefehlt, sondern die Offiziere. (Sehr richtig.) Ich nehme an, daß diese Maßregeln dauernde Folgen für die Soldaten und die Gemeinde nicht haben werden. (Zustimmung.) Ich hoffe, daß die Javerner Vorfälle nicht den Einfluß haben werden, daß wieder eine größere Zahl von Hoch-Lothringern in die Fremdenlegion eintritt.

Ich möchte auch den Fall A m u n d s e n erwähnen. Das Verbot an ihn, seinen Vortrag in norwegischer Sprache zu halten, ist eine Maßregel, die geeignet ist, unsere internationalen Beziehungen zu beeinträchtigen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Etat des Reichsamt des Innern läßt die Frage offen, ob die Dampferinspektionen weiter gewährt werden sollen. Die Heeresverwaltung verlangt von neuem die gekürzten Offiziere für die Kommandanturen und eine Anzahl von Infanterieunteroffizieren. Ich nehme an, daß der Kriegsminister den Etat noch nicht bearbeitet hat, sonst würde ich es nicht für richtig halten, daß er eine vom Reichstag bereits entschiedene Frage von neuem aufrollt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Lösung der Duellfrage ist durch die Entscheidung des Bundesrats nicht getrübt worden. (Lebhafter Zustimmung im Zentrum.) Der Kriegsminister sollte dieser Frage erneut seine Aufmerksamkeit schenken. Der Fall Knittel wird bei der zweiten Lesung des

Etats durch ein anderes Mitglied meiner Fraktion besprochen werden. Die Sonderbestrebungen, das Abschließen des Offizierkorps macht sich gerade in diesem Fall besonders geltend. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Nun zur auswärtigen Politik. Der Dreibund ist für unsere internationalen Verhältnisse unentbehrlich. Das Band, das Österreich und Deutschland umschlingt, muß möglichst fest und sicher sein. Die Enthaltungen über den Balkanbündungsvertrag haben unsere Freundschaft zu Russland in einem etwas eigentümlichen Lichte gezeigt. Während wir im Frieden mit Russland stehen, müssen wir sehen, daß Russland die Balkanstaaten zum Kriege gegen unseren Bundesgenossen Österreich anreizt. Es wäre wünschenswert, wenn der Reichskanzler über die Verhandlungen mit Herrn Sokolowjew Auskunft gäbe. Wichtiger noch als die Enthaltungen ist die Frage der Aufteilung Chinas sehr nahe. Unsere Interessen gehen auf die Erhaltung der Integrität Chinas und Wahrung der offenen Tür.

Für unsere inneren Verhältnisse gilt, daß die Verfassung das oberste Gesetz ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir wollen daher auch den Parteien die Rechte befehlen, die ihnen die Verfassung gibt. Der ungesunde und unmarische Zustand, der sich in Bayern herausgebildet hatte, mußte seine Lösung zu finden, was es gefunden ist. Die Lösung der braunschweigischen Frage ist der wirklich amütige Abschluß eines kriegerischen Dramas. (Heiterkeit.)

Unsere Sozialpolitik, die wir von Anfang an unterstützt haben, hat sich gut bewährt. Einen Stillstand darf es hier nicht geben. (Zustimmung im Hause.) Aber auch auf die Wünsche des Handwerkerstandes muß jetzt Rücksicht genommen werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Am Koalitionsrecht wollen wir festhalten; alle Ausschreitungen lassen sich vom Boden des gemeinen Rechts aus bekämpfen.

Der Redner beklagt sich dann über ungleichmäßige Handhabung des Jesuitengesetzes.

Abg. Baffermann (nat.):

Wir erkennen an, daß bei den Balkanwirren der Dreibund seine Probe gut bestanden hat. Die jüngsten Enthaltungen über den serbisch-bulgarischen Geheimvertrag beweisen, wie wichtig für Österreich die Rückendeckung durch den Dreibund ist. Manche Einwände in Österreich gegen den Dreibund liegen auf der finanziellen Seite, weil ihm der Geldmarkt in Paris verschlossen ist. Durch das Verlangen Österreichs nach Revision des Bukarester Friedens wurden in Rumänien Bestimmungen gegen Österreich und den Dreibund überhaupt hervorgerufen. Wir freuen uns, daß diese Bestimmungen jetzt vorbei sind. Ebenso freuen wir uns über die Besserung unserer Beziehungen zu Rußland: damit wird an die Bismarcksche Politik angeknüpft, die neben dem Dreibund auf das gute Verhältnis zu Rußland stets großen Wert legte. Auch gegen England liegt uns jede Feindseligkeit fern. Durch die englische Politik ist die Weltlage jetzt wesentlich verändert, England ist jetzt genötigt, in hohem Maße auch auf die anderen Staaten Rücksicht zu nehmen, während es früher sich jahrelang nur mit Deutschland beschäftigte. Italien ist zu einer starken Mittelmeermacht herangewachsen, und Österreich muß ebenfalls seine Mittelmeerstellung aufrechterhalten. Man spricht vom deutschen Imperialismus. Der tritt aber doch in recht bescheidenem Gewande auf. Wir wollen nichts als Sicherung unserer Volkswirtschaft und daß es uns vermagt ist Kolonialpolitik zu treiben, Siedelungspolitik und die Politik der Interessensphäre genau so wie alle anderen Länder. Ich hoffe, daß in Bezug auf unsere Interessen bei der Vordrängung der Regierung energisch die bisherige Politik fortsetzt. — In der Erschließung von Ländern wie in Zentralafrika, wo die Schlafkrankheit viel mehr ausgebreitet ist, als man geglaubt hat, müssen wir vorsichtig sein. — Bei der Auswahl der Diplomaten muß eine vorurteilslose Auslese nach Tüchtigkeit und Leistungen erfolgen. — Die Errichtung einer deutschen Auslandsbank würde sicher befruchtend wirken. Es müßte möglich gemacht werden, daß für eine würdige Vertretung deutscher Aussteller an der Weltausstellung von San Francisco zwei Millionen bereitgestellt werden; wir können an dieser Ausstellung nicht achtlos vorbeigehen. Das Fernbleiben von der Ausstellung würden die Amerikaner zu unserem Schaden bemerken.

Was die innere Politik anlangt, so hoffen wir, daß die Braunschweiger sich die weltliche Agitation vom Leib zu halten vermögen. Nicht billigen können wir die Art, wie der Friede zustande kam. Aus den Ausführungen des Reichskanzlers begrüße ich die Ankündigung von Erhöhungen der Beamtenbeholdungen. Dem Vorschlag des Abg. Spahn, eine ständige Gewerbekommission einzusetzen, stimmen wir zu. Der Standpunkt unserer Fraktion in der

Frage des Arbeitswilligenkurses

ist der alte. Wir sind nach wie vor bereit, die Arbeitswilligen zu schulen, halten auch den bisherigen polizeilichen Schutz der Arbeitswilligen für nicht ausreichend. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind bereit, das in Betracht kommende Material objektiv und sine ira et studio (ohne Leidenschaft) zu prüfen. Andererseits denken wir nicht daran, an dem Koalitionsrecht zu rütteln oder den Weg der Ausnahme-gesetzgebung zu beschreiten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Resultat der Kommissionsberatung werden Sie (zu den Sozialdemokraten) ja wohl abwarten.

Javerner Angelegenheit

können wir uns den staatsrechtlichen Theorien des Herrn Scheidemann nicht anschließen über die Wirkung des Vetos vom letzten Donnerstag. (Wabst! rechts.) Seine Darlegungen sind richtig für alle Staaten, deren Regierung ein Ausschluß der Parlamentarität ist. Was in unserer Geschäftsordnung, die mit der Regierung vereinbart ist, heißt, ist eine Mißbilligung der Handhabung der Regierungsgeschäfte im einzelnen Fall. Wir haben am Donnerstag so votiert, weil auf die Verletzungen in Javern nicht die Sühne sofort gesetzt ist. Wäre Leutnant v. Forstner sofort veretzt worden, wäre die ganze Verletzung des Regiments überflüssig geworden. (Sehr richtig!) Wir haben weiter so votiert, weil der Konflikt zwischen Militär- und Zivilverwaltung nicht mit der nötigen Energie im Keime extirpiert worden ist. Ein Staatsmann der heutigen Zeit muß die Psychologie der jetzigen Menschen berücksichtigen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie können nicht leugnen, daß die Seelen und die Herzen der Menschen jetzt in ganz anderer Weise in Mitleidenschaft gezogen werden. Auch wir wollen die Aufrechterhaltung der militärischen Autorität und daß jede Verletzung der militärischen Disziplin unbedingt scharf geahndet wird. Aber die Reifeite der Verhältnisse ist die strenge Respektierung der Gesetzgebung durch alle staatlichen Organe, militärische und zivile, und die Notwendigkeit, wenn ein Gesetz verletzt ist, sofort einzugreifen und wenn Remedium erfolgt ist, dann auch die Öffentlichkeit davon zu verständigen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn nun die Untersuchung zeigen sollte, daß in der Mangelhaftigkeit der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die Sache zum Teil begründet ist, dann richte ich den Appell an den Reichskanzler, für eine scharfe präzis Abgrenzung der Zivilgewalt und Militärgewalt zu sorgen. Jedemfalls haben wir aus den Vorgängen nach Donaueschingen doch erfahren, aus der „Recht. Allgemeinen“, daß von einem Verweis an den Leutnant und Sergeanten nicht die Rede war, sondern daß sie streng bestraft worden sind mit Arrest. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das hätte man auch hier im Plenum mitteilen können. (Lebhafter Zustimmung links.) Auch das, was sonst als Remedium mitgeteilt worden ist, erkennen wir an, es rechtfertigt aber gleichzeitig auch unser Votum und wir bedauern nur, daß diese Tatsachen nicht in scharfer und präziser Form zur Kenntnis des Reichstages bei der Interpellation gebracht worden sind. (Lebhafter Zustimmung links.) Ich habe selten so viel

im tiefsten Innern ehrlich bewegte Parlamentarier gesehen, wie am Mittwoch und Donnerstag. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hoffentlich ist die Erregung mit dem Abzug des Regiments geblieben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es ist-Lothringern möge bedenken, daß der Reichstag in seiner großen Mehrheit ein volles Verständnis für die berechtigten Wünsche des elsass-lothringischen Volkes hat und daß der Reichskanzler hier ein offenes und ehrliches Bekenntnis zu der Verfassung abgelegt hat. Weiter werden Sie berücksichtigen müssen, daß es offenbar das heilige Vermögen des Kaisers war, einzugreifen und den berechtigten Beschwerden der elsass-lothringischen Bevölkerung seinerseits abzuhelfen. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Ledebour (Soz.) zur persönlichen Bemerkung: Der Reichskanzler hat in durchaus zutreffender Weise die Ausführungen zitiert, mit denen ich die Angliederung von Mißtrauensvoten an Interpellationen bestritten habe, er hat sie aber unzutreffend gedeutet. Die Ermöglichung von Mißtrauensvoten schafft dem Reichstag kein neues Recht, sondern nur die Ausführung eines bereits bestehenden Rechtes bei Gelegenheiten, wo es besonders wirksam angewandt werden kann. In seinem heißen Vermögen, den Herrn Reichskanzler an den Haaren aus der Tulle herauszugießen (Heiterkeit), ist Herr Baffermann dazu übergegangen, eine Bemerkung von mir zu deuten. Er hat nämlich gesagt, die Kommission habe mit der Regierung die Fassung vereinbart. Zu der Kommission gehöre auch ich. Wir haben das nicht getan. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Ich war dabei, es ist ganz etwas anderes gewesen! Einige Nationalliberale haben mit der Regierung Kompromiß gemacht. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Wenn der Reichskanzler mir seine Anschauung unterschiebt, wenn er damals nicht erkannt hat und heute nicht zugestehen will, daß die Erneuerung dem Reichstag die Gelegenheit zu besserer Machtbesetzung und zur Nachterweiterung gibt, so liefert er nur einen neuen Beweis dafür, daß in dem Reichskanzler das unzulängliche Ereignis geworden ist. (Hufe rechts: Das gehört nicht zur persönlichen Bemerkung!) Der Herr Reichskanzler hat also unrecht, wenn er mir seine Ansicht unterschiebt. Das ist keine Rechtsfrage, sondern eine Tatsache. Auf Antrag von Senha (Soz.), dem Graf Westarp widerspricht, wird der Bericht der Wahlprüfungscommission über das Wahlrecht von verzogenen Wählern an die erste Stelle der morgigen Tagesordnung gesetzt.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Bericht der Wahlprüfungscommission, Antrag Baffermann wegen Beteiligung an der Weltausstellung in St. Francisco, und Fortsetzung der Etatberatung. Schluß 8 1/2 Uhr.

Jugendbewegung.

Antisemitische Inzucht.

Die deutschnationalen Handlungslehrlinge entrüsten sich beinahe in den höchsten Tönen über die Geschäftspraktiken gewisser jüdischer Kommis. Ueber die Kessame ihrer „Ständesorganisation“, des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, finden sie indessen kein Wort der Mißbilligung, obwohl die von ihr betriebene Propaganda die jüdische Inzucht noch bedeutend übertrumpft.

Man lese nur folgendes Rundschreiben des Verbandes, das an jugendliche Mitglieder geschickt wurde:

Hamburg 26, am 7. Nov. 1913.
Holtjenwall 4.

Lieber junger Freund!

Eine besonders wichtige Angelegenheit veranlaßt uns, an Sie zu schreiben. Wir möchten Ihre Gedanken einmal auf die Tatsache hinlenken, daß Tausende und aber Tausende deutscher Kaufmannslehrlinge unseren Reichen noch fernstehen und gleichgültig in den Tag hineinleben, ohne sich ihres tieferen Verhältnisses zu ihrem Verufe und zu ihrem Volke bewußt zu werden. Diese aufzurütteln und ihnen zu zeigen, wie ernsthaft wir in unserem Bruderverbande an uns selbst und an der Erfüllung unserer Aufgaben arbeiten, ist Ihre und unser aller heiligste Pflicht!

Werden Sie deshalb für Ihre Jugendabteilung mit der ganzen Begeisterung Ihres jugendlichen Herzens! Freude und Befriedigung wird Sie dabei erfüllen!
Um Ihre treue Mitarbeit aber auch greifbar zu belohnen, wollen wir Ihnen eine

Weihnachtsfreude

bereiten, und zwar durch Uebersendung eines schönen Buches für jede Neuauflage, die Sie uns nach den beigedruckten Bedingungen auf beifolgenden zwei Beitrittsverklärungen bringen.

Kann zeigen Sie uns, lieber junger Freund, daß Sie uns verstanden haben! Bringen Sie uns mindestens ein neues Mitglied und arbeiten Sie mit unseren Bundesbrüdern und Ihrem Obmann an der Entwidlung Ihrer Jugendabteilung!

Mit deutschem Grusse
Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
Abteilung 14 (für Lehrlinge).
Rath. Schneider.

Außer zwei Beitrittsverklärungen sind dem Schreiben die „Bedingungen“ für das Weihnachts-Preisaußschreiben für 1913 beigefügt. Darin werden die jugendlichen Verbandsmitglieder zur Beteiligung an folgendem Geschäft aufgefordert: Für die bis zum 5. Januar 1914 erfolgte Werbung eines Mitgliedes gibt es ein Buch von Peter Rosegger: „Drei Geschichten“, für das zweite Mitglied ein Buch: „Jugenderinnerungen“ von Ernst Reichel. Die gewonnenen Mitglieder werden bei späteren Preisaußschreiben gutgeschrieben. So gibt es für die Gewinnung drei weiterer neuer Mitglieder wieder Bücher; für die fünfte Beitrittsverklärung wird der jugendliche Werber Ehrenmitglied im Wanderverband „Jugendliche Gesellen“; bis zur Beendigung der Lehrtage braucht er keine Beiträge zu zahlen, auch die Zeitfrist „Der fahrende Gesell“ erhält er unentgeltlich. Damit noch nicht genug. Bei der zehnten Beitrittsverklärung gibt es eine silberne Verbandsnadel, bei der 24. einen silbernen Ring (!) mit dem Verbandsstempel, für die 50. eine goldene Verbandsnadel.
Ehrenmitglied, goldene Verbandsnadel, alles zusammen für noch nicht einen Groschen.

Gerichts-Zeitung.

Aufgehobenes Verbot einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel.

Der Polizeipräsident zu Hannover hatte dem Genossen Dörnte die Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel verweigert, welche am Sonntag, den 20. Oktober 1912, nachmittags 3 Uhr auf dem Schützenplatz zu Hannover stattfinden sollte.

Beschwerden halfen nichts. Es wurde Klage erhoben. Auf Antrag des Rechtsanwalts Wolfgang Heine wurde Beweis über die Zugangswege erhoben. Am Montag lag das Beweisergebnis vor.

Das Oberverwaltungsgericht hob jetzt die Beschwerdebescheide auf und setzte die Verbotserfüllung des Polizeipräsidenten außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: Nach dem Vereinsgesetz hätte der Polizeipräsident die öffentliche Versammlung auf dem Schützenplatz nur verbieten können, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestanden hätte. In der Veranstaltung selbst habe er nun eine solche Gefahr nicht gesehen; das gehe schon daraus hervor, daß er selber dem Kläger

anheimgestellt habe, die Versammlung doch im Wilsdeler Biergarten abzuhalten. Auch in der Wahl des Bloses habe der Polizeipräsident keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit gefunden. Im übrigen sei ja auch, wie der vorliegende Plan und die örtlichen Verhältnisse erkennen ließen, der Schützenplatz durchaus geeignet für Versammlungen größerer Massen, und es werde ja auch alljährlich mehrfach dazu benutzt. Der Polizeipräsident habe bloß die Wege nicht ausreichend gefunden. Darin könne ihm aber das Gericht nicht beistimmen. Auch wenn man zugrunde lege, was der Polizeipräsident über die Zugangswege jetzt selber angegeben habe, genügt die drei Wege vollständig, so daß da hingestellt bleiben könne, ob noch ein vierter Weg vorhanden sei. Da die drei Wege nach Auffassung des Senats vollständig genügen, um ein ordnungsmäßiges Zu- und Abgehen zu gewährleisten, so fehle ein genügender Anhalt für eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Das Verbot sei aufzuheben.

Nautionschwindel.

Betrügereien nach Art eines „Schwarzen Banke“ wurden dem Kaufmann und Apotheker Johann Maria von Plotow aus Marienort zur Last gelegt, gegen den gestern die I. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Sangerichtsdirektors Ganzenble eine umfangreiche Anklage zu verhandeln hatte.

Der Angeklagte, der, wie er behauptet, ein direkter Nachkomme des berühmten Komponisten ist, hat schon in den früheren Jahren verschiedene Betrügereien begangen. Er wurde aber damals durch ein Gutachten des Medizinrats Leppmann als geisteskrank angesehen und als gemeingefährlich auch kurze Zeit in einer Irrenanstalt interniert, aus der er auf Verreiben der Verwandten wieder entlassen wurde. Nachdem die gegen ihn ausgesprochene Entmündigung wieder aufgehoben worden war, verlegte er sich sofort wieder von neuem auf das „Gründen“. Er gründete u. a. in der Brandenburgerstraße in Südde eine „Spezialitäten-Verkaufsstelle“ und „Widundergeschäft“. Als Inhaberin war seine Schwiegermutter, eine in Dresden wohnhafte Frau Schimpf, in das Handelsregister eingetragen. Schon kurze Zeit später trat von Plotow mit neuen Gründungen hervor. Zu diesen zählte u. a. das „Pharmazeutische Laboratorium Johann Maria von Plotow“, die „Katerwein-Vertriebsgesellschaft von Plotow u. Co.“ usw. Wie die Anklage behauptet, soll sich der Angeklagte, der völlig mittellos war, um nach außen hin nobel anzusehen zu können, erst einige Geldmittel durch eine Art Nautionschwindel verschafft haben. Er erklärte, daß sein Geschäft einen großen Gewinn abwerfe, daß er alleiniger Inhaber sei, hin und wieder ließ er auch durchblicken, daß ein reicher Kommerzienrat, dessen Namen er nicht nennen dürfe, Gesellschafter sei. Auf diese Weise veranlaßte er einen Buchhändler Kubala zur Übergabe von haren 5000 M. als Geschäftseinlage, für die er für 5000 Mark Marx der „Gewerkschaft Erika“, welche nach Ansicht der Anklage völlig wertlos sein sollen, als Sicherheit deponierte. In einem anderen Fall gab er ebenfalls wertlose Shares der „Chifaprazilian Diamond Co.“ als Sicherheit. Wie die Anklage ihm weiter vorwirft, soll er dann nach Art einer sog. „Schwarzen Banke“ bei zahlreichen Firmen unter falschen Vorpiegelungen Waren bestellt haben, um sie sofort wieder zu Schlunderpreisen weiterzuverkaufen. U. a. hatte er Schreibmaschinen, eine Komprimiermaschine für circa 2000 M., Spiritus, Suspensionsurteil, Apothekerverfahren von erheblichem Wert auf Kredit erhalten und sofort weiterverkauft. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Freisprechung in einigen Fällen aus rechtlichen Gründen wegen Betruges in 15 Fällen zu 10 Monaten Gefängnis.

Entführung.

Eine Entführungsgeschichte bildete den Gegenstand einer Anklage, welche gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Sangerichtsdirektors Goebel beschäftigte. Aus der

Untersuchung wurde der angebliche Journalist Albert Hasenwang vorgeladen. Er ist beschuldigt, eine minderjährige Frauensperson gegen den Willen der Eltern entführt zu haben, um sie zur Ehe oder zur Unzucht zu bringen.

Der aus der Schweiz stammende Angeklagte nennt sich „Journalist“, trotzdem er, wie einige zur Verlesung gebrachte Briefe ergaben, mit der deutschen Sprache auf dem Kriegsfuß steht, so daß jeden Söter ein gelinder Schauer überlief. Vor einiger Zeit machte der Angeklagte die Bekanntschaft der jetzt 20jährigen Gertrud Händler, der Tochter eines Schuhmachermeisters. Zwischen beiden entstand ein Liebesverhältnis. Eines Tages war das Mädchen spurlos verschwunden. Der Vater lief zur Polizei und zeigte an, daß seine Tochter offenbar einem Mädchenhändler in die Hände gefallen sei. Er erinnerte sich jetzt, daß der Entführer einmal etwas von Rizza und Genua gesprochen hatte und glaubte schon seine Tochter von einem Agenten eines dortigen öffentlichen Hauses entführt. Schließlich wurde festgestellt, daß das Mädchen unter dem Namen eines „Cheops Brunner“ in einem Hotel in Hamburg abgestiegen war. Der Entführer wurde verhaftet, während das Mädchen von ihrem Vater von Hamburg abgeholt wurde. In der elterlichen Wohnung gab es eine etwas heftige Auseinandersetzung zwischen Vater und Tochter. Einige Tage später erlebte der Vater eine neue Aufregung, denn seine Tochter verschwand zum zweiten Male und blieb seitdem verschwunden.

In der gestrigen Verhandlung erklärte der Angeklagte auf eine Frage des Vorsitzenden, daß er den Aufenthalt der Gertrud Händler nicht kenne. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Grich beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Der Angeklagte, dem dieser Antrag wohl etwas auf die Nerven gefallen war, trat nun plötzlich mit der Erklärung hervor, daß er das junge Mädchen verborgen halte. Er gab seinem bisher durch das Berufsgewinn gebundenen Verteidiger, Rechtsanwalt Alfred Balken, die Genehmigung, die Adresse anzugeben und zur allgemeinen Überraschung stellte es sich heraus, daß die Verstecke sich unter dem Namen „E. Sigot“ ganz vergrübelt in Berlin aufhält und unter diesem Namen durch postlagernde Briefe mit dem Verteidiger korrespondiert hatte. Das Gericht beschloß unter diesen Umständen, die Verhandlung zu vertagen und die Jungfrau H. zu dem nächsten Termin zu laden.

Ein 15-jähriger Jüngling — 1½ Jahre Gefängnis.

Die alte, verrostete Methode, junge Lebeliäter durch Prügel und Gefängnisstrafen zu bessern, beherrscht leider immer noch weite Kreise. Dies ergab eine Jugendstrafkammerung in Halle a. S., vor der der erst 15-jährige Sattlerlehrling Friedrich Gummerow wegen Brandstiftung unter Anklage stand. Der junge Reichs war zu dem Sattlermeister Kleine in die Lehre getreten und hatte sich nach dem Zeugnis des Meisters in der ersten Zeit auch fleißig und anständig gezeigt. Der Lehrling trat aber bald einem „patriotischen“ Turnverein und dann, wie man vor Gericht sagte, auf Veranlassung seines Vaters auch einem Jugendverein „mit sozialdemokratischer Tendenz“ bei. Der Meister wollte von beiden Vereinen nichts wissen und soll den Jungen wiederholt geschlagen haben, weil er öfter nach 10 Uhr abends nach Hause gekommen sei. In den letzten Monaten, seit dem Weggange der Eltern des Lehrlings von dem Wohnort des Meisters, will der Lehrling fast täglich vom Meister ausgeschimpft oder geschlagen worden sein. Als der Lehrling am 23. Oktober wegen Zuspätkommens von dem Meister mit einem Stück Jügelriemen sehr herb gezüchtigt wurde, setzte er die Scheune des Meisters in Brand, was er schon längere Zeit vorher aus Lebensüberdruß geplant haben sollte. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den 15-jährigen drei Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf 1½ Jahre Gefängnis.

Kenntelegrammfälschungen.

Das Dortmunder Schoungericht verurteilte gestern, wie uns telegraphisch gemeldet wird, die Oberpostassistenten Spielermann und Meier aus Lüne wegen Fälschung von Kenntelegrammen zu je einem Jahr acht Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenverlust. Der Schneidermeister Baubel erhielt als Anstifter zwei Jahre Zuchthaus. Alle drei Verurteilten wurden sofort verhaftet.

Was eine Regierung für keine Beleidigung hält.

In einer bei der Staatsanwaltschaft schwebenden Untersuchung gegen den Kaufmann Ründen zu Herten war das Amt Herten um eingehende Bezeugung über die Person Ründens von der Staatsanwaltschaft ersucht worden. Der Polizeikommissar Kostecke aus Herten äußerte sich darauf zu den Älten über den Ründen und schloß seinen Bericht mit der Bemerkung: „W. sei ein richtiger frecher polnischer Jude“.

W. erhielt von dieser schriftlichen Bezeugung Kenntnis und erob darauf gegen den Polizeikommissar Kostecke die Privat-Beleidigungsklage. Nachdem das Landgericht im Gegenfah zu dem Amtsgericht Kestlinghausen die Eröffnung des Hauptverfahrens beschloß, erhob die Regierung zu Münster zugunsten des Kommissars den Konflikt und verlangte die endgültige Einstellung des Beleidigungsverfahrens. Die Regierung wollte in der mitgeteilten Bezeugung keine Beleidigung erblicken.

In der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht betrat Rechtsanwalt Wolfgang Heine den Privatkläger Ründen. Er trat dafür ein, daß der Konflikt der Regierung für unbegründet erklärt werden möge. Wohin sollte es führen, wenn Behörden, wenn auch im inneren Verkehr, die Gespögenheiten der ungebildeten Menschen, nämlich der antisemitischen Agitatoren, anwenden dürfen? Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt für unbegründet. Denn zu den angeführten Worten habe kein Anlaß vorgelegen; diese Charakterisierung sei nicht nur überflüssig gewesen, sondern Kostecke sei damit auch über seine Amtsbefugnisse hinausgegangen. Die Beleidigungsklage nimmt nun ihren Fortgang.

Verfassungen.

Ein Nachspiel zu den Ausschuwahlen für die Allgemeine Ortskrankenkasse.

Am Montag beschäftigte sich eine stark besuchte Funktionär-Verammlung des Transportarbeiterverbandes mit dem Ergebnis dieser Wahlen. Vordem hielt Albert Kohn einen vorzüglichen Vortrag über die Krankenversicherung in ihrer neuen Fassung ab 1. Januar 1914. Berner behandelte die Vorgeschichte der Verschmelzungsüberhandlungen der Ortskrankenkasse der Kaufleute und der Allgemeinen Ortskrankenkasse, deren Erfolg bekanntlich die Vereinigung beider Kassen ab Januar 1914 ist. Die Transportarbeiter sind nun mit dem Ausfall der Ausschuwahlen als Organisation nicht zufrieden. Eine Kommission des Gewerkschaftsausschusses, bestehend aus Runge (Schneiderverband) und Körten arbeitete nach Meinung Berners nicht im Interesse des Transportarbeiterverbandes. Als man dem Verbande nur einen Vertreter und zwei Ersatzleute zuzulassen wollte, kostete es nach Berners Darstellung entschiedenes Verhandeln, um wenigstens drei Vertreter und sechs Ersatzleute zu erzwingen. Dabei hätten die Transportarbeiter als zweitgrößte Organisation und als härteste in dem Kassenverbande mindestens 15 Vertreter und 30 Ersatzleute bekommen müssen. Die Schneider haben als verhältnismäßig kleine Gruppe (circa 9000 Verbandsmitglieder) 13 ordentliche Vertreter und 20 erste Stellvertreter im Ausschuh der Krankenkasse. Berner sprach sich scharf gegen diese Ungerechtigkeit aus und bedauerte, daß das scharf ausweisende Verhalten Körten's die Transportarbeiter zwingt, sich mit ihren Beschwerden an die Feindseligkeit zu flüchten. Nach Berner sprachen in der Diskussion noch Wappeler, Schumann und Uthoff, die genau wie der Meister des Vorgehens des Ausschusses der Gewerkschaftskommission verurteilten. Es wurde dann einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Beschwerden der Transportarbeiter niedergelegt sind, während am Schluß derselben der Bezirksverwaltung anheimgestellt wird, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, die Rechte des Transportarbeiterverbandes für die Zukunft sicher zu stellen.

Eingegangene Druckschriften.

Märchen der Wirklichkeit. Von Maxim Gorki. — Suben und Mabel. Dialoge von F. Polmar. — Der Held des Tages. Roman von H. Brody. — Jeder Band 3 M., geb. 4 M. J. Kadjanilow, Berlin W 15.

Allgem. Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick.

Gemäß § 23 der Wahlordnung laden wir hiermit die Vertreter des Ausschusses zur Bernahme der Wahl der Vorstandsmittelglieder ein. Es sind zu wählen von Seiten der Arbeitgeber 4 Vorstandsmittelglieder und 8 Ersatzmänner, von Seiten der Kassenmitglieder 3 Vorstandsmittelglieder und 16 Ersatzmänner. Die Wahl erfolgt in den Räumen der Kasse Berliner Str. 3 (Eingang Gutsenberghöhe) und zwar

für die Arbeitgeber am Dienstag, den 30. Dezember d. J., in der Zeit von 7 bis 7½ Uhr abends;
für die Kassenmitglieder am Dienstag, den 30. Dezember d. J., in der Zeit von 8 bis 9 Uhr abends.

Die Wahl ist geheim, gemäßet wird nach den Grundsätzen der Wahlordnung nach näherer Bestimmung der Wahlordnung. Die Wahlzeit dauert 4 Jahre.

Die Vertreter im Ausschuh werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge gesondert für die Arbeitgeber und Kassenmitglieder aufzustellen und dem unterzeichneten Vorstande, Berliner Str. 3, spätestens bis zum 16. Dezember d. J. einzureichen. Später eingehende Wahlvorschläge sind unzulässig. Die Wahlvorschläge müssen von je 3 Ausschuhmitgliedern der betreffenden Gruppe unterzeichnet sein; von diesen ist dem Vorstand ein Wahlvorschlagsprotokoll sowie ein Stellvertreter beizufügen zu bezeichnen. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die selbe oder eine andere Bezeichnung ausdrückt und nach Familien- und Vornamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Kassenmitgliedern ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Ferner ist mit den Wahlvorschlägen für Kassenmitglieder von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Bernahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Bernahme der Wahl befaht ist.

Die Stimmenabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Die Wahlvorschläge werden von dem unterzeichneten Vorstand nach der Reihenfolge ihres Einganges mit Ordnungsnummern versehen, welche mittels öffentlicher Bekanntmachung mitgeteilt werden.

Sind auf gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur soviel wählbare Bewerber benannt, wie Vorstandsmittelglieder zu wählen sind, so gelten sie gemäß § 9 und § 5 der Wahlordnung als gemäß.

Die Vertreter im Ausschuh erhalten nach § 23 der Wahlordnung noch eine schriftliche Mitteilung über die Bernahme der Vorstandswahlen.

Köpenick, den 9. Dezember 1912. 301/3
Der Vorstand.
Otto Niefel, Vorsitzender. Wilhelm Plehm, Schriftführer.

Teilzahlung 50 Pf.
an.
Herren- Ulster, Anzüge, Damen- Ulster, Kostüme, Röcke, Blusen, Pelzstolas, Betten, Wäsche, Porzellan, Gardinen, Teppiche, Stoppdecken, Tischdecken, Möbel, Polsterwaren, bunte Küchen, Spiegel, Bilder, Uhren, Puppenwagen, Zithern, Mandolinen, Grammophone.
F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23, nur 1. Etage
Laserat mitbringen! Wert 3 M.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Nichelswerder**,
an der neuen **Beckstraße** beim **Alten Freund**.
Beranportlicher Redakteur: **Alfred Wietzky**, Reutöfen. Für den

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Größte Puppen-
Spezial-Fabrik Berlins.
P. R. ZIEROW
Berlin, Schönhauser Allee 179.
Größtes Lager von Kugelgelenkpuppen, Charakterbabys, Bälgen, Köpfen, Perücken, sämtl. Puppenkleidung.
Reparaturen und alle Ersatzteile.
Einzelverkauf.

III. Etage
Reisemuster
Ulster :: Paletots
Anzüge :: Hosen
gebe an Private zu Fabrikpreisen ab
Herrenkleiderfabrik J. Coper
Alexanderstr. 55, III (nob. d. Alexander-Kaserne)
Sonntag von 1-6 Uhr geöffnet.
Wochentags b. 7 Uhr abends geöffnet.

Andreas-Festsäle
Andreasstraße 21. — Telefon Könißhald 3320.
Empfehle meinen bis 1000 Personen lassenden großen Saal und bis 150 Personen lassenden kleinen Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Achtung! Sonnabend, der 28., und Sonntag, der 29. März, ist er geworden.
Kleiner Saal noch einige Sonnabende 1. Januar, Febr., März frei
Inseratenteil gratis. Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Geschützt sind Sie vor Husten und Heiserkeit Kaffarrn beim täglichen Gebrauch von **Wuheri-Tabletten**
Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien
Preis der Original-Schachtel M. 1.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.